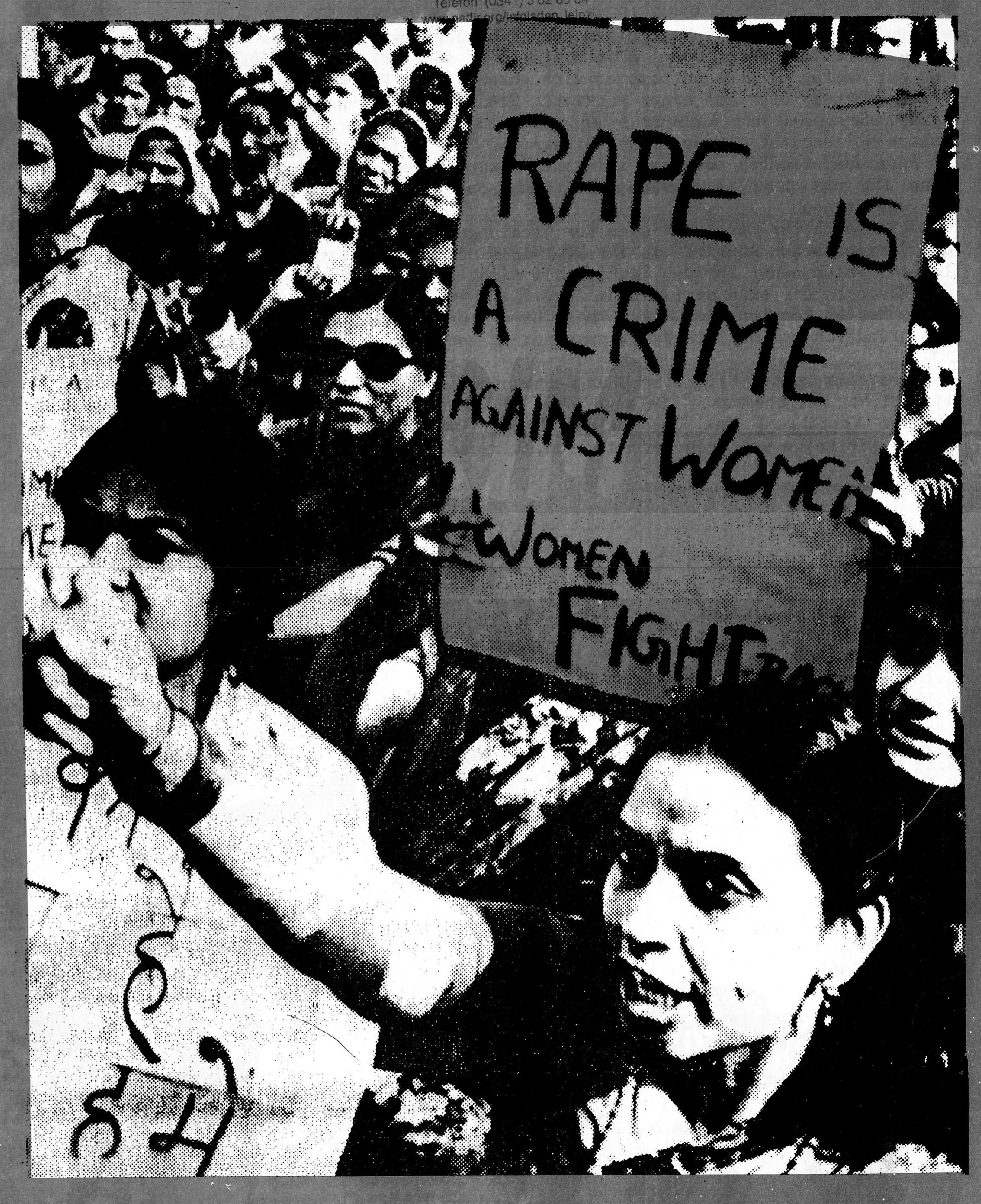
Nr. 177

23. Januar 1992



INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Hallo,
wir wollten für diese Nummer eigentlich ein paar Texte zum Thema Vergewalti- zusammenstellen, waren dabei allerdings nicht sehr erfolgreich. Die Texte, die uns zur Verfügung standen bezogen sich entweder auf Vergewaltigungen durch weiße "Szene"-Männer oder auf einen konkreten Einzelfall. Uns geht es aber vor allem darum, Sexismus und Rassismus zusammen zu diskutieren. Das bedeutet, daß wir unsere Solidarität mit den Flüchtlingen und ihre Selbstorganisierung (wie bsplw. im Antirassistischen Zentrum) in diese Diskussion miteinbeziehen müssen.
Wenn ihr uns dazu in nächster Zeit ein paar Texte zuschicken könntet, würden wir uns freuen.
Das gilt auch für die Autorinnen der Stellungnahme aus der letzten Interim zu dem "sexistischen Angriff" in der TU. Wir finden euren Text ziemlich verharmlosend. Warum nennt ihr den Sachverhalt nicht beim Namen? Auch Werbung, Anmache und Pornographie sind sexistische Angriffe. Wir denken, die Befürchtung bürgerliche Medien könnten sich auf dieses Thema stürzen kann uns nicht davon abhalten, uns gründlich und ehrlich damit auseinanderzusetzen.

Das Programm zu der Filmreihe über Gentechnologie im Videokino "Anschlag" haben wir nicht aufgenommen.- Solange wir von euch keine eindeutige Stellungnahme zu der Vorführung des Pornofilms "Deutschland Privat" im Dezember erhalten, werden wir keine weiteren Veranstaltungshinweise von euch veröffentlichen.

Redaktionsschluß ist montags!

Inhalt



Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Ordner
UNCED
Brüssel
Stuttgart
Knud und Ralf

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



UNTERSTÜTZT DIE SELBSTORGANISIERUNG DER FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN!!

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

Zeit: SAMSTAG 8.2.92; 12.00 Uhr

Ort: Berlin, Potsdamer.- Ecke Pallasstr.

Verbindung: U-Bahn Kleistpark oder Kurfürstenstr, Bus 148, 248

Der Rassismus in Deutschland fordert immer mehr Opfer: tagtäglich werden ausländische Menschen am Arbeitsplatz und auf offener Straße, in Flüchtlingsheimen und Sammellagern belästigt, erniedrigt, geschlagen und sogar vorsätzlich ermordet. Das bisher bekannteste Beispiel des staatlich geschürten Rassismus ist das Pogrom gegen ausländische ArbeiterInnen und Flüchtlinge in der sächsischen Stadt Hoyerswerda: in Hoyerswerda hat die Bevölkerung nicht wie sonst einfach "nur" weggehört oder nicht eingegriffen, sondern geklatscht und gejubelt, als organisierte Nazibanden Hoyerswerda zur "ausländerInnenfreien" Stadt gemacht haben.

Die faschistische Gefahr geht jedoch nicht nur, wie systemorientierte Parteien, Gewerkschaften und Kirchen behaupten, von Neonazibanden aus, sondern vor allem vom deutschen Staat selbst. Die Staatsmacht, der Polizeiapparat und die Neonazis vertreten die gleichen Interessen, die sie auch teilweise gemeinsam durchsetzen. Rechter Terror nützt Staat und Wirtschaft und wird bewußt geduldet und gefördert. Durch rassistische AusländerInnengesetze und die Aushöhlung des Asylrechts werden Flüchtlinge und ImmigrantInnen zu Menschen zweiter und dritter Klasse gemacht. Alle systemorientierten Parteien von CDU bis Die Grünen sind sich darin einig, daß ausländische Menschen nur dann willkommen sind , wenn sie der deutschen Wirschaft als Prostituierte, billige Arbeitskräfte und Sündenböcke Vorteile und Profite bringen.

Die rassistischen Pogrome gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen werden von der Bundesregierung und allen Parteien schon jahrelang vorbereitet: die endlosen Debatten im Bundestag über die Änderung des Asylrechts und die rassistische Hetze der Massenmedien gegen sogenannte "Scheinasyllanten" haben zu einer immer größer werdenden Akzeptanz rassistischer Übergriffe in der Bevölkerung geführt. Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die sich gegen Ausbeutung als billige Arbeitskräfte, Übergriffe von Neonazis oder gegen menschenverachtende Flüchtlingspolitik wehren und organisieren werden kriminalisiert und abgeschoben.

Die imperialistischen Staaten, wie die BRD, Frankreich, GB, USA usw. sind die Hauptverantwortlichen und Verursacher des weltweiten Flüchtlingselends. Sie unterstützen in der ganzen Welt totalitäre Regime wie in Lateinamerika, Türkei, Kurdistan etc., um die Völker als billige Arbeitskräfte auszubeuten, Rohstoffe zu Schleuderpreisen zu erwerben und günstige Absatzmärkte für ihre Waren zu sichern. Sie liefern Waffen und nachrichtendienstliches Know-How, um jegliche Opposition zu unterdrücken. Menschen, die aus diesen Ländern vor staatlicher Verfolgung, Bürgerkriegen, aus wirschaftlicher Not etc. fliehen müssen, werden entweder an der Grenze zurückgewiesen oder in Sammellagern zusammengepfercht, wo sie unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen. Jegliche Menschenrechte werden ihnen verweigert, sie werden gegen ihren Willen willkürlich in andere Bundesländer verteilt und auch nach wiederholten rassistischen Übergriffen zwangsweise zurückdeportiert.

Um sich gegen diese menschenverachtende Praxis gemeinsam zu wehren, haben sich in der ganzen BRD Flüchtlinge und andere demokratische Menschen zusammengeschloßen: Am 24.10.91. wurde z.B. ein Teil der Technischen Universität Berlin, von Flüchtlingen, MigrantInnen und UnterstützerInnen besetzt, um gemeinsam ihre Kämpfe und Forderungen der Öffentlichkeit zu vermitteln und Druck auf die Verantwortlichen auszuüben.

Die Flüchtlinge , die durch einen neuntätigen Hungerstreik zwar erreichen konnten, daß sie vorerst in der TU bleiben können, werden von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen. Sie erhalten keinerlei finanzielle und medizinische Unterstützung von den Behörden, die Kinder können nicht zur Schule gehen etc.. Menschen, die nach monatelanger Flucht von einem Sammellager zum anderen zwangsdeportiert wurden, sollen nun durch die Hinhaltetaktik des Berliner Senats und der Bundesregierung psychisch fertiggemacht und kriminalisiert werden. Die meisten Flüchtlinge in der BRD werden nicht anerkannt und leben in ständiger Angst vor Abschiebung und unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten streicht der Staat verstärkt Gelder für Flüchtlinge, ImmigrantInnen, Frauen und Mädchen, Schwule und Lesben ... . Flüchtlinge, ImmigrantInnen, Lesben, Schwule und radikale Linke sind nicht "nur" Opfer rechten Terrors, sondern auch staatlicher Repression und Kriminalisierung.

Wir rufen alle demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Menschen -egal welcher Nationalität und Hautfarbe- dazu auf, sich aktiv am Widerstand gegen Rassismus und Faschismus zu beteiligen und die Selbstorganisierung der Flüchtlinge und MigrantInnen in Norderstedt, Frankfurt, Berlin und anderswo zu unterstützen. Nur durch einen gemeinsamen Kampf von ausländischen und inländischen Menschen können wir die Umsetzung der rassistischen und faschistischen AusländerInnenpolitik des deutschen Staates verhindern.
Wir sind dessen bewußt, daß die faschistische Gefahr, der Rassismus, das Flüchtlingselend usw. Produkte des weltweiten imperialistischen Systems sind und solange bestehen bleiben, solange der Imperialismus existiert. Daher liegt es an uns, die Weltmachtpläne der Herrschenden zu durchkreuzen und eine Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und ohne Hierarchien gemeinsam aufzubauen.

KOMMT MASSENHAFT ZUR DEMONSTRATION!

Grenzen auf für alle!

Bleiberecht für alle!

Wohnung und Arbeit für alle!

Verhindert Zwangsverteilungen und Abschiebungen!

Aufnahmegarantie für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge!!

Weg mit allen Sondergesetzen gegen AusländerInnen!!

Verhindert die rassistische Hetze gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge!!

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern,
sondern zwischen oben und unten!!

Unterstützt die Selbstorganisierung der Flüchtlinge in Norderstedt, Frankfurt, Berlin und anderswo mit allen Mitteln: Geld- und Sachspenden, bei Behördengängen, mit Dolmetschen und Übersetzen. Briefe an die Verantwortlichen, Diskussionen am Arbeitsplatz, in der Schule und U-Bahn, im Sozial- und Arbeitsamt, in der Universität etc..

AufruferInnen: Selbstorganisierte Flüchtlinge und in- und ausländische UnterstützerInnen

Spendenkonto: Antirassistische Initiative e.V. Kto-Nr.: 303 96 00
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Stichwort "Bleiberecht"

JOBBERiNNENTREFFEN

Für Menschen, die ganz oder teilweise vom jobben leben müssen, wird die Situation immer enger. Gemüse, Kohlen, Telefon, BVG, Krankenversicherung, Miete: einfach alles wird teurer!
Die Löhne in ungesicherten Arbeitsverhältnissen haben eher die umgekehrte Tendenz -sie bleiben gleich oder gehen sogar zurück. Das bedeutet dann Mehrarbeit. Die ist aber gar nicht so einfach zu bekommen, wenn mensch ein bestimmtes Lohnniveau nicht unterschreiten will.
Schließlich sind Tarifvertäge, die die Teuerungen zumindest halbwegs auffangen könnten, für JobberInnenlöhne oft bedeutungslos. Stattdessen greifen direkt die Mechanismen bzw. Machtverhältnisse des achso-freien Arbeitsmarktes. In Konkurrenz zu einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen, die jobben müssen, weil sie sonst gar kein Geld haben oder weil Sozikohle, Rente, BaFöG,Haushaltsgeld etc. bei den Preissteigerungen noch weniger reichen als vorher, sollst Du Deine Arbeitskraft zu immer niedrigeren Löhnen anbieten, um sie überhaupt noch vekaufen zu können.
Die niedrigen Löhne verschärfen die Konkurrenzsituation noch einmal zusätzlich, da alle mehr arbeiten müssen. Letzendlich kann die Kapitalseite die Löhne fast nach Gutdünken diktieren.
Möglich wird diese Entwicklung aber erst durch die Vereinzelung der JobberInnen, die ein gemeinsames Sich-wehren so schwierig macht.
Die Ursache für diese Vereinzelung liegt nicht nur darin, daß wir aufgrund vollkommen unterschiedlicher und häufig wechselnder Arbeitsplätze kaum direkt miteinander zu tun habeb. Schwerwiegender ist die Tatsache, daß dieses "Wir JobberInnen" eine sehr fragwürdige Konstruktion ist, da es Menschen umfaßt, die aufgrund ihrer sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen überhaupt nicht miteinander gleichgesetzt werden können. Es ist eben ein Unterschied, ob sich ein türkischer Mensch an der Uni einschreibt, um Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung abzusichern und für seinen Lebensunterhalt jobbt, oder ob Zahnarztsohn/-tochter auf dem Weg zur gesellschaftlichen "Elite" in den Semesterferien mal jobben geht, um ein neues Surfbrett zu finanzieren.
Genausowenig kann z.B. die Schwarzarbeit illegaler ArbeitsmigrantInnen mit der gutbezahlter HandwerkerInnen verglichen werden.
Wir sind (bis jetzt) eine Gruppe von Leuten, die hauptsächlich über die studentische Arbeitsvermittlung "Heinzelmännchen" jobben. Innerhalb dieses Rahmens sind uns schon eine ganze Menge von Punkten aufgefallen, an denen wir konkrete Verbesserungen erzielen könnten, z.B. Mindestlöhne, verbindliche Arbeitsverträge, Abschaffung von sexistischen und rassistischen Vermittlungskriterien. Diese Punkte wollen wir mit anderen diskutieren und überlegen, was wir wie gemeinsam durchsetzen können.
Uns ist klar,daß in anderen Arbeitsverhältnissen andere Forderungen und Aktivitäten nötig sind.So haben z.B. JobberInnen bei anderen Sklavenhändlern zwar oft (befristete) Arbeitsverträge mit Lohnfortzahlung und Urlaub, müssen aber dafür einen größeren Anteil ihres Lohnes an den Sklavenhändler abdrücken.
Wir glauben aber, daß wir der beschriebenen Situation nur dann wirklich etwas entgegensetzen können, wenn wir als JobberInnen über unseren jeweils konkreten Rahmen hinaus zusammenkommen um zu klären,wieweit gemeinsame Interessen vorhanden sind, und wo solidarische Aktionen möglich sind, um mehr Einkommen, weniger Arbeit unter besseren Bedingungen und bessere materielle Absicherungen für Alle durchzusetzen!

Wir laden alle Interessierten zu einem Treffen am Freitag, 31. Jan., um 19 Uhr im Clash (Uferstr./ Opitzstr., Wedding, U-Bahnhof Nauener Platz oder Pankstr.) ein.

Antifa ruft auf zur Demo gegen Rassismus und Neofaschismus

Wir haben vor, alles dagegen zu tun, daß sich die Ereignisse vom September Ende Januar wiederholen. Um dies deutlich zu machen, rufen wir alle Jugendlichen auf, sich am 25.1.92 an einer friedlichen Demonstration gegen Ausländerhaß und neofaschistische gewalt zu beteiligen.
Es ist den Neonazis gelungen, vielfach Angst zu verbreiten mit primitiven Mitteln. Bald kommt auf uns jedoch eine Situation zu, wo einfaches humanistisches Handeln gefragt ist, damit auch unsere Stadt wieder bewohnbar wird für ausländische Mitbürger. Dazu ist es wichtig, aus der Passivität und Betroffenheit heraus, zu praktischer Solidarität zu finden. Es kommt auf unsere Initiative an. So können wir durch den Druck von unten versuchen, eine menschenwürdige Situation für alle hier zu schaffen.
Es ist wichtig, die von den Neonazis propagierte Theorie, die Widersprüche bestünden zwischen Flüchtlingsbewegung und Sozialabbau im Osten Deutschlands, richtigzustellen. Denn beide Erscheinungen haben dieselben Ursachen in der herrschenden Wirtschaftspolitik. Der Weg, der da herausführt, ist nicht das Gift des Rassismus, sondern Solidarität mit den Flüchtlingen. Behörden vergessen nur zu oft, daß es sich um Menschen handelt. Wir appellieren besonders an die Jugend Hoyerswerdas: Verelendung und Notsituation von Menschen aus der Dritten Welt darf uns nicht gleichgültig lassen.

Treffpunkt ist der Parkplatz in der Müntzerstraße. Treff um 13.00 Uhr.
Route der Demo: Müntzerstraße-Schweitzerstraße.

Antifa Hoyerswerda



HALLO FRAUEN !!!

Wir haben Lust auf eine internationalistische, feministische Gruppe und suchen EUCH dazu!
Wir wollen uns mit den weltweiten Veränderungen beschäftigen und versuchen, herauszufinden, was diese für Frauen bedeuten und wie wir damit umgehen können.
Ausserdem wollen wir viel Spass zusammen haben.
Wir treffen uns am Donnerstag, den 23.1.92
und am Donnerstag, den 6.2.92
im CLASH, Uferstr. 13, U-Bhf:Pankstr./Wedding

Auszug aus einer Diskussionsbroschüre aus Rhein-Ruhr zur Vergewaltigungsdiskussion, 1987. Frauen im Trikont

In fast allen vorkapitalistischen bäuerlichen Gesellschaften gibt/gab es Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung, meist gekoppelt mit mehr oder weniger patriarchalisch strukturierten hierarchischen Geschlechterverhältnissen, die in den meisten Fällen die absolute Verfügungsgewalt der Männer über das Arbeits-und Reproduktionsvermögen der Frauen sichern. Sie sind quasi Eigentum der Männer - wie ein Produktionsmittel. Sie sind jedoch als Arbeitskraft und Produzentinnen neuer Arbeitskräfte für die bäuerliche Gesellschaft unverzichtbar, weswegen sie auch gewisse Schutzrechte eingeräumt bekommen.
In "ihren" Bereichen besitzen Frauen eine relative Selbstständigkeit, eigene Strukturen untereinander und - wenn sie die ihnen zugewiesene Rolle gut erfüllen - gesellschaftliche Anerkennung ihrer Tätigkeit.
"Ihr Selbstwertgefühl, ihre Identitätist nicht abhängig von Anerkennung durch ihren Mann, sondern von dem Ansehen, das sie unter den Frauen und im Gemeinwesen haben. Da zählen ihre Arbeitsfähigkeit, ihre haus-und landwirtschaftlichen Kenntnisse, ihre Erfahrung mit der Natur, die Zahl ihrer Kinder, ihrer Söhne." (aus: Peripherie 13,S.49 / s. dazu auch: Nu Ego)
Die bäuerlichen patriarchalen Strukturen bedeuten für die Frauen einerseits absolute soziale Kontrolle, Festlegung auf bestimmte vorgegebene geschlechtsspezifische Tätigkeiten, Unterwerfung unter die patriarchale Hierarchie und den damit verbundenen kulturellen Riten und Auflagen (z.B. Brautpreis, Klitorisbschneidungenu.a Andererseits sind sie in einem sozialen Netz aufgehoben und sind nicht so sehr von einem einzelnen Mann abhängig.
(So soll es angeblich vor der Kolonisation keine Prostitution im heutigen Sinn gegeben haben, weil es durch die polygame Familienstruktur keine "überschüssigen" Frauen gab / bezieht sich auf Afrika . s. Broschüre: "Fortschritt"...)
Die imperialistische Verdrängung dieser bäuerlichen Gesellschaftsformen hat nun die materiellen Grundlagen jener "sozialen Netze" zerstört ohne jedoch damit auch die patriarchalen Strukturen über Bord geworfen zu haben.

Wie wir wissen, führte das Vorrücken multinationaler Agrokonzerne, die Kapitalisierung der Landwirtschaft im Zuge der"grünen Revolution" seit den60er Jahren durch Kredite und Auflagen von internationalen (Weltbank etc.) und nationalen "Entwicklungs"banken, die Durchsetzung der cash-crop Produktion für den Weltmarkt anstelle der food-crop Produktion für den Eigenbedarf, in weiten Teilen der drei Kontinente zur Verarmung und völligen Enteignung einer großen Masse kleinbäuerlicher Familien.

Die Zerstörung der für sich und lokale Märkte produzierenden Subsistenzwirtschaften führte zu einer Neuzsammensetzung der geschlechtlichen Arbeitsteilung:

- die Männer übernehmen -auf noch eigenem oder gepachteten Land oder auf von oben installierten "Genossenschaften" o.ä. - mit den "modernen" Anbaumethoden die cash-crop Produktion, wofür sie von den Entwicklungsagenturen gezielt ausgebildet werden; oder sie müssen sich als saisonale Lohnarbeiter oder Tagelöhner auf den Plantagen der Agromultis oder Großgrundbesitzer, als Wanderarbeiterin Bergwerken oder neuerrichteten Industrieanlagen verdingen (, wenn sie nicht ganz in die Zentren verschwinden).
- die Frauen werden in Tätigkeiten, die sich um die Organisation des täglichen Überlebens drehen, gedrückt: Kinder, Hausarbeit, Kleintierzucht, etwas Land wird bebaut, Holz fürs Feuer besorgen, WAsser schleppen ...
(wobei diese Überlebensarbeit dadurch erschwert ist, daß durch die Industrialisierung und Monokultur der Landwirtschaft und der damit einhergehenden ökologischen Zerstörung viele früher verwandte Nahrungs-und Überlebensmittel einfach nicht mehr da sind b.z.w. durch viel mehr Arbeit oder Geld beschafft werden müssen (z.B. Fische, Kräuter, Früchte, Holz, sauberes Wasser ...))
Zusätzlich arbeiten sie unregelmäßiger als Saison-oderGelegenheitsarbeiterinnen auf den Plantagen oder bei anderen Bauern oder stellen-handwerkliche Produkte in Heimarbeit her (oft auf Verlagsbasis); bei den bezahlten landwirtschaftlichen Tätigkeiten erhalten sie weniger Lohn und müssen die schlechteren Arbeiten machen.

Während also die Männer vorwiegend versuchen (müssen),das mitlerweile notwendig gewordene Geld durch direkte oder verdeckte* Formen von Lohnarbeit aufzutreiben, mussen die Frauen durch veränderteFormen von Subsistenzarbeit' die tägliche Existenz der bäuerlichen Familie sichern, da die Einkommen aus der (männlichen) Lohnarbeit zur Reproduktion nicht ausreichen, äußerst unsicher sind - und sie oft auch von den Männern privat verkonsumiert werden.
"Um überhaupt ein Lohneinkommen zu ermöglichen, bzw. ein nur geringes Einkommen zu ergänzen, muß Subsistenzarbeit zum "unsichtbaren Counterpart" des Lohnarbeitsverhältnisses werden. Vermittelt über diese Kombination mit bezahlten Arbeitsverhältnissen, kann unbezahlte angeeignet werden." (Jacobi in: beiträge 3,S.82)

Die Frauen leisten also nicht nur unbezahlte Reproduktionsarbeit, sondern sie mussen auch noch ganz oder teilweise die Reproduktionsmittel erwirtschaften - ihre Subsistenzarbeit ist somit Grundlage der extrem hohen Ausbeutungsraten multinationaler Agro-u.a.Konzerne in den drei Kontinenten. Gleichzeitig ist sie weiterhin den patriarchalen Gewaltverhältnis ausgesetzt, das durch die veränderte geschlechtliche Arbeitsteilung nicht angetastet wird : Da die Subsistenzarbeit der Frauen nun "unsichtbarer" geworden ist - denn sie tritt nicht mehr gesellschaftlich in Erscheinung, sondern quasi privat ist jede Frau individuell mit der Überlebensarbeit konfrontiert -, ist auch ihre soziale Stellung eher geschwächt worden;

die Mehrarbeit wird als selbstverständlich betrachtet und aus Interviews geht hervor, daß sie von den Männern gar nicht registriert wird. (s. dazu Werlhof, "Wenn die Bauern ...)
Die Kombination von Lohn- und Subsistenzarbeit finden wir auch in den trikontinentalen Großstadtslums wieder, wohin die enteigneten bäuerlichen Familien auf der Suche nach besseren Überlebensmöglichkeiten flüchten. Nur daß hier Gartenanbau, Kleintierhaltung etc. schlechter möglich sind und daher die Menschen versuchen durch den Verkauf selbsthergestellter Produkte (Mahlzeiten, Gebrauchsgegenstände..), Dienstleistungen (Waschen, Nähen ..) und Kleinhnadel irgendwie Geld aufzuteiben.

"Wenn der städtische Subsistenzsektor nicht existierte und wenn die von ihm geleisteten Dienste zur Reproduktion der im formellen Sektor beschäftigten Arbeitskräfte vom formellen selber übernommen würden, dann würde der Lohn, der gegenwärtig gezahlt wird, nicht mehr für den Unterhalt - und schon gar nicht für die Reproduktion - der im formellen Sektor beschäftigten Arbeiter ausreichen. (...) Jene Geldeinkommen gestatten den Zukauf der wenigen Waren, die der informelle Sektor nicht selber herstellen kann: Grundnahrungsmittel, Brennstoff, einige Textilienarten, und billige Schuhe, medizinische _Versorgung und schulische Ausbildung. Doch beschränken sich die ZUkäufe auf das existenznotweendige Minimum. (...) Der Einfallsreichtum der Stadtbewohner ber der Verwandlung jedes Gegenstandes in irgendetwas, das auf irgendeine Weise grundlegende Überlebensbedürfnisse befriedigt, kann tagtäglich in den wuchernden Siedlungen und Slums der Städte der 3.Welt beobachtet werden." (aus:Starnberger Studien 4,S.160)

Was in solchen Beschreibungen völlig fehlt, ist, daß es auch in diesen Überlebensökonomien nicht nur jene o.g. Kombination von absolut gering bezahlter und völlig unbezahlter Arbeit gibt, sondern sie auch geschlechtlich ungleich zusammengesetzt ist. Auch hier sind es letztlich die Frauen, die für das Überleben der Familie zuständig sind - egal wie hoch der Geldanteil am Einkommen ist, ob der Mann abgehauen ist oder den Lohn privat verkonsumiert hat.*

Dazu exemplarisch folgnder Bericht aus einem Elendsviertel in Recife im Nordosten von Brasilien.

"Die Frauen von Camponesa

Die Frauen arbeiten als Wäscherinnen, als Näherinnen oder als Haushaltshilfen in den Familien der Mittel-und Oberschichten. Selten finden sie eine Arbeit alsVerkäuferin oder in der Fabrik. Frauen, die als Dienstmädchen unterkommen, sind völlig in den Tagesablauf ihrer Arbeitgeber eingespannt. Entsprechend lang ist ihre Arbeitszeit. Selten bekommen sie einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Ihr Lohn liegt fast immer unter dem gesetzlich festgelegten Mindestbetrag. Ein Teil des Verdienstes besteht darin, daß die Frauen in den Familien mitessen und die abgelegte Kleidung ihrer Herrschaften bekommen. Und manchmal dürfen sie ihre Kinder mitbringen. Für die Mittelschichtshaushalte ist es häufiger billiger, ein Dienstmädchen zu bezahlen, als eine Waschmaschine zu kaufen. Berufstätige Frauen dieser Schicht könntenihrer Tätigkeit überhaupt nicht nachgehen, ohne die Dienste von Hausangestellten, die die Kinder in die Schule bringen, das Essen kochen und die Wäsche waschen, in Anspruch zu nehmen.
Fraeun, die Arbeitin der Fabrik finden (Elektroindustrie, Textilfabriken und Früchteverarbeitung), verdienen in der Regel 30% des Männerlohns. Von diesem Einkommen kann sich eine allei-nstehende Frau, geschweige denn eine Frau mit Kindern, kaum ernähren. Trotzdem gelten Fabrikarbeit oder die Arbeit als Verkäuferin als die besten Verdienstmöglichkeiten. Jede andere Arbeit verlangt mehr Zeit für gleichen Lohn. Inder Fabrik sind Arbeitszeiten geregelt unddie Höhe der Löhne festgesetzt. Die Arbeiterinnen sind versichert, und sie arbeiten nicht isoliert, sondern mit anderen Frauen zusammen. Für die Vorteile eines solchen Arbeitsplatzes nehmen die Frauen einiges auf sich. Die Einstellung zum Beispiel ist von einer Untersuchung ihres gesundheitlichen Zustandes abhängig. Nur die leistungsfähigen Arbeiterinnen und Arbeiter werden überhaupt genommen. In den meisten Fällen müssen die Frauen zusätzliche Schwangerschaftstests über sich ergehen lassen. Ist der Befund positiv, sind sie disqualifiziert. In einigen Betrieben müssen monatlich die Menstruationsbinden vorgezeigt werden.
Den meisten Frauen bleibt als Verdienstmöglichkeit nur der Kleinhandel, wie der Straßenverkauf selbstgefertigter Produkte - häufig unterstützt von ihren Kindern. Da werden ein paar Erdnüsse in Zeitungspapier gewickelt und für fünf Cruzeiros (etwa 15 Pfennig) verkauft, es werden kleine Fische und Krabben gebraten oder Maiskuchen gebacken. Der Arbeitsaufwand steht in hier meist in keinem Verhältnis zum Ertrag. Die Lebenszeit vieler Frauen aus den Elendsvierteln fließt in diese mühselige Arbeit, in Dienste und Güter zu billigsten Preisen, die jedoch wiederum den Alltag der einkommensschwachen Bevölkerung erleichtern helfen."
(aus: "Elend der Modernisierung ...), Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung S.75)

Daneben gibt es noch Jobs für Frauen in einer wahrscheinlich zunehmenden Zahl gar nicht registrierter Betriebe und Hinterhofklitschen - die durchaus für den Weltmarkt produzieren -, wo die Möglichkeiten arbeitsrechtliche Standards durchzusetzen gleich null sind.

So stürzten beim Erdbeben in Mexiko-City 1985 ehemalige Wohnhäuser ein, in die Textilfabrikanten schwere Maschinen zur Textilproduktion aufgestellt hatten. Die hier Beschäftigten Frauen hatten jahrelang unter SChwarzarbeitsbedingungen mit den bekannten Schikanen geschuftet (von den gelben Betriebsgewerkschften akzeptiert). Doch die Frauen waren auf dieses Einkommen angewiesen; 80% der Näherinnen waren ledige oder vom Mann verlassene Mütter, die noch bis zu sechs Kinder zu ernähren hatten. Wahrscheinlich 6.000 Frauen wurden unter den Trümmern der nicht für schwere Maschinen konstruierten Wohnbauten begraben. (aus AIB 7/86,S.18)

Eine andere Form der absoluten Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft für die Weltmarktproduktion geschieht in den Fabriken der sog. freien Produktionzonen (allerdings ist der Anteil der hier arbeitenden trikontinentalen Frauen immer noch gering).

Zur Situation hier stichwortartig einige Zitate (alle aus Fröbel e.a.)( ).
"...die Löhne der Frauen häufig bis um die Hälfte niedriger als die der Männer." (1977/532); "...Frauen(müssen) höhere Arbeitsintensität und niedrigere Löhne als männliche Arbeitskräfte akzeptieren ..." (77/533); "Die Nachfrage nach spezifischer Arbeitskraft, Frauen jüngerer Altersgruppen, ist nach wie vor ... der bestimmende Faktor auf den Arbeitsmärkten." Wenn auf den Arbeitsmärkten nicht mehr genug "unbeschäftigte Frauen der Altersgruppe zur Verfügung stehen,...reagieren die UNternehmen fast ausnahmslos mit der Verlagerung an neue Standorte, an denen wiederum nur dies spezifische Arbeitskraft beschäftigt wird."(77/534) Zu den Arbeitsbedingungen:"...Schichtarbeit...Nachtarbeit...24-Stunden-Betrieb auch an Sonn-und Feiertagen...keine Schutzvorrichtungen bei Verarbeitung gefährlichen Materials...Raumtemperaturen von 35-38 Grad...total überfüllte Fabrikräume ..." etc. (77/542f) Dazu kommt sexistische Anmache und Erpressung seitens der männlichen Vorarbeiter (s.dazu /S.) Und auch hier "...reichen die Löhne nicht einmal hin, um die für das Existenzminimum notwendigen Lebensmittel zu finanzieren." (77/ 543)
Diese Entwicklung - die Überausbeutung weiblicher Arbeitskraft für den Weltmarkt - ist ungebrochen.
"Sicherlich sind in vielen Entwicklungslaändern seit Anfang der 80er Jahre Erscheinungen der Stagnation und zum Teil auch des drastischen Rückganges der industriellen Produkteion zu verzeichnen. Letzteres gilt jedoch nicht für die exportorientierte industrielle Produktion." (1986/420) Und: "Der Anteil der Frauen an den Gesamtbeschäftigten ist in den meisten Exportproduktionszonen unverändert hoch."(86/472) Der World-Labour-Report des ILO bezeichnet die trikontinentalen Exportindustrien als "female industries" (86/473), denn hier betragen die Löhne der Frauen "in der Regel nur zwei Drittel der Löhne der Männer, machen aber nicht selten nur die Hälfte der Löhne der Männeraus." (86/468). Dabei

sind die Löhne der Männer ja auch schon extrem niedrig. So meinen denn auch die Autoren, daß die in Export-b.z.w. Weltmarktindustrien Ausgebeuteten gezwungen sind, außerhalb des Lohnzusammenhangs nach Lebensunterhaltsmöglichkeiten zu suchen: " Abgesehen von Nebentätigkeiten aller Art sind es Subsidien, die von den Familien durch Arbeit in der Subsistenzwirtschaft, im informellen Sektor und durch Hausarbeit aufgebracht werden, die die Reproduktion der individuellen Arbeitskraft außerhalb des Lohnzusammenhangs ergänzen müssen. (...)Subsi dien und Löhne, ... reichen häufig nicht aus, um die physische und psychische Wiederh erstellung der langen Arbeitszeiten und hohen Arbeitsintensitäten ausgesetzten Arbeitskraft zu gewährleisten. Früher Verschleiß, frühe Arbeitsunfähigkeit und Frühinvaliditat sind ein unverhüllter Ausdruck dieser Tatsache."(86/471)

Daß Frauen in den Weltmarktfabriken nur wenige Jahre arbeiten, weil sie dann körperlich und nervlich am Ende sind, und von "frischen Kräften" ersetzt werden, ist bekannt. Was die Autoren jedoch nicht schreiben, ist wer jene "Subsidien" in der Regel erarbeiten muß. Die Tatsache, daß vor allem Frauen in den prekärsten Bedingungen der Weltmarktproduktion verwertet werden, liegtunserer Meinung nicht daran, daß für bestimmte Tätigkeiten mit spezifischen Fähigkeiten wie Geschicklichkeit oder Ausdauer aufwarten können. Vielmehr lebt der Imperialismus von Ausbeutungsverhältnissen, die die generelle - auf den patriarchelen Gewaltstrukturen aufbauende - Minder- Wertigkeit von Frauen(-arbeit) zur Grundlage haben. Die zu bedienenden Maschinen, Apparate etc. werden auf eine bestimmte Form von ("unqualifizierter") Massenarbeitskraft zugeschnitten - die Produktionsstätten werden dort hochgezogen und die jeweiligen staatlichen Agenturen werben mit "flinken Fingern" für jene Regionen, wo es eine Masse von (jungen) Frauen gibt, die auf Geldeinkommen für sich und ihre Familien existentiell angewiesen sind.

Am Beispiel Thailands läßt sich sehen, daß auch für die massenhafte Zunahme von Prostitution und Frauenhandel als oft letzter Ausweg für Frauen ein Geldeinkommen aufzutreiben, die Ursachen primär in der Zerstörung der alten Subsistenzstrukturen liegen.

"In Thailand leisten die Frauen von der TRadition her in Bezug auf Arbeitsleistung und Einkommen mindestens die Hälfte des Beitrages zum Unterhalt der Familie. In den herkömmlichen ländlichen Familienstrukturen hatte die Frau eine wichtige Funktion in der Landwirtschaft (Reisanbau). Durch die Einführung neuer Agrartechniken und einer exportorientierten Nahrungsmittelproduktion wurde der Großgrundbesitz ausgedehnt und die sich immer mehr verschuldendenKLeinbauern von ihrem Land verdrängt. Die Landreform, die Landeigentum von kommunalen oder Familienbesitz auf individuelles Eigentum verlagern, resultieren oft im Verlust von Nutzungsrechten für Frauen, da Ausbildungsmöglichkeiten in modernen Techniken auf die Männer zielen und die Bäuerinnen nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Modernisierung der Landwirtschaft hat also eine Schwächung des traditionellen Status der Frau als Bäuerin zur Folge. Die traditionelle Aufgabe der Frau für den Lebensunterhalt der Familie ebenso zu sorgen wie die Männer bleibt jedoch bestehen. Mit Heimarbeit oder als Lohnarbeiterinnen in der Landwirtschaft versuchen sie neue Einkommensquellen zu finden, doch im Bereich traditioneller Frauenarbeit vermindern sich die Einkommensmöglichkeiten, da die ERzeugnisse der Frauen zunehmend mit industriell gefertigten Produkten konkurrieren müssen. Als Folge (...) ziehen viele Töchter aus dem Norden und Nordosten (ärmste Landesteile) auf der Suche nach einer besser bezahlten Arbeit in die Stadt, um ihre Familien finanziell unterstützen zu können. Die ökonomische Entwicklung veranlaßt auch eine große Zahl v on Männern von der Landwirtschaft in den modernen Sektor der städtischen EXportindustrie überzuwechseln (...). Die Frauen in den Städten bilden den großen Teil der industriellen Reservearmee die dem Kapital der Industrienationen angeboten wird, da die Frauen zu noch niedrigeren Löhnen arbeiten müssen als die Männer. Frauen mit Grundschulausbildung werden dann vor allem in der Elektronikindustrie eingesetzt, (...). Für Frauen, die im modernen Sektor nicht unterkommen bleibt die Prostitution. 3/4 der "Masseusen" in Bagkok kommen aus dem Norden und Nordosten Thailands, die meisten aus Bauern- und Landarbeiterfamilien mit mehr als sechs Kindern, 90% haben keine oder nur geringe Schulbildung, und alle schicken einen Teil ihres Verdienstes an ihre Familien, die ohne diesen Verdienst nicht überleben konnten." (aus: 'Frauen auf der Flucht')

Die weitere Migration von thailändischen Frauen in Metropolenländer liegt in ihrer extremen Ausbeutung durch Barbesitzer, Bordellunternehmer und ZUhälter begründet, die die Löhne wegen der großen Zahl von Prostituierten dermaßen drücken, daß sie für eine Unterstützung der FAmilie nicht mehr reichen. Die Frauen hoffen, daß sie als Prostituierte in einem Metropolenland oder durch Heirat mit einem Metropolen-Mann mehr Geld beschaffen werden. Die über diesen Prozess entstandenen Frauenhändler vereinfachen den Migrationsprozess. (s. dazu S.Skrobanek (*), die schwerpunktmäßig auf die Situation von Thai-Frauen in der BRD eingeht und auch die Angriffe auf den Sex-Tourismus etc. problematisiert.)

Auf die bevölkerungspolitischen Programme wollen wir hier nicht näher eingehen, auch wenn diese einen zentralen Stellenwert im imperialistischen Angriff einnehmen, doch denken wir, daß ihre Folgen für die trikontinentalen Frauen bekannt sind.

Die durch die Zwangsmobilisierung ausgelösten Flüchtlings-b.z.w. Migration"ketten" durchziehen ebenfalls geschlechtliche Differenzierungen.

Generell ist wohl zu sagen, daß Männer "mobiler" sind:

- wegen der patriarchalen Arbeitsteilung sind es in erster Lineie die Männer, die in ihrer Verantwortung für Geldeinnahmen losziehen und sich auf die Suche nach Lohnarbeit machen.
- ebenfalls aus jenen Gründen wird es nötigenfalls eher, Männern von ihrer Familie finanziell ermöglicht, eine Reise, Schmiergelder o.ä. zu bezahlen
- Männer haben aufgrund ihres patriarchalen Rollenverständnisses weniger Skrupel, Frauen, Kinder und Alte zurückzulassen, um für sich bessere Überlebensbedingungen zu suchen.

So kommt es, daß in den ländlichen Regionen, wo die eigenständige Subsistenzbasis zerstört worden ist, relativ mehr Frauen mit ihrrn Kindern und den Alten zurückbleiben. Extremes Beispiel dafür sind die Homelands in Südafrika. Die trifft auch für jene Hungerregionen zu, wo zu der Zerstörung der ehemaligen Lebensgrundlagen noch Dürre"katastrophen" o.ä. hinzutreten wie in den Sub-Sahara-Gebieten oder Nord-Ost-Brasilien.

In den Flüchtlingslagern, die rund um diese Regionen und um Regionen regionaler m[illegible]tärischer Konfrontationen angelegt sind, um [illegible] Flüchtlingsströme aufzufangen und zu verwalten, leben v.a. Frauen mit ihren Kindern und ebenfalls Alte. Auch wenn es darüber keine genauen Angaben gibt, wird dies doch immer wieder von der UNCHR, die die Lager "betreut", behauptet und sie gibt den Anteil der weiblichen Flüchtlinge mit 80% an, was sich eben auf die Lager bezieht.

Für die Slums der trikontinentalen Großstädte haben wir nichts gefunden, was auf ein Übergewicht von Männern oder Frauen hinweisen würde. Was jedoch immer wieder in Berichten auffällt ist, daß es hier viele Familien ohne "Väter" gibt und daß v.a. junge & kinderlose Frauen sich auf den Weg in die Zentren machen, um mit den erhofften Verdiensten die elterliche Familie zu unterstützen oder auch, um sich den den patriarchalen familiäaren Zwängen zu entziehen. (So gibt es Berichte über Mocambique, wo Frauen in die Städte gegangen sind, um dort das Geld aufzubringen, was für den Freikauf von ihrem Mann nötig ist, das er als Brautpreis (modernisierte Form vom "lobolo") hatte zahlen müssen. s. Hanlon)

Als weiteres Fluchtmotiv von Frauen taucht auf, daß sie vor dem ökonomischen und sozialen Druck (vom La nd) fliehen, der durch das Verlassen des Mannes entstanden ist, der in vielen Fällen nach einiger Zeit die Geldsendungen einstellt. (s. Brosch. "FRauen auf der Flucht")

Bei der grenzüberschreitenden Migration/Flucht in einer Region in ein sog. Schwellenland (wie z.B. in Westafrika nach Nigeria, in den Senegal oder zur Elfenbeinküste / in Zentralamerika nach Mexiko) oder in die OPEC-Staaten (Libyen, S.-Arabien, Kuweit etc.), sind es v.a. die Männer, die sich auf den Weg machen (können).

In viel geringerem Umfang gibt es diese Migration auch von Frauen. So arbeiten in den OPEC-Ländern Frauen aus Süd-Ost-Asien schwerpunktmäßig als Hausangestellte und Krankenschwestern. (Nach einer Untersuchung von 1985 arbeiten z.B. in Kuweit ca. 45.000 "ausländische Mädchen ...Über die Hälfte von ihnen kommt aus den Philippinen, während die übrigen aus Sri Lanka oder anderen arabischen Ländern stammen." EPK 2/86)

Die letzte Station in der Flüchtlings-/Migrationskette ist die Flucht in ein Metropolenland. Die größte dieser Flüchtlingsbewegung ist wohl die von Mexiko in die USA. Hier ist uns nichts näheres über den Anteil der Frauen bekannt; wir vermuten jedoch, daß zunächst die Männer alleine versuchen, "ihr Glück zu machen" und sie später, wenn sie es bedingt geschafft haben, Frau und Kinder nachholen (ähnlich der Migrationbewegung von der Türkei in die BRD)

Was die Flucht in die europ. Metropolen und insb. in die BRD angeht, so läßt sich feststellen, daß seit dem Anwerbestop Anfang der 70er Jahre viele FRauen und Kinder von den zu der Zeit hier lebenden Arbeitsmigra-ten nachgeholt worden sind, so daß der Anteil aller au[illegible] Frauen und Mädchen mittlerweile bei 43% l[illegible]t (insg. 1,9 Mio.)
(alle folgenden Zahlen und Angaben aus: "Nachrichtendienst für öf[illegible]tliche u.private Fürsorge" Ffm., Juli 1986, S.283ff).

Die Zahl der Flüchtlingsfrauen und -mädchen aus den "größten außereuropäischen Flüchtlingsbevölkerungen"*, die gezwungenermaßen versuchen über die Asylgesetzgebung hier zu leben, beträgt 39.000 und damit ca. 35%.

Noch kurz zur Situation diser Frauen hier. Viele von ihnen (Zahlen darüber gibt es wohl nicht) "Halten sich als Ehefrauen oder Töchter von Asylbewerbern oder Asylberechtigten mit abgeleiteten Aufenthaltsrecht in der BRD auf (...); nur Flüchtlingsfrauen, die selbst anerkannte Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge sind, (haben) einen auf Dauer gesicherten Aufenthaltsstatus." D.h. viele sind unmittelbar abhägig von Mann b.z.w. Vater, denn mit einer Trennung verfällt auch das abgeleitete Aufenthaltsrecht.

Ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt:" die meisten Arbeiten, die sie finden, sind Arbeiten am unteren Ende der sozialen Leiter ... oft die frauentypische Teilzeitarbeit mit sta rk fluktuierender Beschäftigung und Perioden der Arbeitslosigkeit. (Sie) verrichten meist Hilfsarbeiten in Gewerbebetrieben, in Hotels und Großküchen, sie arbeiten in Schneidereien und machen jede Art von Putzarbeit, manchmal sozialversichert und oft auch 'schwarz'." Und eben als Prostituierte (s.Spiegel v.27.5.85).
Dazu kommen die auch von länger hier lebenden Türkinnen u.a. der sog. ersten Generation bekannten psychischen und psycho-somatischen ERkrankungen, wlche aus Isolationsprozessen, unterschiedlichen Akkulturationsschritten der einzelnen Familienmitglieder und anderen Problemen resultieren.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Flüchtlings-/Migrationsketten geschlechtlich gespalten sind: je weiter der Weg, je "attraktiver" das Fluchtland, umso weniger Frauen schaffen es, dorthin zu gelangen. Sie sind in erster Linie die Zwangsmobilisierten und viel weniger diejenigen, die sich aufmachen können, um "ihren Anspruch auf Selbstbestimmung und Einkommen" (Thesen zur Flüchtlingsfrage) in den Reichtumszonen einzufordern.
(Hier wäre aber noch weiter nachzusehen, wie Kämpfe von Frauen aussehen, an die anzuknüpfen wäre - wir haben uns hier erstmal darauf beschrankt, die Angriffe "von oben" zu beschreiben und "subjektive" Seite weggelassen.)

FASCHISTISCHER ANGRIFF AUF DEN AUTONOMEN KRÜMELLADEN

In der Nacht vom 8.1. zum 9.1.1992 wurde um ca. 2 Uhr in den Autonomen Krümelladen eingebrochen. Ziel der faschistischen Angreifer war es, den Laden niederzubrennen. Die Täter nahmen bewußt in Kauf, daß dadurch Lebensgefahr für die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses bestand. Der Brand konnte rechtzeitig entdeckt und gelöscht werden. Die Täter zerstörten außerdem einen Teil der Einrichtung, entwendeten Geld und Wertgegenstände und hinterließen Hakenkreuz-schmierereien.

Der Autonome Krümelladen ist ein selbstbestimmtes Projekt, das sich ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Die hier vertretenen Gruppen arbeiten zu verschiedenen Themen. Gemeinsame politische Zielsetzung ist antirassistische, antikapitalistische und antipatriarchale Arbeit.
Der Autonome Krümelladen ist eines der wenigen Projekte dieser Art in Neukölln. Die politische Ausrichtung des Ladens macht ihn zur Zielscheibe faschistischer Angriffe.

Rechte Gewalt trifft aber nicht nur linke Projekte, sondern ist längst zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.
Wir werden nicht schweigend zusehen, wie weiterhin Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer und Andersdenkende verfolgt, verprügelt und nicht selten ermordet werden. Das Anwachsen rechter Gewalt macht antifaschistisches Denken und Handeln immer notwendiger. Wer wegsieht und schweigt macht sich mitschuldig!

SCHAUT NICHT WEG! GREIFT EIN!

Unterstützt wird dieser Aufruf von:

-Anarchistisches Stadtteilkommitee
-Buchhandlung am Rathaus Neukölln
-Café Boras
-Café Linus
-Galerie Olga Benario
-Naturkostladen Trollblume
-Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten (VVN/VdA)
-Vollkornbäckerei Mehlwurm
-Zeitungsladen Weserstraße

Vier Jahre Intifadah
SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN VOLK

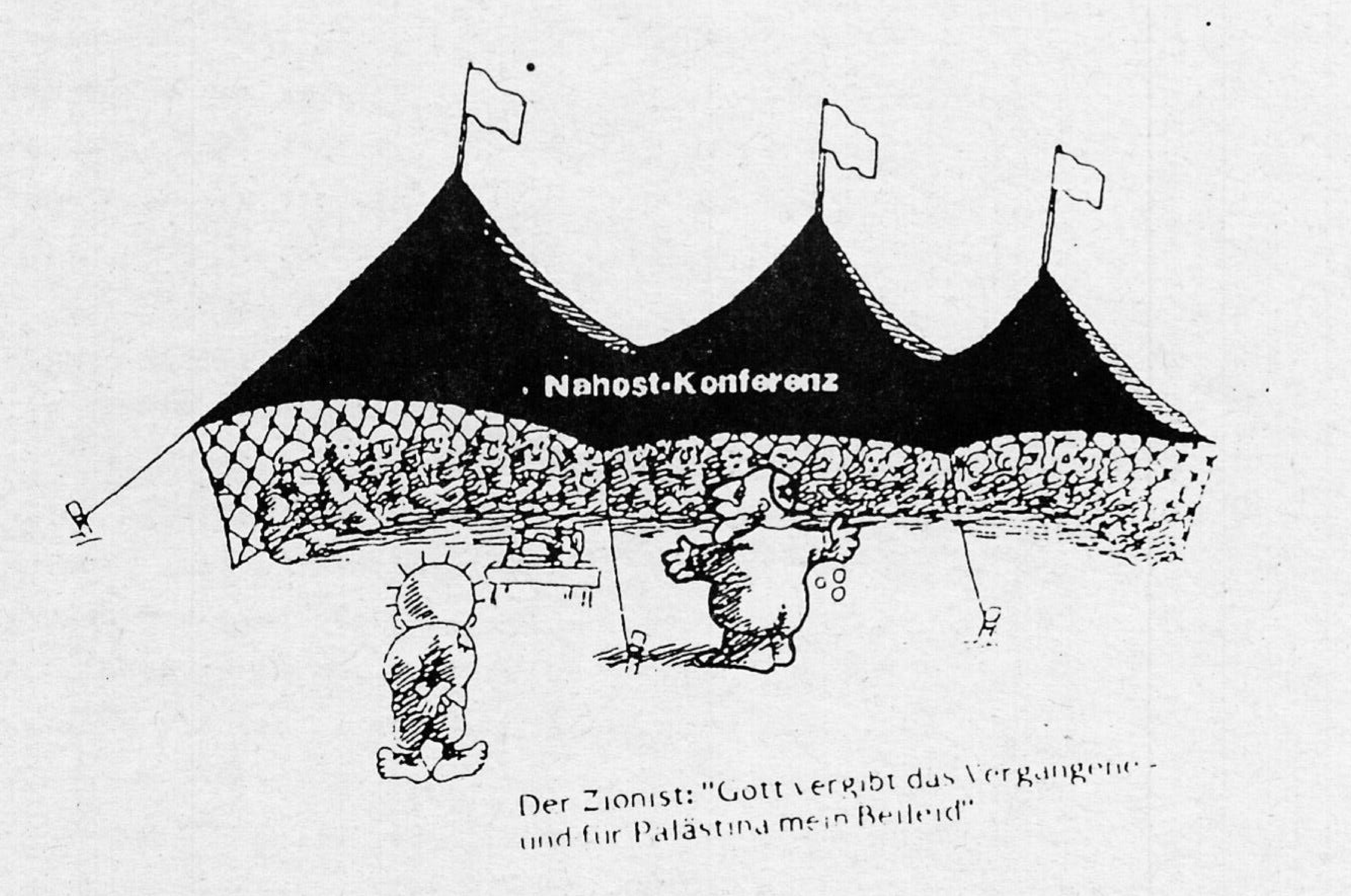
Vier Jahre dauert jetzt die Intifadah, der palästinensische Volksaufstand in den 1967 von Israel besetzten Gebieten. Was hat er erreicht, warum wurde er bis heute durchgehalten, wie geht es weiter ?

Zur politischen Vorgeschichte:
Seit nunmehr über 40 Jahren wird dem Volk von Palästina sein Recht auf nationale Selbstbestimmung vorenthalten. Der von den imperialistischen Mächten nach dem 2. Weltkrieg auf einem Teilgebiet Palästinas errichtete zionistische Einwanderungsstaat hat in mehreren Kriegen ganz Palästina und Teile Syriens und Libanons unter seine Kontrolle gebracht bzw. annektiert.
Das war von Anfang an das Ziel der Zionisten und sie haben es nie versäumt , die aus der zionistischen Ideologie resultierenden expansionistischen Ziele öffentlich zu verkünden.
Im Krieg von 1967, der gemeinsam mit den USA und Großbritannien und mit Unterstützung der BRD geplant wurde, bestand das zionistische Kriegsziel darin, die entscheidende territoriale Expansion durchzusetzen und mit Hilfe des Drucks der imperialistischen Mächte die arabischen Staaten dazu zu zwingen, die Verweigerung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes - vor allem des von der UNO garantierten Rechts der Flüchtlinge auf Rückkehr nach Palästina - hinzunehmen.
10 Jahre später wurde diese Politik von den USA und Israel mit dem Camp-David-Projekt fortgesetzt; dieser sogenannte "Frieden" war nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges von 1967 mit andern Mitteln. Israel annektierte das besetzte Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen und überfiel unmittelbar nach dem Separatfrieden mit Ägypten den Libanon. Diese Aggression wurde anfangs "Frieden für Galiläa" genannt, im späteren Verlauf in offenem Zynismus als "Endlösung der Palästinafrage" deklariert. Es war der Versuch, die PLO und ihre Infrastruktur zu zerschlagen. Die systematische Zerstörung der palästinensischen Einrichtungen (Dokumentationszentren etc.) im Libanon ist ein Beleg dafür.
Die Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Schatila nach dem Abzug der palästinensischen Kämpfer waren eine reine Machtdemonstration der Zionisten und dienten allein dem Zweck der Demoralisierung und Demütigung des palästinensischen Volkes. Das gleiche gilt für die ständigen Luftangriffe auf die palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon in den achtziger Jahren.

Der Aufstand
Parallel zum zionistischen Terror im Libanon verstärkte der zionistische Unterdrückungsapparat in den 1967 besetzten Gebieten seine "Politik der Eisernen Faust". Alle palästinensischen Proteste gegen die verstärkte zionistische Besiedlung dieser Gebiete wurden brutal niedergeschlagen, die Bevölkerung wurde zunehmend von den Siedlern terrorisiert, das Militär nahm Massenverhaftungen vor. 1987 erreichte diese Unterdrückungskampagne ihren Höhepunkt. Dagegen formierte sich ein Widerstand vor allem innerhalb der jungen Generation, der sich am Ende des Jahres zum offenen Aufstand entwickelte.
Seit dem Beginn der Intifada wurden von zionistischen Siedlern und Militärs weit über tausend meist jugendliche Palästinenser getötet. Es gab mehr als Hunderttausend Verhaftungen, viele der Gefangenen sind in Konzentrationslagern zusammengepfercht, Tausende wurden gefoltert. Trotz alledem gelang es den Zionisten nicht, den Aufstand niederzuschlagen.

Die aktuelle Lage in der Westbank und im Gazagebiet und der Stand der Intifadah
Heute geht es in erster Linie darum, die sozialen Errungenschaften der Intifadah abzusichern: die Volkskomitees und die Organe der vereinigten Aufstandsfuhrung, die zur Mobilisierung der Massen in der Lage sind; die Verteidigungskomitees, die den Widerstand gegen den Besatzerterror sowie den okonomischen Boykott und die damit verbundene Selbstversorgung der Bevolkerung organisiert haben. Gerade fur viele Jungere war es eine wichtige Erfahrung, daß es moglich ist, sich der zionistischen Ausbeutung zu entziehen - nicht mehr fur die eigenen Unterdrucker zu arbeiten. Daruber hinaus hat die Intifadah wichtige Veranderungen im sozialen Gefuge in Gang gesetzt, z. B. in den Beziehungen zwischen Jungen und Alten; Mannern und Frauen. Besonders Jugendliche und Frauen nutzten die veranderten sozialen Strukturen , um sich von traditionellen Abhangigkeiten zu befreien und wurden zugleich zu TragerInnen des Aufstands.
Aus der gemeinsamen Aktion entwickelten sich neue Formen der gegenseitigen Hilfe und eine Uberwindung des Ohnmachtsgefuhls gegenuber der Besatzungsmacht.
Seit längerem gibt es einen Ruckgang der Aktivitaten der Bevölkerung. Das hängt mit der Ermudung nach jahrelangem Kampf und mit der standigen Verschärfung der Repression zusammen und wird verschärft durch die den PalästinenserInnen letztendlich aufgezwungene jetzige Form der "Friedensverhandlungen". Wahrend der Phase des Abflauens der Beteiligung des gesamten Volkes an der Intifada, nutzten einige PLO-Funktionare die Intifada, um fur die Verhandlungslosung zu agitieren.
Maha Nassar, Vorsitzende der Union Palastinensischer Frauenkomitees, ist davon uberzeugt, daß die Konferenz fur die PalästinenserInnen nichts bringen wird.
Im Gegenteil, der Bau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten geht zugig weiter: ständig werden bestehende Siedlungen ausgeweitet, neue Siedlungen beschlossen und palastinensisches Land beschlagnahmt.
In engem Zusammenhang mit dieser Situation sieht Maha Nassar die Verstarkung einer militärischen Konfrontation. Es sind damit nicht die "Waffen" der Intifada gemeint wie Steine, Molotowcocktails und Messer, sondern bewaffnete Auseinandersetzungen, langerandauernde Einsatze von Schußwaffen oder Sprengstoffanschlage auf israelische Siedler. Solche bewaffneten Angriffe gab es zwar schon fruher, aber aber Maha Nasser sieht die Moglichkeit, daß die Intifada durch eine derartige Offensive wieder neuen Aufschwung erhält. Innerhalb von etwa 3 Monaten (Juni bis August '91) hat es 32 solcher militärischer Aktionen in der Westbank und im Gaza-Streifen gegeben; die Zeitschrift Mabat berichtete im Juli von 23 bewaffneten Aktionen an einem Wochenende. Diese Aktionen richten sich gegen die israelische Armee und gegen die israelischen Siedler im besetzten Gebiet. Sie sind wohl kaum Aktionen von Einzelkampfern, sondern von organisierten Kraften. Es gibt Anzeichen dafur, daß sowohl PFLP, DFLP als auch HAMAS diese Aktionsform aktiv unterstutzen, indem sie offentlich in Flugblattern dazu aufrufen, womit sie von der defensiven Linie der PLO-Fuhrung offensiv abweichen.
Gleichzeitig haben HAMAS, DFLP und PFLP ein taktisches Bundnis gegen die Verhandlungen mit den Zionisten geschlossen, es existiert jedoch kein gemeinsames politisches Gremium, da es gravierende politische Unterschiede gibt, besonders, was die Aktivitaten der Frauen in der Intifada betrifft.
Bereits kurz nach der Grundung von HAMAS 1988 begannen deren Mitglieder damit, Frauen, die keine Kopfbedeckung trugen, mit Eiern, Tomaten und Steinen zu bewerfen, um die Verschleierung der Frauen durchzusetzen. Neuerdings sind sie dazu übergegangen, Frauen mit Farbe zu besprühen. Gleichzeitig wurden die Frauen daran gehindert, an Demonstrationen teilzunehmen und sich auf den Stufen ihrer Hauser zu versammeln. Durch diese Angriffe wird versucht, die Frauen von politischen Aktivitaten abzuhalten und auf das Haus und ihre traditionelle Rolle zu beschranken. Besonders bekannte linke Aktivistinnen werden so behandelt. Amina, eine Aktivistin der Frauenkomitees, sagt: "Ich sehe die Jugendlichen Steine nach der Armee schmeißen, und dann drehen sie sich um und schmeißen Steine auf mich. Ich fuhle, wie diese Menschen mich sehen: Ich bin auf der gleichen Ebene wie die Besatzer "

Objektiv nutzt dieses Verdrangen der Frauen aus der politischen Offentlichkeit und die Spaltung der palastinensischen Gesellschaft den israelischen Besatzern. Die Schwachung und endgultige Zerschlagung der Intifada, in der die Frauen von Beginn an entscheidenen Anteil hatten, sind die eindeutigen Ziele der Zionisten. Mit der Verdrangung aus dem politischen Leben geht eine Ausgrenzung der Frauen aus verschiedenen Lebensbereichen einher, besonders aus der Bildung und der Lohnarbeit.
Die aktiven Frauen haben zu Beginn der Intifada ein Koordinationsgremium aller Frauenkomitees, den "Higher Women's Council", geschaffen. Sie versuchen, die Ruckwartsentwicklung in den sozialen Bedingungen zu bekampfen und eine eindeutige Unterstutzung der Vereinigten Nationalen Fuhrung zu erzwingen, die sich bisher kaum zu den Angriffen der reaktionaren HAMAS geaußert haben. Die Frauen sehen in der Starkung der Positionen der Frauen insgesamt eine Starkung des Widerstandes gegen die zionistische Besatzung und einige sind bereit, gegen reaktionare Manner genauso wie gegen die Besatzer zu kampfen.



Der Zionist: "Gott vergibt das Vergangene - und fur Palästina mein Beileid"

Die politische Entwicklung heute
Die heutige Situation in Palastina ist gepragt durch die seit langem andauernde Besatzung bzw. Quasi-Annexion. Die Umsetzung der volkerrechtlich verbindlichen UN-Resolutionen zu Palastina wurden jahrzehntelang vor allem durch das Vetorecht der USA blockiert. Dabei geht es in erster Linie um den Abzug der israelischen Armee und die Ruckfuhrung der Fluchtlinge und die sofortige Raumung aller Siedlungen. Das Gegenteil passiert: die Zionisten verstärken ihre militarische Prasenz standig, reagieren auf den palastinensischen Widerstand mit Deportationen und die Besiedlung der besetzten Gebiete wird systematisch ausgeweitet. Als Begleitmusik zu den von den USA in Scene gesetzten "Verhandlungen" erklaren die Zionisten, daß sie keinen Fußbreit der geraubten Gebiete zuruckgeben wollen. Heute holen sie erneut ihre "weitreichenden Autonomie-Plane fur die Palastinenser" aus der Mottenkiste, die nichts anderes sind als eine Kopie der "Homeland"-Modelle des sudafrikanischen Apartheidstaates. Ihr Ziel in den Verhandlungen ist es, als die rechtmaßigen "Herren" Palastinas anerkannt zu werden. Die Formel "Land gegen Frieden" ist dabei nur eine Beschworungsformel, um Zeit zur Schaffung neuer vollendeter Tatsachen zu gewinnen.

Dies geschieht zur Zeit mit der Organisierung des Einwandererstroms aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropaischen Landern. Seit Anfang 1990 wurden ca. 700.000 judische Einwanderer eingeschleust, mehr als eine Million sollen in den nachsten drei Jahren dazustoßen. Ein Großteil von ihnen ist fur die Besiedlung geraubten Landes vorgesehen. Bereits jetzt sind mehr als 10.000 allein im annektierten Teil Jerusalems angesiedelt worden. Die PLO-Fuhrung mit ihrer diplomatischen Linie reagiert auf die zionistischen Vorstoße eher hilflos. Sie hat bereits zu viele der palastinensischen Positionen aufgegeben; dem Druck der imperialistischen Staaten mehr und mehr nachgegeben und auf diese Weise zur Vertiefung der Gegensatze in der palastinensischen Gesellschaft beigetragen. Sowohl der Verrat der meisten arabischen Staatsführungen an der palästinensischen Sache als auch die resignative Haltung der PLO-Fuhrung haben zum wachsenden Einfluß von religiös-fundamentalistischen Krafte wie HAMAS geführt. Gleichzeitig haben die linken Organisationen in der PLO u.a. durch den Zusammenbruch des "Realsozialismus" Einfluß verloren und mussen sich neu orientieren. Trotz alledem ist der palastinensische Widerstand gegen die zionistische Unterdruckung ungebrochen und bedarf nach wie vor unserer Unterstützung und Solidaritat.



Solidarität mit der Intifadah
Keinen Fußbreit Palästinas den zionistischen Okkupanten
Gegen Verhandlungskompromisse auf Kosten der PalästinenserInnen
Ohne Frauen gibts keine Revolution
Zionismus ist Rassismus

Hannover, Dezember 1991
Gruppe Internationale Solidarität

Strickmaschine für Diyarbakir

Diyarbakir im Dezember 1991. Vor zwei Tagen wurden wir (zwei deutsche Frauen aus der Kurdistan-Solidarität) von einer Frau aus dem Frauenverein in die Nähwerkstatt des Vereins eingeladen und heute kommen wir dieser Einladung nach. Wir treten ein und werden von den etwa 15 kurdischen Frauen herzlichst begrüßt. Wir stellen uns vor und sie sagen, daß sie unsere Fragen gern beantworten wollen. Spontan packen sie die bisher angefertigten Sachen aus um sie uns zu zeigen. Binnen kurzer Zeit liegt vor uns ein Berg mit den schönsten selbstgestrickten und -genähten Sachen, um den sitzen wir dann herum und unterhalten uns.

Zwei der Frauen haben vor 10 Monaten diese Werkstatt angemietet und sie dann dem Frauenverein zur Verfügung gestellt. Jetzt arbeiten dort drei Frauen beruflich (7h /Tag) und die andren kommen fast täglich um zu helfen, zu arbeiten, zu reden, die Vereinsarbeit zu erledigen. Bis jetzt haben sie nur vorproduziert und alles mit ihren eigenen Händen angefertigt. Wir sehen bunte Kindersachen, herrliche Brautkleider, verzierte Tischdecken, Jacken, Kleider usw. - vieles in den kurdischen Farben rot-grün-gelb (die zusammen zu zeigen verboten sind). Möglich war/ist diese Vorproduktion durch die Geldhilfen aus dem Volk, die sie dringend benötigen. Verkauft werden sollen die Arbeiten auf den Veranstaltungen des Vereins und auch auf anderen patriotischen Veranstaltungen (der Verkauf hat noch nicht begonnen).

Die Farben, in denen sie ihre Sachen fertigstellen, sagen alles über ihre patriotische Gesinnung und auch die Schnitte der Modelle sollen dabei helfen, daß das kurdische Kulturgut nicht verloren geht. Das alles soll ein Beitrag zum immer stärker werdenden nationalen Befreiungskampf sein.

Daß bisher noch kein Druck von türkischer Seite gekommen ist, liegt vermutlich daran, daß die Existenz dieser Werkstatt als Werkstatt des Frauenvereins den türkischen Besatzern noch gar nicht bekannt ist. Das wird sich mit Sicherheit ändern, wenn die Frauen endlich ein Büro für den Verein gefunden haben und also mehr an die Öffentlichkeit gehen können - aber sie haben die möglichen Schwierigkeiten eingeplant. Und irgendwann soll auch ein Laden eröffnet werden. Aber das ist Zukunftsmusik. Das nächste, kleinere Ziel ist ist die Anschaffung einer Strickmaschine - es fehlt das "liebe" Geld. 5 Millionen Lira kostet eine solche Maschine, das sind etwa 1600 DM. Wir versprechen ihnen, daß wir nach unserer Rückkehr nach Berlin alles versuchen werden, um sie bei der Beschaffung dieser Maschine jetzt und bei ihrer wichtigen Arbeit in Zukunft nicht allein zu lassen.

Zum Abschied bekommt jede von uns ein Paar selbstgestrickte Hausschuhe - selbstredend in den kurdischen Farben.

Die Frauen aus der Nähwerkstatt des Frauenvereines von Diyarbakir haben den wichtigsten und schwersten Schritt "Weg vom Herd" schon getan. Sie beteiligen sich als Frauen mit ihrer Hände Arbeit und mit dem, was sie am besten können, am Kampf um die Befreiung ihres Volkes und der kurdischen Frauen. Sie sagen, die Befreiung der Nation wird nicht gelingen ohne die Befreiung der Frauen und umgekehrt.

Wir rufen die deutsche fortschrittliche Öffentlichkeit auf, den Frauen aus Diyarbakir bei ihrer bedeutenden Arbeit zu helfen:

Unser Ziel ist, dem Frauenverein zum Internationalen Frauentag (8.3.) die Summe für die Strickmaschine zu überweisen !!!

Ihr könnt mit uns Kontakt aufnehmen an jedem Montag zwischen 18 und 20 Uhr im Kurdischen Kulturverein "Botan", Kottbusser Str. 8, 1000 Berlin-Kreuzberg 36.

Die Frauen vom Arbeitskreis
Kurdistan "Botan" Berlin

Spendet unter dem Motto »Strickmaschine für Diyarbakir«

auf das Konto Nr. 54501288 bei der Berliner Sparkasse BLZ 12050000 (Inhaberin: R. Pahling) oder in unsere Spendendosen !!!!!

Vom Guerillakampf zum Aufbau der Volksmacht in

KURDISTAN

Reisebericht der Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes/ Gießen über das PKK-Ausbildungslager "Akademiya Mahsum Korkmaz":

- -Militärisch-politische Ausbildung
- -Lagerstrukturen und Lagerverwaltung
- -Frauen in der Guerilla
- -Frauenorganisirung in der Gesellschaft
- -Ausstellung und Dias zu GAP-Projekt

FR. 24.1.1992 Um 18.00 Uhr

Straße des 17.Juni TU-Mathegebäude (gegenüber dem TU-Hauptgebäude) Raum: MA 002

Die Veranstaltung wird unterstützt vom AK-Kurdistan/Botan, kurdischer StudentInnenverband-Berlin

HUNGERSTREIK IN NICARAGUA!

Die Situation in Nicaragua, zwei Jahre nach dem Wahlsieg der Rechtskoalition U.N.O., ist gekennzeichnet durch Verelendung breiter Bevölkerungsgruppen, in einer Form, die es in 11 Jahren sandinistischer Regierung trotz Krieg nicht gegeben hat.
Durch Privatisierungen und Massenentlassungen ist die Arbeitslosigkeit landesweit auf 60-70%, in den Atlantikregionen bis 90% angestiegen. Die Einführung von Schulgeld hat zum Ansteigen der Analphabetenrate geführt. Durch die Abschaffung der kostenlosen Gesundheitsversorgung ist die arme Bevölkerungsmehrheit von medizinischer Behandlung ausgeschlossen. Epidemien wie Malaria, Masern, Durchfall und TBC breiten sich aus. Täglich sichtbar sind die Konsequenzen dieser volksfeindlichen Politik. Gewaltverbrechen, Drogenkonsum (1991: 27 Crack- und Kokain-Tote) und bewaffnete Konflikte prägen das Land. Besonders im Norden ist die Lage explosiv, da sich dort ca. 1200 "Wieder"-Bewaffnete Recontras zusammengerottet haben, um die Kaffee-Ernte zu sabotieren. Ihnen stehen etwa 800 bewaffnete prosandinistische "Recompas" gegenüber, die die Kooperativen vor Ubergriffen schützen.
Die U.N.O. Regierung schlägt sich ganz offen auf die Seite der Recontras. Mit "Abfindungen" werden Recontraführer "befriedet". Jeder Führer bekommt ein Haus, ein Auto sowie 10.000 Dollar. Am 15.01. wurden 70 Recontras Zusagen gemacht, dass sie in die 'sandinistische Polizei' integriert werden.
Während im Gesundheitswesen drastische Sparmassnahmen durchgeführt werden, liess es sich die Regierung nicht nehmen, einen in einem Hinterhalt verwundeten Recontra-Chef (er ist einer von zwei Uberlebenden und liegt seit Anfang Januar im Koma) zur besseren medizinischen Versorgung nach Costa Rica zu fliegen.
Am 22.12,91 wurden durch ein Dekret der Präsidentin Gefangene, die aus "politischen Motiven" einsassen, amnestiert. Nutzniesser waren u.a. der Recontra-Chef "El Indomable" (verantwortlich für ca. 50 Morde an Sandinisten, jetzt Verhandlungsleiter mit der Regierung) sowie ein Journalist des ultrarechten Senders "La Corporación", der auf einer U.N.O.-Veranstaltung von der Bühne aus einen sandinistischen Zwischenrufer erschossen hatte.
Ausgenommen von der Amnestie wurden sechs ehemalige sandinistische Militärs, die 1990 Raketen an die salvadorianische Guerilla FMLN geliefert hatten. Sie waren im Oktober 1991 zu Haftstrafen bis zu 12 Jahren (!) verurteilt worden.

Seit dem 13.01.1992 befinden sich



Luis Nemesio Cortés Flores, Róger Mauricio Espinoza Caldera, Harry Morales Alvaro, Francisco José Aburto Loáisiga, Virgilio Alberto Bravo Sequiera, Virgilio de Jesús Vallejos Cruz in einem unbefristeten Hungerstreik, um ihre Freilassung durchzusetzen.

Arbeitslosigkeit, Krankheit, Gewalt und 'Willkür' schaffen ein Klima, das mit Frieden und Demokratie nichts zu tun hat, aber sehr viel mit IWF, Weltbank und Imperialismus.

Solidarität mit Cuba!

Für den Sozialismus!

Managua, 16.01.1992

Diskussionspapier Plenum

Wir haben versucht, die Diskussion zusammenzufassen und zu systematisieren. Als Ergebnis liegt das Papier vor. Wir haben die Diskussion in 6 Schwerpunkte unterteilt.

1. Die Frage, was die Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge politisch bedeutet.
2. Die Debatte um Einwanderungsregelungen
3. Einen Aspekt des Gebrauchs der Bevölkerungsentwicklung in der Einwanderungssteuerungsdebatte
4. Auf die Frage nach politischen Bezugspunkten greifen wir die Bedeutung des "Klassenrassismus" heraus.
5. Die Diskussion um Multikultureller Gesellschaft
6. Eine Skizze über den Zusammenhang von Krise, Migration und soziale Kämpfe

Der Text ist sehr knapp gefaßt und lädt damit zu weiteren Diskussionen um linke Positionen in der aktuellen Debatte ein.

1. "Offene Grenzen-Bleibe-und Existenzrecht für alle Flüchtlinge und Migrantinnen"

Die, die in der aktuellen Diskussion um Asylverfahren und Einwanderungsregelungen diesen politischen Imperativ versuchen aufzustellen, gelten selbst innerhalb des "linken Spektrums" weithin als nicht ernst zu nehmende DiskutantInnen, denn die multikulturellen Meinungsbildner wären-bei der Vorstellung, daß allen Enwanderern und Flüchtlingen ein Bleibe-und Existenzrecht garantiert wäre-ihrer verheißenen Exotik einer multikulturellen Gesellschaft beraubt. Denn angesichts einer in den europäischen Metropolen existierenden trikontinentalen und osteuropäischen Massenarmut hätten die "linken" Elendsverwalter nicht nur ein beliebiges produktives Integrationsmodell zu verlieren, sondern gleichfalls ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Bewältigung und Eingrenzung zukünftiger europaweiter Krisen. Die albanische Einwanderungswelle ist nur ein matter Abglanz der zu erwartenden Migrationsbewegung.

Insofern weiß das "linke" Krisenmanagement eine über den politischen Rahmen des multikulturellen Diskurses hinausgehende Debatte zu verhindern bzw. als realitätsfern auszugrenzen.

Das Interesse der linken multikulturellen Diskussionsvariante ist es, Akzeptanz im linksliberalen Milieu für eine an die ökonomischen und sozialen Anforderungen der europäischen Metropolen angepaßte Regulation der Wanderungs-und Flüchtlingsbewegungen herzustellen. Sie bilden neben der restriktiven Flüchtlingspolitik den Kreis der kapitalistisch modernsten Sozialtheoretiker. Offene EG-Außengrenzen finden sich jedenfalls in keinem Regulationsmodell internationaler Migrationsbewegungen.

Denn vorerst markieren die EG-Außengrenzen noch jenen Raum, in dem das transnationale Kapital, politisch kontrolliert, eine rationellere und produktivere Verwertung der unterschiedlichen EG-Regionen (von High-Tech-Zentren bis zu agrarischen Armutsregionen) anstrebt. Die bis dahin durch Binnengrenzen stabilisierten sozialen und ökonomischen Reproduktionsniveaus werden aufgegeben und entsprechend den Verwertungsansprüchen neu hierarchisiert (Sozial dumping, Binnenzwangsmigration, hohe soziale Sicherheit/Abbau sozialer Garantien etc). Während das transnationale Kapital im Binnenraum einen ungeheuren Deregulierunsprozeß in Gang setzt, nutzt es höchst flexibel die internationalen Verwertungsräume zu gesteigerter Wertabpressung. Weltweit werden die ökonomischen und sozialen Existenzgrundlagen rationalisiert und gewaltsam dem transnationalen Verwertungsdiktat angepaßt. Die Folgen sind interkontinentale Migrationsbewegungen. Eine unkontrollierte Einwanderung nicht verwertbarer Armutsflüchtlinge, unqualifizierter ArbeitsmigrantInnen usw in den EG-Binnenraum muß während des gewaltsamen Deregulierungsprozesses ausgeschlossen werden, wollen sie nicht das Heer der Unproduktiven, die einen Anspruch auf soziale Mindestgarantien erheben, der ihnen zunehmend beschnitten wird, vergrößern.

Offene Grenzen, Bleibe-und Existenzrecht für alle Flüchtlinge treibt letztlich die Umverteilung jenes kollektiven Reichtums bzw. die Teilhabe an ihm voran, den die europäischen Metropolen seit 5oo Jahren akkumuliert haben. Nicht ein generelles Bleiberecht steht zur Diskussion, sondern die Verlagerung der Außengrenzen nach Osteuropa und in den Maghreb, ihre Ökonomisierung, (Verschleiß von WanderarbeiterInnen und Illegalen). Osteuropa wird zum Vorposten der Aussonderung, Triage.

Das auf Ausplünderung und Vernichtung gegründete europäische Zivilisationsmodell geriete aber mit offenen Grenzen an seine endgültige Grenze. Darum: Daß die Grenzen nicht offen und die "zivile Gesellschaft" unbegrenzt gültig sei, ist der wahre Kern des (Wohlstands)rassismus aller Couleur.

Die Westeuropäer haben mehr zu verlieren als ihre Ketten.

zunehmen oder hereinzulegen, entsprechend der jeweils beabsichtigten Wirkung. So erscheinen die Wanderungsbewegungen einerseits als Ausdruck einer "demographischen Zeitbombe", die zuallererst als metropolitanes "Sicherheitsproblem"(Brandt) wahrgenommen werden, während andererseits gerade der Zug der Armutsflüchtlinge in die Metropolen dazu herhalten muß, verschlafenen revolutionären Hoffnungen endlich wieder einen sozialen Ort in den Metropolen zuzuweisen.
Die Relevanz dieser Aussagen soll uns hier aber nicht weiter interessieren, wiewohl wir festhalten wollen, daß im Kapitalismus die Frage der Produktivität einer Population deren Größe voranzustellen ist. Worum es uns hier geht, ist folgendes: Ist es bei rechten Ansätzen nicht sehr verwunderlich, umsomehr doch bei linken, daß es fast kein Verhältnis gibt außer ökonomistischen Verkürzungen auf reine Arbeitsmarktfragen, in denen die Frage der Demographie politisch/ökonomisch für die Metropolen definiert wird.
In erster Linie erscheint es uns wichtig, die Frage der Reproduktion von Gesellschaftlichkeit als Ausgangspunkt zu nehmen, und zwar im doppelten Sinne: a) ökonomisch und b) politisch/ideologisch. Letztlich verweist dies dann auf die Bedeutung "positiver" wie "negativer" Bevölkerungspolitik der nachkeynesianistischen Ära.
a) Die Bedeutung und Auswirkung der **Migrationsarbeit** auf den **metropolitanen** Arbeitsmarkt ist ja nun **weitgehend bekannt** und auch Oben schon beschrieben. Was hinzuzufügen **ist**, ist folgendes: Durch die ungleichzeitige Entwicklung, **also das Nebeneinander** von Ländern/Staaten **mit** ungleichen **Beschäftigungs-und** technologisch wie sozial unterschiedlichem **Entwicklungsstand**, ergibt sich für die sogenannte Metropole, also die "höher entwickelten" STaaten der Gewinn einer Differenzialrente aus der Vernutzung von Arbeitskraft, die nicht vollständig im Inland "produziert" und reproduziert werden muß. Diese Differenzialrente (also die Differenz aus den unterschiedlichen Reproduktionsniveaus) ergibt aber kein direktes Einahme-Plus, sondern letztlich eine Ersparnis bzw eine Kürzung der notwendigen gesamtgesellschaftlichen Reproduktionskosten, die nur unzureichend bestimmt werden kann (für einen 18-jährigen Migrationsarbeiter werden sie auf 48.000 bis 96.000 DM geschätzt).
Diese Ersparnisse bilden, trotz ihrer unzureichenden Bestimmbarkeit, die **Ressourcen** für die **Aufrechterhaltung eben auch** der sozialpolitischen Ungleichzeitigkeit - der Verminderung des **Deregulierungsdrucks in den Metropolen. Arbeitsmigration** ermöglicht die soziale Sicherheit der metropolitanen Klassengesellschaft.

b) Ein **weiterer** Aspekt der **Demographie-Debatte** ist der politisch-ideologische. Die **Kombination von Aussagen** wie "Vergreisung der Gesellschaft" und "Aussterben der Deutschen" mit "Asylantenschwemme" und "Überfremdung" ermöglicht erst eine Konstitution von Gesellschaftlichkeit durch Abgrenzung und Ausgrenzung der "Fremden". Dies wiederum unterstützt die Aufrechterhaltung von politischer Sicherheit durch eine interklassistische Identifikation aller "Inländer", trotz forcierter Deregulierung und Verarmungsprozesse. In Verbindung **mit dem bestehenden materiellen** und sozialen **Präferenzsystem** ist es ein **Baustein zur Bildung** einer breiten **gesellschaftlichen Identifikation** der "Inländer" **mit** dem bestehenden **Ausbeutungs-und Herrschaftssystem** und **schafft** diesem **einen** populistischen ideologischen "Überbau" - letztlich die ideologische Voraussetzung **einer weiteren** Subsumtion des **metropolitanen** "Humankapitals".
Als Bestandteil des Versuchs einer "**positiven**" Bevölkerungspolitik ist sie damit ergänzend zu Gen-Biotechnologie, **aber** auch "neuer Mütterlichkeit", "**Esoterik**" etc: **Ziel ist die möglichst** widerspruchsfreie bessere Verwertung und **Selbstverwertung** des komplex reproduzierten **metropolitanen** Humankapitals.

4. Rassismus von "Unten" als **Strukturelement der europäischen** Neuordnung

Die Herausbildung einer politischen und **gesellschaftlichen Neuoednung** im krisenhaften Prozeß des sogenannten "**Zwischeneuropa**" (Glotz) hat allerorten zu einer rapiden **Zunahme** von **Rassismen** und Ethnozentrismus von "Unten" geführt. (Zur Unterscheidung siehe Kalpaka/Räthzel: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein
Stölting (taz-Sonderausgabe No.2, S.26/27) beschreibt diesen Prozeß für Osteuropa als Herausbildung ethnischer Territorien, als nationale Homogenisierung ehemals "duchmischter" Regionen; für Westeuropa wird u.a. von Selbstethnisierung und einer spezifischen Form des "Rassismus ohne Rassen" gesprochen. Zu dechiffrieren ist diese Konstruktion rassistischer Welten als **Abwehrreflex einer** in die **Krise** geratenen Gesellschaftsformation, die **zwar** in **einem** Kausal-**Verhältnis zu den ökonomischen** und **politischen Determinanten steht, aber einen quasi autonomen Gegenentwurf zur Rationalisierung gesellschaftlicher Beziehungen darstellt, der aus der Konstruktion des "Fremden" das "Selbst" definiert.**

Und genau dies macht den Unterschied der metroplitanen Rassismen von "Unten" zum staatlichen Rassismus aus: Dahinter verbirgt sich der Anspruch der Partizipation am Reichtum der Metropolen (und eben auch an der Ausbeutung der "Anderen"), ein soziales Existenzrecht der sich nun national definierenden "Klasse". (Cohen beschreibt diesen Prozeß anschaulich am Beispiel des strukturellen Rassismus der englischen Arbeiterklasse; in Kalpaka/Räthzel.s.O.). Die Ethnisierung von "Klassenbeziehungen" beinhaltet aber auch immer eine Affirmation des Kapitalverhältnisses (z.B. als Wert der weißen Arbeit) und ist somit als eine weitere Stufe der realen Subsumtion ins Kapitalverhältnis zu interpretieren. So brutal die Unterschiede auch real sind, so wichtig ist es aber auch, die Unterschiede der verschiedenen Spielarten von Rassismen und Ethnozentrismus als graduelle zu begreifen: vom offenen Neonazi-Terror bis zum Multikulturalismus der Grünen Deppen.

5. Multikulturelle Gesellschaft

Bei der Debatte um Multikulturelle Gesellschaft in der BRD handelt es sich um ein Integrationsmodell bzw. -programmatik für AusländerInnen, das die soziale Konfliktualität und den sozialen Antagonismus zwischen den "verwurzelten" Einheimischen, dem Staat in allen seinen Instanzen, dem Kapital und den ImmigrantInnen einvernehmlich unter Vermeidung von sozialen Auseinandersetzungen zu vermeiden versucht. Nicht nur Nationalismus, Rechtsradikalismus und Antisemitismus, sondern die Krise der sozialtechnischen Einwanderungssteuerung haben dazu geführt, mit der multikulturellen Gesellschaft einen verdeckten Rassismus einzufordern, mit dem eine neue nationale klassenübergreifende Vorrangigkeit legitimiert wird. Damit lenkt das Modernisierungsmodell des sich etablierenden neuen Mittelstands in der bürgerlichen Gesellschaft von der alltäglichen Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung ab und zieht neue Trennungslinien: Die Existenz von "Multikultur" und "Ethnizität" dienen als Mittel zur Ausdifferenzierung, Selektion, Hierarchiebildung sowie der Herausbildung neuer Diskriminierungsresourcen gegenüber den Flüchtlingen und MigrantInnen. "Multikultureller Rassismus" in den industriellen Metropolen Europas kann auf den Erfahrungen Großbritanniens, Frankreichs, den Niederlanden, Belgiens, Spaniens und Portugals aufbauen, denen es gelang, externen Kolonialismus in einen internen zu transformieren. Die politische und soziale Gleichheit auf dem Papier wird dabei auf Basis von Unterschieden organisiert und entspricht der Reorganisation eines innergesellschaftlichen Peripherie-Metropolen-Antagonismus. Die kapitalistischen und imperialistischen Reorganisations-, Integrations- und Modernisierungsmodelle setzen dabei auf ein soziales Spannungsverhältnis, daß bei "politischer Gleichheit" und "ökonomischer Freiheit" auf den kleinen Unterschied zwischen den "verwurzelten" Einheimischen und den "entwurzelten" ImmigrantInnen hinweist, es in einer Wechselbeziehung setzt und bestrebt ist, dieses sozial ungleiche Verhältnis ständig zu reproduzieren. Anerkennung ethnisch-kultureller Differenz hat die Anerkennung sozialer Unterschiede im Modell der multikulturellen Gesellschaft zur Folge.

"Multikultureller Rassismus" offenbart sich in vielfältigen Formen. Eine davon ist der programmatisch-pädagogische Multikulturalismus, der aus der Idee der interkulturellen Erziehung entstanden ist und die Gleichheit verschiedener Kulturen propagiert. Über die Pädagogisierung sozialer Konfliktualität und Problematik, die eine ethnisch hierarchisierte Gesellschaft stets begleiten, wurde ein soziologisches Denkmuster entwickelt, daß die "Herkunftskultur" der Migrantinnen und Flüchtlinge mit der "Mehrheitskultur" der Einheimischen in einem Verarbeitungsprozeß zueinander in Beziehung setzt und das tolerante Nebeneinander von kulturellen Lebensformen nach dem bürgerlichen Pluralismusmodell organisiert. Die Schule dient dabei als Basis, um bei Jugendlichen eine Akzeptanz für die sog. multikulturelle Gesellschaft zu schaffen. Der Pluralismus interkultureller Pädagogik schlägt um in die Indifferenz gegenüber sozialer Ungleichheit und verlängert das pluralistische auf Ungleichheit basierend Marktmodell. Da generell dieser programmatisch-pädagogische Multikulturalismus zum Scheitern verurteilt ist - er ist eine moderne Form des Rassismus - entwickeln sich neue soziale Antagonismen, wie bspw. die Herausbildung ausländischer Jugendbanden in den städtischen Metropolen zeigen. Gerade die Forderung nach massivem Polizeieinsatz, wie sie von PädagogInnen und SozialarbeiterInnen aufgestellt wird, gegen die ausländischen Jugendbanden zeugt davon, daß selbst die subtilen Formen des Rassismus ein antagonistisches Verhältnis bei den Jugendlichen erzeugt. Wo multikulturelle Erziehung versagt, bleibt nur noch die Einforderung direkter rassistischer Gewalt durch den Staat und die massive Kriminalisierung jener Jugendliche, die sich dagegen sperren, "pädagogische Versuchskaninchen" zu sein.

Die multikulturelle Gesellschaft hat in der neuen Mittelschicht der ModernisierungsgewinnerInnen, den Yuppies, bereits begonnen. In ihren Zeitgeistmagazinen wird seit längerer Zeit geraten, sich an die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, d.h., der Vielfalts-Pluralität, zu ergötzen. Die neue Vielfältigkeit in den weißen metropolitanen Männergesellschaften durch ImmigrantInnen wird als Bereicherung in der Kunst, Musik, Mode und Küche ausgegeben. Unter dem Begriff "cross culture" wird hier ein neuer Rassismus gepflegt, der offen von "rassenübergreifender Popmusik" oder einer "rassenübergreifenden Hörerschaft"spricht. "Bereicherung" durch die ImmigrantInnen wird von den neuen Mittelschichten als ein Rationalisierungs- und Modernisierungsmoment der sozialen Fabrik aufgefasst, mit der die eigenen auf Rationalität verkrusteten Denkmuster aufgefrischt werden können. Die Aneignung - und damit die Enteignung - kultureller, ökonomischer und sozialer Ressourcen der ImmigrantInnen wird zum Antriebs-, Reproduktions- und Reorganisationsmoment metropolitaner Gesellschaft. Auch wenn einige wenige der ImmigrantInnen durch eigene Befähigung in die neue Mittelschicht aufsteigen kann, gehört die Mehrzahl zu den VerliererInnen.

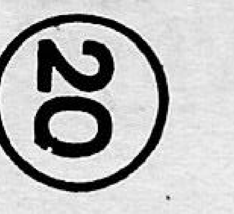
Die "multikulturelle Gesellschaft" soll eine "ökologische Gesellschaft" sein. Wenn ImmigrantInnen schon nicht abgeschoben werden können, sollen sie wenigstens zwangsarbeitsverpflichtet die zerstörte Umwelt sanieren. Die Entsorgung hochgiftiger Müllkippen oder Reinigungsarbeiten in Atomkraftwerken und neuerdings die Reinigung bayrischer Wälder durch Asylsuchende passen gut in das Weltbild grüner und sozialdemokratischer ModernisierungsgewinnerInnen, zumal diese Arbeit mittlerweile gesellschaftlich anerkannt ist. Unerwünschte Immigranten dagegen werden auch schonmal mit dem Hinweis, daß sie eine Belastung für die Umwelt seien, abgeschoben. Die Ablehnung eines Aufenthaltsverlängerungsantrages wurde mit der Begründung abgelehnt, daß " die hohe Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland und die hieraus resultierenden Umweltbelastungen ... es (gebieten), den Zuzug von Ausländern zu begrenzen " (FR 4.12.90). Daß zukünftig mit ähnlichen Abschiebeurteilen zu rechnen ist, dafür wird der ökologische Umbau des Kapitalismus sorgen.

Eine besondere Form des multikulturellen Rassismus pflegen die WohlstandsverwalterInnen caritativer, sozialer und anderer Einrichtungen der ImmigrantInnenkontrolle. SozialarbeiterInnen und PädagogInnen in den Flüchtlingsorganisationen, Flüchtlingsräten oder im multikulturellen Amt zu Frankfurt sind vorzugsweise weiß und umgeben sich zumeist mit eingebürgerten ImmigrantInnen.

Politisch reformistisch und pragmatisch eingestellt, ist es ihre Aufgabe, im fortschrittlichen Gewand geltendes AusländerInnen- und Flüchtlingsrecht ohne polizeiliche Maßnahmen gegenüber ihrer "Klientel" durchzusetzen. Zusammen mit Sozial- und Arbeitsämtern sind sie das Bindeglied, das über die genausten Personenkenntnisse der Flüchtlinge und MigrantInnen verfügt und sie gegenbenenfalls in Beurteilungskriterien für oder gegen Abschiebung, zum Wohl oder Nachteil eines Flüchtlings abgeben.
Sie sind jedenfalls Grenzgänger der restriktiven Einwanderungsregulierung und als BasisarbeiterInnen sowohl sozialer Puffer als auch Seismograph und unabdingbarer integraler Bestandteil der Migrationskontrolle und -verwaltung. Diese Funktion notwendiger Flüchtlingssozialarbeit muß immer wieder - auch von außen - kritisch reflektiert und gegebenenfalls politisch angegriffen werden.

6. Krise, Migration und soziale Kämpfe

Wir können an dieser Stelle nur eine ganz grobe Skizze des Zusammenhangs von internationaler Verwertungskrise, Migration und sozialen Kämpfen anfertigen. Es wird nur ein Feld des globalen sozialen Antagonismus umrissen.
Seit der ökonomischen Krise Ende der 60er /Anfang der 70er Jahre läßt sich von einer anhaltenden offenen kapitalistischen Verwertungskrise in den Metropolen sprechen. Es ist die Krise der fordistischen Akkumulations-und Hegemoniestrategie. Der fordistische Produktions- und Reproduktionszusammenhang und seine Regulationsmechanismen (tayloristische Produktion, keynesianischer Sozialstaat, Massenkonsum, Klassenkämpfe des tayloristischen Massenarbeiters, Modell Deutschland etc.) werden zur Schranke stabiler Mehrwertproduktion. Ausgelöst wird die Krise u.a. durch die stockende und blockierte Wertschöpfung in den drei Kontinenten, aus der sich der metropole Reichtum speist. Die globale Nachkriegsökonomie seit Bretton Woods ist durch die Ausbeutung der Peripherie und den Ressourcenabfluß (Arbeit, Rohstoffe, Nahrungsmittel, ungleicher Tausch etc.) in die Metropolen gekennzeichnet. Erst dieses weltweite Zusammenspiel ökonomischer und sozialer Ausplünderung ermöglichte den sogenannten keynesianischen Wohlfahrtsstaat. International findet die Krise der transnationalen Kapitalverwertung seinen markantesten Ausdruck in der sog. Verschuldungskrise, deren Schärfe darin besteht, daß das weltmarkt-



fähige Wertaufkommen aus der kreditierten trikontinentalen Arbeitskraft-und Ressourcenverwertung (Neue int.Arbeitsteilung,bloody taylorism,Zerstörung von Subsistenzstrukturen und -beziehungen etc) u.a. durch die sozialen Eruptionen,Unruhen,Widerstände und revolutionären Bewegungen,die diesen Prozeß von Verwertung und Vernichtung begleiteten,weit hinter den metropolitanen Ansprüchen und Erwartungen zurückblieb.Mit dem blockierten Reichtumstransfer aus den ausgeplünderten und ausgebluteten drei Kontinenten gerät das fordistische Akkumulationsmodell in die Krise.Insofern leitet die sog.Verschuldungskrise nur einen erweiterten Prozeß verschärfter Wertabpressung (z.B.Rohstoffpreisverfall etc.) und Verelendung im Trikont ein,der jegliche Hoffnung auf unabhängige Entwicklung im Keim erstickt.Weltweit nutzt das Kapital die Krise, um die Profitraten und den trikontinentalen Werttransfer in die Metropolen zu stabilisieren und zu steigern,indem es die gesellschaftlichen Reproduktionskosten immer weiter senkt -das nackte Überleben wird kapitalisiert- was die Kapitalrentabilität und Mehrwertproduktion vernutzter Gesellschaftlichkeit erhöht.Im Trikont nimmt diese Strategie des transnationalen Kapitals die Form des Kriegs gegen die Armen (nicht gegen die Armut) an(Strukturanpassungsprogramme des IWF,Bevölkerungspolitik etc.).In den Metropolen setzt sie sich als Gesellschaftsrationalisierung und sozialpolitischer Deregulierungsangriff (Gesundheitsreform etc) fort.Die Wertschöpfung sozialer Investitionen und Entwicklungsinvestitionen in die trikontinentale Massenarmut werden wie die Kapitalverwertung im unmittelbaren Produktionsprozeß den Rentabilitätsmaßstäben supranationaler Finanzmärkte(gleiches Zinsniveau) unterworfen.Das heißt:Kapitalinvestitionen und-verwertung konzentrieren sich auf jene Regionen,die den Rentabilitäts-und Produktivitätsansprüchen des transnationalen Kapitals im Weltmaßstab genügen.Jene Regionen,die dem transnationalen Verwertungsdiktat nicht entsprechen,werden der Verelendung,dem Hunger und der Vernichtung preisgegeben oder in der gewaltsamen Zerstörung von Existenzgrundlagen und nicht kapitalisierbaren Überlebensstrukturen und der Abschmelzung sozialer Fonds und staatlicher Subventionen der rentablen Verwertung zugepreßt.

Diese Sozialpolitik im Weltmaßstab,die Regionen unter das Verwertungsdiktat des transnationalen Kapitals subsumiert(Weltmarkt), sie daraufhin,von den Schlacken sozialer Subventionierung gereinigt,zurichtet oder einfach der Verelendung preisgibt,produziert erst jene weltweiten Flucht-und Migrationsbewegungen,die nach Schätzungen internationaler Organisationen noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht haben.Das Ende der Kalten-Kriegs-Ordnung verstärkt diesen krisenhaften Prozeß.Mit dem Zerfall der osteuropäischen Ökonomien und ihrer vollständigen Reintegration in den Weltmarkt werden die osteuropäischen Bevölkerungen gleichfalls dem zerstörerischen Rationalisierungsprozeß unterworfen,indem die minimalen sozialen Garantien des sozialistischen Entwicklungsmodells ausgehebelt werden.Der von den sozialistischen Eliten betriebene Prozeß der gewaltsamen Destruktion des ökonomischen und sozialen Alltagslebens,Voraussetzung eines neuen Akkumulationsschubes,treibt ebenso Menschen auf die Flucht,in die Migration,auf der Suche nach Einkommen,Existenzsicherheit und Überleben.Die globale Flucht-und Wanderungsbewegung ist die einkalkulierte Begleiterscheinung eines aus der Zerstörung und Kapitalisierung sozialer Existenzgarantien wertschöpfenden transnationalen Akkumulationsstrategie.Dieses sind keine reformierbaren Systemfehler der Weltwirtschaftsordnung,sondern ihr rationaler zivilisatorischer Kern.

> "Die Menschen machen ihre Geschichte nicht
> aus freien Stücken,aber sie machen sie
> selbst."
> (Trierer Gespenst)

Weltweit wehren sich die Menschen gegen die Zerstörung und Ausbeutung ihrer Existenzgrundlagen,gegen den kapitalistischen Vertreibungsdruck,gegen die existenzielle Auszehrung und Vernichtung durch das Weltmarktdiktat,das ist in den nordafrikanischen Brotrevolten,in den lateinamerikanischen Landbesetzungen, im Widerstand der trikontinentalen Bevölkerungen vielfach beschrieben worden.Sie sind TrägerInnen des weltweiten Widerstandes gegen die zerstörerische Logik kapitalistischer Akkumulation. Flucht und Migration sind den Menschen aufgezwungen,und doch enthalten sie auch eine soziale Logik,mit der sie die Metropolen, in denen die wenigsten ankommen,konfrontieren:Es ist ihr Anspruch auf Überleben,Existenzgarantie und Entschädigung.

Auch wenn Teile der MigrantInnen produktiver Vernutzung und Diskriminierung erneut in den Metropolen unterworfen werden,so verkörpern sie mit gerade ihrer Mobilität und ihrem Anspruch auf Überleben,Existenzgarantie und Einkommen ein Segment der globalen sozialen Konfrontation mit den Rentabilitäts-und Verwertungsimperativen des transnationalen Kapitals.Die Verlängerung der sozialen Auseinandersetzungen und Explosionen erlebten die Metropolen

in den schwarzen Revolten der 8oer und 9oer Jahre, die von den ImmigrantInnen der zweiten und dritten Generation getragen waren. Wie die trikontinentalen Kämpfe bleiben auch diese ambivalent und sind gängigen antiimperialistischen Deutungsmustern unzugängig. Der radikalen Metropolenlinken aber bleibt nur die Zumutung, zu den mehrdeutigen sozialen Prozessen der Migration und Flucht, der gleichfalls mehrdeutigen sozialen Praxis schwarzer Revolte (London, Paris, Brüssel etc.) und Widerständigkeit einen politischen Bezug (weder in der Praxis aufgehen noch in der Politischen Theorie entrücken...) zu entwickeln. Bliebe noch hinzuzufügen, daß die metropolitane Linke gar keine andere Wahl hat, als sich in Praxis und Verständnis dieser Zuspitzung der globalen sozialen Auseinandersetzung zu stellen, es sei denn, sie zieht den postfordistischen Rausch der esoterischen Selbstreduzierung (minimal self) im Alternativgetto einer zwar mühseligen, aber immerhin auf soziale Befreiung zielende Praxis und Theorie vor.

Asylbewerber besetzten Frankfurter Sozialamt

FRANKFURT/ODER, 7. Januar (dpa). Rund 130 Asylbewerber haben am Montag etwa vier Stunden lang das Sozialamt von Frankfurt/Oder besetzt. In Gesprächen mit der Polizei und Dezernenten der Stadtverwaltung seien sie schließlich zum Verlassen des Gebäudes bewegt worden, teilte die Polizei am Dienstag mit. Die Asylbewerber hätten die Auszahlung des ganzen Sozialhilfebetrages für Januar verlangt.

Zu Zwischenfällen sei es nicht gekommen, doch sei die Arbeit der Mitarbeiter des Sozialamtes und der Besucherverkehr zeitweise erheblich gefährdet gewesen, hieß es. Der Polizeieinsatz war notwendig geworden, weil die Situation zu eskalieren drohte. Der erste Montag im neuen Jahr war regulärer Zahltag für die Asylbewerber. Aus technischen Gründen wird das Geld in einem vierzehntägigen Rhythmus ausgezahlt.

Illegale Einreisen über Polen nehmen wieder zu

FRANKFURT/ODER, 20. Januar (dpa). Die illegalen Einreisen an der deutsch-polnischen Grenze nehmen seit Jahresbeginn wieder zu. Etwa 120 Personen sind am vergangenen Wochenende beim illegalen Übertritt nach Deutschland gestellt worden. Dabei habe es sich vorrangig um Rumänen, Bulgaren, Inder und Vietnamesen gehandelt, sagte am Montag Helmut Wettengel vom Grenzschutzamtes Frankfurt/Oder. In den letzten drei Tagen seien durchschnittlich 40 Personen pro Tag bei der illegalen Einreise erwischt worden. Nur wenige von ihnen verlangten Asyl.

Die neuesten Festnahmen sind nach seinen Worten ein Zeichen, daß die sogenannte „Einreisewelle" auch 1992 nicht abreißen wird. Das Stück Landgrenze in Mecklenburg-Vorpommern und die Neiße im Bereich von Guben (Brandenburg), Görlitz und Zittau (Sachsen) seien nach wie vor die Brennpunkte des Geschehens. Aufgrund der deutschen und polnischen Infrastruktur in diesen Abschnitten werden illegal Reisende auch künftig diese Regionen benutzen. Seit der Silvesternacht habe der Bundesgrenzschutz (BGS) mehr als 200 Ausländer an der 431 Kilometer langen deutsch-polnischen Grenze registriert.

Zudem würden die Schlepperbanden immer „skrupelloser" vorgehen. Ihnen auf die Spur zu kommen, sei sehr schwer, schon weil Betroffene nicht über ihre Erfahrungen reden würden, klagte der Beamte. Es liegen dem BGS aber Erkenntnisse vor, daß Schlepper aus der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt sowie aus anderen Wohnunterkünften heraus operierten. Nach Wettengels Auskunft handelt es sich dabei vorrangig um rumänische Staasbürger sowie wenige Bulgaren und Polen.

Schwere Unruhen in Usbekistan

MOSKAU, 17. Januar (dpa/AP). Bei Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei in der usbekischen Hauptstadt Taschkent sind in der Nacht zum Freitag nach Berichten von Journalisten zwei Studenten getötet und zwei weitere schwer verletzt worden. Die Studenten forderten laut Informationen der Nachrichtenagentur Interfax den Rücktritt des usbekischen Präsidenten Islam Karimow und zertrümmerten Schaufenster von Geschäften, deren Waren sie sich nicht mehr leisten können. Rund 100 Studenten wurden festgenommen.

Die Unruhen brachen nach einer verbotenen Demonstration von rund 10 000 Studenten aus, auf der die Teilnehmer gegen den Mangel an Brot in den Läden protestierten. Sie warfen der Regierung zugleich vor, die „studierende Jugend unter die Armutsgrenze" zu drücken, und forderten deren Rücktritt. Der Pressedienst des Präsidenten nannte die Ausschreitungen eine „Provokation". Die Polizei trieb die Demonstranten unter Einsatz von Knüppeln auseinander und verfolgte einige der Studenten bis in ihre Wohnheime.

Protest ehemaliger DDR-Arbeiter in Maputo

Tsp **MAPUTO**, 20. Januar. In mehreren Städten Mosambiks haben in der vergangenen Woche Demonstrationen junger Arbeiter stattgefunden, die bis vor kurzem in der ehemaligen DDR gelebt hatten. Die Proteste seien teilweise zu Krawallen ausgeartet und hätten von den Ordnungskräften nur schwer unter Kontrolle gebracht werden können, meldet die Stuttgarter Nachrichtenagentur African Press Agency.

Am 16. Januar hätten sich mehrere hundert ehemalige DDR-Gastarbeiter vor dem Arbeitsministerium in der Hauptstadt Maputo versammelt und die Auszahlung der Abfindung verlangt, die die mosambikanische Regierung von der Bonner Bundesregierung für die Kündigung der Arbeitsverträge erhalten haben soll. Sprecher der Gruppen behaupteten, das Geld sei in Privattaschen der Regierungsangehörigen gewandert. Die Regierung sei lediglich bereit, mit den Demonstranten über berufsqualifizierende Maßnahmen zu reden, nicht jedoch über die Abfindungen.



HINTER STACHELDRAHT. Flüchtlinge aus Haiti auf dem amerikanischen Marinestützpunkt Guantanamo auf Kuba. Sie weigern sich in die Heimat zurückzukehren, solange dort nicht demokratische Zustände herrschen.

RARA-Kommunique

Explodierende Kloschüsseln im Justizministerium verursacht durch Wegwerfen von Asylrechten?!

Staatssekretär Kosto legt Hand an seinen eigenen Schuppen aus Angst vor illegalen 'Bollenpellers'(1)?!

Heute, in der Nacht vom 12. auf den 13. November, sind an zwei Stellen rätselhafte Explosionen aufgetreten, deren Ursache in Kreisen des Justizministeriums und vor allem von Staatssekretär Kosto gesucht wird. Ermittlungen werden ergeben, daß nach wiederholten rechtzeitigen Warnungen bei Polizei, Feuerwehr und den Objekten selbst im Justizministerium in Den Haag und bei Staatssekretär Kosto in Grootschermer mehrere Ladungen zur Explosion gebracht worden sind. Daß es dabei lediglich darum ging, materiellen Schaden anzurichten, wird sich anhand der Art der Plazierung und der Wahl des Zeitpunkts erweisen.

Mit diesen Aktionen wollen wir eine Grenze ziehen zu einer Asylpolitik, die Menschen abschreibt, ausschließt und entmenschlicht. Eine Politik mit charakteristischen Zügen, aber ohne Gesicht, ausgeführt von loyalen Beamten und politisch Verantwortlichen. Identifizier- und angreifbar.

Eine Chronologie

März '91

Die niederländische Bevölkerung soll verpflichtet werden, sich auszuweisen.(2) Sie wird darunter jedoch kaum zu leiden haben, weil es nicht um die Kontrolle der weißen Niederländer, sondern um eine verschärfte Überwachung der Illegalen geht. Die Niederländer können also wieder beruhigt aufatmen. Es handelt sich um keine Maßnahme, die ihre Privatsphäre tangiert. Die Maßnahme ist ein Glied in einer Kette, die lediglich dem Zweck dient, das Tun und Lassen einer selektierten Bevölkerungsgruppe - und zwar diese verdammten Illegalen - zu verfolgen, zu überblicken und letztendlich in den Griff zu kriegen.

Einige Niederländer werden sich daran erinnern können, wie sehr die Nachkriegshistoriker von der Leichtigkeit überrascht waren, mit der die Nazis die niederländischen Juden ausfindig machen konnten. Genau derselbe Beamtenapparat und dieselbe Beamtenmentalität, die es seinerzeit ermöglicht hatten, das jüdische Proletariat und die jüdische Intelligenz ohne Aufhebens der Endlösung auszuliefern, herrscht heute wieder bei den Politikern. Es geht bestimmt nicht um die Etablierung eines tausendjährigen Reiches, das sich seiner eigenartigen Makel entledigt hat. Im Gegenteil, die gegenwärtige Barbarei in Nordwest-Europa kleidet sich in das modernistische Gewand des Fortschritts, der Aufklärung und des Wohlstands. Nicht 'das gesunde Volksempfinden' (original) wird auf hysterische Weise aufgetischt. Es geht hier um offensichtlich ausgesprochen vernünftige Fragestellungen. Die Niederlanden sind doch zu klein, um alle Flüchtlinge der Welt aufzunehmen? Der weiße Wohlstand kommt doch unter Druck? Der kleine Mann muß überzeugt

---

(1) häufig illegale ArbeiterInnen im niederländischen Gartenbau, die für ein paar Monate im Jahr beschäftigt werden, um Blumenzwiebeln auszusortieren.
(2) Bisher gibt es in den Niederlanden keine Ausweispflicht.

chen Atomraketen oder die breite gesellschaftliche Diskussion über Atomenergie.

Manchmal mit roher Gewalt, eingesetzt in einem komplizierten psychologischen Spiel, wie die Strategie der Spannung in Italien (Bombenanschlag in Bologna) oder der Herbst '77 in Deutschland (die Stammheimmorde).

Der Glaube, daß die (militante) Linke historisch im Recht ist, hat dazu geführt, daß wichtige Bereiche der Politik den Kräften der Mitte oder eine Spur links davon überlassen wurden. Wenn die militante Linke wieder eine moralische Autorität werden will, wird sie sich an den Schwachstellen orientieren und denen etwas entgegensetzen müssen. So kann z.B. ein vereintes Europa für die Linke ausgesprochen wichtig sein in einem Moment, wo viele künstlich gezogene Grenzen in Frage stehen. Ein vereintes Europa der Völker steht in einem diametralen Gegensatz zu einem vereinigten Europa der Multis. Und eine der wichtigsten Schwachstellen 'der Mitte' ist die demokratische Legitimität des Systems, das sie repräsentieren. Und kein Referendum und keine 'Soziale Erneuerung' kann verschleiern, daß sie sich in großen Problemen befinden. Die Kräfte der Mitte müssen Schritt für Schritt zurückgedrängt werden, und für uns ist dieser Schritt einer. Wir wollen mit jedem, der betroffen ist, versuchen, diese Politik umzudrehen, indem wir Fragen stellen, die nicht gestellt werden, und indem wir uns davon abgrenzen.

Auch wir haben die Antwort nicht, aber wir wissen, daß wir uns nicht mit einer Gesellschaft abfinden wollen, in der ein großer Teil der Menschen abgeschrieben wird und rechtlos ist. Während die überwältigende Mehrheit der stillschweigenden Komplizenschaft verfällt.

Die einzige Lösung liegt im gemeinsamen Kampf für eine andere Zukunft. Das muß und kann auf vielerlei Weise geschehen.

Mit diesen Aktionen, die wir als notwendige Gegengewalt begreifen, wollten wir dazu einen Beitrag in Richtung fundamentaler Veränderungen leisten.

Grenzen

Die derzeitige politische Situation schreit nach einer klaren Antwort. Der zunehmende Fremdenhaß in Westeuropa wird den Migranten und Flüchtlingen in die Schuhe geschoben; sie sind zu viele und wollen sich nicht integrieren, lautet die offizielle Botschaft.

Die politischen Führer säen, auf einem immer fruchtbarer werdenden Boden, den Fremdenhaß und ernten so eine passive Zustimmung zu ihrer allgemeinen Politik.

Daß die Rechten angeblich historisch im Recht sind, steht im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Schwäche der Linken, und die Politiker der Mitte benutzen rechte Stimmungen, um verwirklichen zu können, was sonst zuviel Widerstand hervorrufen würde. Wir sind uns der derzeitigen Schwäche der Linken sehr bewußt. Wir sind uns bewußt, daß es an einem gemeinsamen politischen Projekt und einer daraus folgenden Strategie fehlt. Und obwohl vor allem die Linke im Westen einen dramatischen Niedergang erlebt, haben es die Genossinnen und Genossen im Rest der Welt auch mit sich verändernden Kräfteverhältnissen zu tun. Alte Antworten sind nicht mehr gültig, aber die Fragen bleiben dieselben. War es in den 70er Jahren noch so, daß sich die wichtigsten Veränderungen durch den Kampf der Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten zu vollziehen schienen, so sehen wir nun, daß ihre Position derart geschwächt ist, daß z.B. das kubanische, das vietnamesische und das palästinensische Volk durch den Zusammenbruch des Ostblocks scheinbar absolut vogelfrei erklärt worden sind.

Wir trauern dem Scheitern der Revolution von oben keineswegs nach; der gesellschaftlichen Veränderung per Dekret; dem Glauben, man könne die Geschichte schlichtweg ändern, indem man mit ein paar Menschen übereinkommt, daß die Geschichte nicht mehr ist als die Summe von Gesetzmäßigkeiten.

Es gibt natürlich Gesetzmäßigkeiten. So besteht die Gesetzmässigkeit, daß Fortschritt für den Westen (oder gegenwärtig den Norden) Rückschritt für den Süden (und gegenwärtig auch für den Osten) bedeutet. Und andere. Aber daraus können wir in diesem Augenblick nicht ableiten, daß wir automatisch politisch und moralisch im Recht sind. Die Wellen von '68 sind definitiv abgeebbt und auf dem Rückgang. Die Reaktion hat das Wort, und alle Phänomene, die die Linke mit einem Tabu belegt hatte, dürfen wieder zur Diskussion gestellt werden. Jedem scheint es auf einmal wieder legitim, Forderungen an den Ausländer zu stellen; man kann sie auch wieder als Profiteure und Schmarotzer beschimpfen, ohne daß man in dieselbe Kategorie eingeordnet wird wie Janmaat (einziger Abgeordneter der rechtsextremen Zentrumsdemokraten in der 2. Kammer), Prinz Bernhard oder Joseph Luns. Vor zehn Jahren war die Idee einer Invasion in Surinam für Frans Weisglas (außenpolitischer Sprecher und Abgeordneter der 'liberalen' Partei VVD) lediglich ein feuchter Traum, heute träumt er laut.

Wenn man die Geschichte bereits in die Frage übersetzen könnte, was mit der revolutionären und radikalen Linken in Europa eigentlich falsch gelaufen ist, dann wäre die Antwort, daß die Linke zu lange geglaubt hat, daß sie historisch im Recht ist, und daß sie die Mitte zu wenig im Visier hatte, die letztendlich die Früchte geerntet hat. Den Meistern des Kompromisses im Zentrum der Macht ist es wieder und wieder gelungen, jeglicher gesellschaftlichen Entwicklung von Bedeutung den Stachel zu ziehen. Manchmal mit List und Betrug, so wie der berüchtigte NATO-Doppelbeschluß in Sachen des Außenministeriums und der definitiven Ablehnung und Abschiebung.

Eine Politik mit charakteristischen Zügen, aber ohne Gesicht. Abgesteckt auf internationalen Konferenzen, gestaltet und ausgeführt von allzeit loyalen, lokalen Beamten. Wie der Bericht Zeevalking (in den 70er Jahren Staatssekretär im Justizministerium, heute Abgeordneter von D66 in der 2.Kammer). Diese Kommission (März 90) hatte zur Aufgabe: "Ein Gutachten abgeben bezüglich von Maßnahmen gegen den Gebrauch kollektiver Einrichtungen durch Illegale, die sich in den Niederlanden aufhalten, sowie bezüglich der Aktivierung innenpolitischer Ausländerkontrolle."

Die Untersuchung hatte Vorschläge zu einer aktiven Abschreckungspolitik zum Ergebnis, und zwar im Hinblick auf alle Sektoren und Methoden, mit denen sich Illegale 'über Wasser halten'. Darunter den Ausschluß von 'praktisch allen' kollektiven Einrichtungen. 'Praktisch alle', denn "man kann nicht verhindern, daß illegale Ausländer von öffentlichen Wegen Gebrauch machen". (S.19)

Flüchtlinge werden zu einer Nicht-Existenz degradiert. Nach der traurigen Erfahrung, Haus, Herd und Familie zurücklassen zu müssen, folgt die systematische Erfahrung von Demütigung. Es spielt keine Rolle, welche Geschichte man hat, vorprogrammierte Beamte spucken dir eine Ablehnung ins Gesicht. Und wenn man überhaupt weiter kommt, prallt man gegen eine Mauer von Feindseligkeit und Mißtrauen. All deine Erfahrungen, deine gesamte Kultur werden zunichte gemacht. Jeglicher Versuch, einen positiven Beitrag zu einer multikulturellen Gesellschaft zu liefern, wird erstickt.

Es ist diese Politik, die Menschen abschreibt, ausschließt und entmenschlicht, auf die wir aufmerksam machen und die wir brandmarken wollen. Darum haben wir die Arbeitsstelle aufgesucht, wo eifrige Justizbeamte tagein, tagaus an den Bausteinen der Politik zimmern und feilen, und waren bei einem der unmittelbar politisch Verantwortlichen zu Besuch. Letzterer sollte - einen Moment lang - das Schicksal derer teilen, die die Erfahrung der Demütigung machen. Zu diesem Zweck haben wir ihn zu Hause besucht, sein Hab und Gut beschädigt und seine Privatsphäre mit Füßen getreten. Er wurde gewissermaßen abgeschoben, und sei es auch nur für eine Nacht.

Indem wir sie an den Pranger stellen, wollen wir an (dem Kampf für) eine Alternative mitwirken und Diskussionen jenseits der bekannten Stellungnahmen führen.

Nein, natürlich können die Niederlande nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen. Es sind zu viele und Niederland ist zu klein etc.. Aber jede Flüchtlingsorganisation, die von sich aus damit beginnt, 'die Spreu vom Weizen zu trennen' in der Hoffnung, daß auf diese Weise 'nur die wirklichen Flüchtlinge' ins Land kommen, bewegt sich in einer Gefahrenzone. Die Definition vom 'wirklichen Flüchtling' verändert sich je nach dem, wie gerade der politische Wind weht.

Zentral ist, daß außer Krieg, Umweltkatastrophen und geschlechtsspezifischen Fluchtgründen auch Armut ein anerkannter Fluchtgrund sein muß. Die Lösung liegt nicht im Zurückschicken von Flüchtlingen, sondern in einer fundamentalen Änderung der internationalen ökonomischen Ordnung. Auf dem Wege dahin muß

* die Flüchtlingspolitik aus den Händen von Polizei, Marechaussee und Justiz,
* kein erzwungener Freiheitsentzug in Lagern, keine Haft für Ausländer, Abschaffung von Artikel 18a, der es ermöglicht, Flüchtlinge einzusperren,
* freier Zugang für Flüchtlinge zu den notwendigen finanziellen, juristischen, sozialen, medizinischen und Bildungseinrichtungen.

Niemand braucht sich über die Rolle Illusionen zu machen, die
die USA in der neuen Weltordnung spielen wollen; das Konzept lau-
tet folgendermaßen: reiche Länder, die bedroht werden, bezahlen
die militärische Operation mit Japan als permantem Finanzier im
Hintergrund. Europa, in der Rolle des alten Kontinents, übernimmt
die diplomatische Seite der Angelegenheit; die USA intervenieren
in Übereinstimmung mit ihren strategischen Interessen. Die neue
Weltordnung ist nämlich eine Verlängerung der heutigen internatio-
nalen politisch-ökonomischen Verhältnisse.

Und genau darin liegt die Angst von zwei Dritteln der Welt be-
gründet: militärische Intervention des Nordens im Süden ist nicht
der Anfang eines Prozesses, es ist sein Schlußstein. Die militäri-
sche Intervention ist die Fortsetzung einer ökonomischen Politik
mit anderen Mitteln. Der Beginn des Kriegs des Nordens gegen den
Süden liegt in der praktizierten ökonomischen Politik.

Und damit sind wir wiederum am Schnittpunkt der Argumentation
angelangt: es ist die internationale Politik, die die Spielregeln
und den Spielraum für nationale Politik bestimmt.

'Solange sich an der Notwendigkeit zur Flucht nichts ändert,
werden weiterhin Flüchtlinge kommen. Ganz bestimmt in dem Maße,
wie das Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden größer
und größer wird.

Das anhaltende negative wirtschaftliche Wachstum der südlichen
Länder in den vergangenen Jahren ist einer der wichtigsten Gründe
dafür, daß Migranten oder Flüchtlingen kommen. Es dürfte ihnen da-
bei scheißegal sein, ob er oder sie nun unter diese oder gar keine
Flüchtlingsdefinition fällt. Daß man dies auf höherer Ebene eben-
falls weiß, dafür sprechen die Testballons, die man in der letzten
Zeit hat aufsteigen lassen. Sie kommen aus einer überraschenden
(aber verdächtigen) Ecke. Innerhalb von OECD-Kreisen wird z.Z. im-
mer lauter über Möglichkeiten nachgedacht, der Migration entgegen-
zutreten. Man will eine Art Vertrag mit den Ländern im Süden
schließen. Das große Vorbild für dieses Denkmodell sind die USA.
Der Vertrag, den die USA mit den südamerikanischen Ländern ab-
schließen wollen, enthält eine Reihe von 'Spielregeln' hinsicht-
lich der Flüchtlinge. Die USA verpflichten sich, einen bestimmten
Anteil ihres nationalen Einkommens in Südamerika zu investieren
unter der Voraussetzung, daß diese Länder dafür sorgen, daß mit
'diesem Geld Investitionen getätigt werden, die auf die Trockenle-
gung der Flüchtlingsströme zielen. Es läßt sich heute schon abse-
hen und erwarten, daß die korrupten und halbfeudalen Militärregi-
mes nun nicht plötzlich anfangen, 'aufklärerisch' zu denken, um
die 'soziale Frage' zu lösen. Das Geld wird vielmehr für zusätzli-
che Grenzbewachung und Kontrolle (also Repression) der Flüchtlinge
draufgehen.

Unterwegs

Das Problem:
Staatssekretär Kosto: "Unsere Grenzen müssen gerade geöffnet wer-
den, um unseren Wohlstand weiter zu vergrößern. Man soll bloß
nicht glauben, daß man sie vor Menschen, die mitprofitieren wol-
len, schließen kann."

Die Lösung:
Staatssekretär Kosto: "Soweit ich kann, werde ich den Strom der
Migranten beschränken, Illegale fernhalten und dem Mißbrauch von
Bestimmungen Einhalt gebieten." (Elsevier 12.10.91)

Der ganze Komplex der Flüchtlingspolitik ist anscheinend nur
in ideologischen Begriffen zu fassen. Er bewegt sich zwischen po-
litischen Absprachen im Rahmen des einen Europa, den amtlichen Be-

gibt absolut keinen Grund zu flüchten! Die Melodie ist angestimmt,
das Projekt kann vom Stapel. Kosto erscheint in seinem Büro und
bestellt Nawijn (Direktion Ausländerangelegenheiten) zu sich. Es
wird heikel; beide Herren werden sich bewußt, daß sie eine Politik
entwerfen müssen, die nicht so leicht geschluckt werden wird. Ko-
sto gibt seinem Stab, in dem es von loyalen, jeder Couleur dienen-
den Beamten nur so wimmelt, den Auftrag, eine Politik zu entwer-
fen, die mit den erforderlichen Zahlen untermauert ist. Munter ge-
hen die Beamten an die Arbeit. Improvisieren und selektiv Präsen-
tieren ist schon seit Jahr und Tag die hohe Kunst des politischen
Managements.

Bis irgendjemand sich voller Bestürzung zu wundern beginnt;
den Zahlen und Untersuchungen nochmals nachgeht und zu dem Schluß
kommt, daß das alles blanker Unsinn ist. Frau Aalberts vom mini-
steriellen wissenschaftlichen Forschungs- und Dokumentationszen-
trum hat ihre Karriere gerade eben beträchtlich verkürzt. Sie hat
gegen eine Grundregel des Beamtentums verstoßen: du sollst das Ur-
teil eines Politikers nicht in Zweifel ziehen und du sollst selbi-
gen gewiß nicht öffentlich äußern.

Aber damit ist lediglich ein Mechanismus beschrieben und des-
sen politische Vernunft noch immer nicht enthüllt. Wenn die - zum
politischen Stil erhobene - Fremdenfeindlichkeit lediglich ein
niederländisches Faktum gewesen wäre, hätte man sich fragen kön-
nen, ob sie im Binnenhof wohl korrekt ernährt werden, und zwar
umso mehr, weil sie sich so häufig durchsichtiger und dummer Argu-
mente bedienen.

In dem Ganzen läßt sich nur eine Logik ausmachen, und das ist
die des europäischen Zusammenschlusses im Zusammenhang mit der
allgemeinen Krise der Politik (sowohl im ideologischen als auch im
administrativen Sinn). So gesehen zeichnet sich ein Kontext ab, in
den sich viele rätselhafte Vorkommnisse einordnen lassen. Wie etwa
die sture Trotzhaltung angesichts des gesellschaftlichen Protest-
sturms gegen die WAO-Pläne. Es schert die Kaste der modernen Poli-
tiker auch nicht, ob der Korporatismus, der in den 50er Jahren mit
so viel Sorgfalt aufgebaut wurde, in Frage gestellt wird. Die Po-
litiker befinden sich auf Konfrontationskurs mit der Gewerk-
schaftsbewegung und mit anderen Organisationen aus dem schlichten
Grund, daß ein Konzept für den modernen Staat in einem vereinigten
Europa besteht. Und im selben Kontext wird deutlich, warum die eu-
ropäischen Politiker sich auf ein Spiel mit dem Feuer einlassen,
wenn sie rechtsextreme Ressentiments mobilisieren. Offensichtlich
ist es ihnen lieber, daß Ausländer angegriffen werden (von Grup-
pen, die in der Hierarchie kurz über den Ausländern stehen) als
daß Unruhen entstehen, weil die neuen Armen ihren Anteil am Wohl-
stand einfordern.

It's paytime!

Die Mutter aller Schlachten (Golfkrieg) hat ein Monster her-
vorgebracht, dessen Art und Ausmaße schwierig zu bestimmen sind.
Es heißt die neue Weltordnung, und ein Drittel der Welt sieht ihm
frohlockend entgegen; der Rest mit Angst und Zittern. Das Monster
hüllt sich in den Schein von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit für die
Welt. Kein Land der Welt wird noch begehren, was ihm nicht gehört.
Die Expansion von Diktaturen wird bestraft werden. Menschenrechte
sind plötzlich wieder ein Thema, wenn der Einsatz militärischer
Aktionen erwogen wird. Die Vereinten Nationen haben eine selbster-
nannte, gefährliche und autonom operierende, freiwillige polizei-
liche Macht dazu bekommen.

Die Parallele zwischen dem Umgang mit (illegalen) Ausländern und den WAOern besteht darin, daß es zwei Gruppen betrifft, die sich hervorragend eignen, um auf ihnen herumzutreten. Die eine, um das allgemeine Gefühl von Unbehagen auf sie abzuwälzen, die andere, um ein finanzielles Opfer zugunsten der ach so geschröpften mittleren und höheren Einkommen zu bringen. Denn was haben die nicht schon alles an Abgaben zahlen müssen. Und wer kümmert sich denn eigentlich um ökonomisches Wachstum und um Produktivität. Jedenfalls nicht die Illegalen, die taugen allenfalls dazu, - ohne Rechte - billige Arbeit zu liefern; sie sind ein Faktor, um die Produktionskosten niedrig zu halten, aber daraus dürfen sie keine Rechte herleiten. Ihre Arbeit taucht in den offiziellen Zahlen nicht auf.

Das also ist der Weg, um die administrative und politische Krise zu lösen, so also sehen die Niederlande in einem vereinigten Europa aus.

Die neue Weltordnung des Binnenhofs (Sitz des niederländischen Parlaments)

Es wird den Historikern der Zukunft noch Kopfschmerzen bereiten, dahinterzukommen, in welchem Kontext sich die fremdenfeindliche Politik entfaltet hat.

Im weltlichen Hier und Jetzt gibt es genug Leute, die sich über das Wie und Warum des rabiaten Antiflüchtlingsverhaltens von Politikern den Kopf zerbrechen; eine Suche nach dessen politischer Vernunft. Aber diese Vorstellung von der Existenz einer politischen Vernunft unterstellt fast schon, daß diesem Verhalten auch eine bestimmte Logik zugrundeliegt. Eine Logik, die folglich mit Vernunftgründen, d.h. argumentativ, bekämpft werden kann. Eine Unterstellung, die wiederum Anlaß zu der Hoffnung geben müßte, daß der Entscheidungsprozeß, so wie er sich im Palais des Binnenhofs abspielt, beeinflußt werden könnte. Schön wär's. Der hysterische Charakter der Flüchtlingsphobie der 2. Kammer (vergleichbar dem Bundestag) und der Regierung entzieht sich jedoch den Spielregeln einer Demokratie, in der sonst über alles beraten und verhandelt wird. Die Politiker und Beamten stellen ihr 'Produkt' nicht zur Diskussion. Sie mystifizieren das 'Produkt' Flüchtlingspolitik: der Ausländer ist eine fremde Entität, die außerhalb der Wirklichkeit steht. Es ist nicht der Ausländer, den jeder kennt und von dem jeder sagt, daß speziell dieser natürlich in Ordnung ist. Nein, es ist der Ausländer, der noch kommen soll, die noch nicht materialisierte Drohung von außen. Der Ausländer, der kommt, um unser Essen zu stehlen und unseren Wohlstand zu untergraben; das Schlitzohr, der Schacherer, der Kriminelle in spe, kurzum: eine modernisierte Version des Urbilds des Ewigen Juden. Es versteht sich von selbst, daß jegliche öffentliche Assoziation mit diesem Bild vermieden werden muß; ebenso versteht es sich von selbst, daß man sich diese Drohung durchaus als real vorstellen soll.

Das funktioniert dann wie folgt: Kosto bekommt von van den Broek (Außenminister der Niederlande) zu hören, daß auf europäischem Niveau beschlossen worden ist, die Flüchtlingspolitik zu harmonisieren. Aber wie verkauft man das? Im Kabinett werden ein paar suggestive Bemerkungen fallengelassen, man munkelt ein bißchen über die Unbeherrschbarkeit des 'Problems', liest ein paar Berichte von leitenden Polizeifunktionären, schlägt nochmal in den Länderreportagen des Innenministeriums nach und stellt fest: es

---

kam es zu heftigen Protesten gegen die Neuregelungen, die von der Regierung aber kaum zur Kenntnis genommen wurden.

aber die scheinen zu viel Streß zu haben, um im Paradies-Dschungel zu überleben, oder es ist ihnen schlichtweg nicht unlieb.

Die Politiker, die Deutschland so gerne als eine wahrhafte (erwiesene) Demokratie präsentieren, sind dieselben, die im eigenen Land den Rassismus und den Ausländerhaß mit der größten Leichtigkeit als Instrument benutzen. Das folgende Zitat aus der Süddeutschen Zeitung ...:

"(...) Inzwischen werden fast täglich Ausländer angegriffen. Dennoch reden deutsche Politiker noch immer endlos und mit großer Entschiedenheit über 'Asylbewerber mit Betrugsabsicht'. Anstatt die Diskussion zu zügeln wird die Diskussion auf diese Weise angeheizt und immer mehr verseucht." (Volkskrant 12.10.91)

... gilt bestimmt nicht nur für die deutschen Politiker. Wenn man/frau die jüngsten Äußerungen von Wim Kok, Aad Kosto, Louis Toback oder Giscard d'Estaing nebeneinander stellt, dann unterscheidet sich lediglich die Sprache, in der die Dinge gesagt werden, der Inhalt ist derselbe.

Die Machbarkeit

Am 13. November findet das x-ste Treffen auf der Ebene europäischer Justizminister statt. Ziel ist die weitere Konkretisierung der Harmonisierung der Flüchtlingspolitik.

Schon seit geraumer Zeit stellen sich diverse meinungsbildende Medien die Frage, was dieses Kabinett, speziell Kosto, eigentlich beflügelt bei ihrem persönlichen Kreuzzug gegen Ausländer und für ein weißes und beherrschbares Europa.

Von verschiedenen Seiten wurde bereits geäußert, daß das politische Establishment durchgedreht ist. Nicht daß man/frau sie mit Schaum vor dem Mund die Innenstädte auf der Suche nach Illegalen abklappern sieht, aber man/frau sieht es an ihren Augen: diese Paranoia, dieser Blick, mit dem sie in die Kamera gucken, als wollten sie sagen: 'Ihr wißt nicht, was los ist, ihr begreift das nicht, SIE KOMMEN!!!'

Aber ihr Realitätsbewußtsein bewegt sich noch nicht in jenem Stadium von Paranoia, daß sie sich trauen, dies laut zu sagen. Wir werden nur häppchenweise an ihrer Hysterie beteiligt, und mit Hilfe von Manipulation von Fakten und wirklichen Zahlen versuchen sie, die Bevölkerung von ihrem paranoiden Weltbild zu überzeugen.

Und wie echte Politiker machen sie aus ihrer Abweichung eine Kunst, versuchen sie, die Bevölkerung der Wirklichkeit zu berauben. Es verschlägt uns beinahe den Atem. Wir werden Zeuge einer absolut neuen Interpretation eines sozialdemokratischen Credo: dieser durchgedrehte Haufen nimmt 'die Machbarkeit der Gesellschaft' wörtlich. Nur geht es dabei nicht mehr darum, die Schwachen zu schützen oder Chancen für Menschen im unteren Teil der Gesellschaft zu schaffen. (...) Nicht daß das alles nun so fürchterlich neu wäre, es kommt nur so abrupt und absolut, und es ruft vor allem Scham hervor. Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, in der Menschen ohne Pardon jegliches Existenzrecht genommen wird? In der sich Menschen kaputt gearbeitet haben, dann in das große WAO-Sammelbecken geschmissen wurden, um schließlich auf der untersten Stufe zu enden.(4)

---

(4) WAO: Gesetz zur Regelung von Rechten und Pflichten bei Arbeitsunfähigkeit, das die große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten derzeit zur Disposition gestellt hat. Sollte das Gesetz in Kraft treten, werden vor allem die Bezieher einer Invalidenrente erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Im Spätsommer

Aber mit seinem Plädoyer für die Universalität der westlichen weißen Werte und seiner 'Anpassen-oder-Abhauen'-Mentalität versucht er vor allem, einen Diskussionsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen das 'Ausländerproblem' in Zukunft gesehen werden muß. Das ist ein geschickter Schachzug. Er versucht, der Debatte über Asylbewerber die Spitze zu brechen, indem er eine scheinbar logische Argumentation aufbaut über die Anzahl von Migranten, die die niederländische Gesellschaft eigentlich verkraften kann, und wie diese sich zu benehmen haben.

Quotisierung der erwünschten Quantität von Ausländern in Verbindung mit ihrer Unterwerfung unter die weißen Gesetze und die weiße Moral - das ist das strategische Konzept von Bolkestein. Ein Konzept, dem sich Frau Dales (niederländische Innenministerin) vom Innenministerium mit Hingabe angeschlossen hat, die sogleich eine 'breite gesellschaftliche Diskussion' über Minderheiten organisieren will unter dem Motto: 'Über Sie, ohne Sie'.

Oktober '91

- In Frankreich versucht Giscard d'Estaing, Le Pen rechts zu überholen, was ihm auch gelingt. Indem es anstelle des sog. 'Grundrechts' das 'Blutrecht' einführt, soll Frankreich die Migranten und Flüchtlinge definitiv von allen Rechten ausschließen können.
- In Deutschland finden Pogrome an Orten statt, an denen sich Asylbewerber aufhalten, außerdem Anschläge auf ihre Häuser. Dies alles zumeist mit passiver Unterstützung der Bevölkerung, manchmal aber auch mit aktiver Unterstützung.

Die permanente politische Infragestellung der ankommenden Asylbewerber und der bereits anwesenden Minderheiten durch individuelle Politiker und politische Parteien zeitigt dramatische Resultate.

Die Politiker haben die moralische Bremse gelöst; jene dünne Lage Tünche dessen, was sich Zivilisation nennt, wird abgekratzt, indem die Ausländer bei allen bestehenden gesellschaftlichen Problemen permanent und immer ultimativer ins Visier geschoben werden. Wohnungsnot, höhere Steuern, die explosiv gestiegene Arbeitslosigkeit als Folge der Wiedervereinigung: all dies wird verursacht durch die vielen 'Aus- und Übersiedler', die zusätzlich zu den normalen trikontinentalen Flüchtlingen gekommen sind. Es erweist sich als ideale Methode, die Aufmerksamkeit von den Wahlversprechungen der CDU abzulenken. Versprechungen, die aus der Wiedervereinigung nicht das zugesagte Paradies auf Erden gemacht haben, sondern eine knallharte Sanierung des früheren Ostdeutschlands unter Führung der Treuhand zur Folge hatten.

Es sind dieselben Politiker, die für die Pogrome unmittelbar verantwortlich sind, die nun die Welle von Ausländerhaß mit der unverarbeiteten stalinistischen Vergangenheit der Ostdeutschen erklären. Daß die meisten Anschläge jetzt in Westdeutschland stattfinden, entgeht ihnen.

Es läßt sich nicht alles auf die stalinistische Vergangenheit zurückführen: es ist ihre braune Vergangenheit, die weder die West- noch die Ostdeutschen verarbeitet haben. Der Stalinismus in der DDR hatte denselben Nährboden wie der Faschismus.

Wiederum dieselben Politiker bagatellisieren den braunen Flecken auf ihrer Weste. Es sollte eigentlich nicht mehr sein als eine etwas außer Kontrolle geratene Äußerung von Frustration von ein paar Rotznasen im Alter zwischen 16 und 17 Jahren. Einmal über's Knie legen sollte dann eigentlich völlig genügen. Schade, daß es nicht genügend Eltern gibt, die einsehen, daß das notwendig wäre, Boden abzuschaffen. Die Tatsache, daß dieser Artikel des Grundgesetzes den Deutschen von den Alliierten auferlegt wurde, um sie in jedem Fall an ihre Vergangenheit zu erinnern, wird unter den Teppich gekehrt. Daraufhin tritt das europäische Establishment seine Füße darauf ab, wenn es zur Schengenrunde zusammenkommt.

- In Italien wird die Armee wirklich gegen Flüchtlinge eingesetzt: Albanesische Flüchtlinge werden wie wilde Tiere in ein Stadion gepfercht und gefangen gehalten. Als sie sich gegen diesen unhaltbaren Zustand zur Wehr setzen, kommt es zu einer offenen Schlacht mit der Armee. Weil dies jedoch einen Makel auf ein so 'zivilisiertes Land' wie Italien wirft, werden sie schließlich mit einem Trinkgeld ins Flugzeug nach Hause verfrachtet.
- Die Ergebnisse einer Umfrage werden veröffentlicht: die Hälfte aller Niederländer sei der Meinung, daß Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückkehren müßten. Die Politik trägt 'Früchte'; ebenso wie in der Welt der Werbung gilt auch hier, daß man bestimmte Dinge beginnt zu glauben, wenn man sie nur oft genug hört...

September '91

Ende August, Anfang September fanden dann die Debatten über die Asylpolitik statt. Das Justizministerium und das Ministerium für Gesundheit, Frauen und Kultur hatten hoch gepokert. Rechte für Asylbewerber sollten zugunsten einer schnelleren Ausweisung fallengelassen werden; die Marechaussee (vergleichbar dem Bundesgrenzschutz) sollte die Außengrenzen des Schengengebiets von Schiphol (Flughafen von Amsterdam) in die Fluchtländer-mit-erhöhtem-Risiko verlegen. Das heißt dann beschönigend 'pre-flight-controle'. Asylbewerber werden auseinanderdifferenziert in solche, die eine Chance haben, und solche, die keine Chance haben, und getrennt untergebracht. Aber nicht alles ging durch. So wird es keine getrennten Auffanglager für aussichtsreiche und aussichtslose Asylbewerber geben. Aber im großen und ganzen wird die Politik beibehalten. Das Außenministerium wird weiterhin die amtlichen Berichte über die Länder, die Flüchtlinge produzieren, erstellen, wodurch dem Justizministerium auch in Zukunft eine Informationsflut garantiert ist, die die Asylpolitik rechtfertigt.

Alles in allem ist es eine große Nicht-Debatte geworden. Viele Worte, nichts dahinter, und von einer Grundsatzdebatte über Ursachen und Folgen konnte schon gar nicht die Rede sein. Mangels einer politischen Vision haben sich die niederländischen Politiker darauf gestürzt, ein technisches Instrumentarium zu entwickeln, um gesellschaftlichen Problemen zu Leibe zu rücken, etwa wie der niederländische Fukuyama Bolkestein (Fraktionsvorsitzender der liberalen Partei VVD, die z.Z. in der Opposition sitzt). In einem Versuch, den Visionär rauszuhängen, hat Bolk probiert, die Flüchtlings- und Minderheitenpolitik der Zukunft zu definieren. Mit der demographischen Realität im Hinterkopf, daß im Jahre 2010 etwa 34% der Bevölkerung Migranten sein werden, legt er dar, daß die weißen westlichen Werte universell sind und den Migranten per definitionem übergestülpt werden dürfen. Er verkörpert die westliche Angst vor einer Gesellschaft mit einer derart großen Minderheit. Diese große Minderheit wird politische Rechte wollen; sie wird ökonomische Forderungen stellen und zuallererst eigene Spielregeln hinsichtlich der Demokratie entwickeln wollen. Sie werden - mit anderen Worten - dieser Gesellschaft ihren Stempel aufdrücken, der zwangsläufig von jener liberalen Ausprägung abweichen wird, die Bolkestein in den nördlichen Gesellschaften zu sehen glaubt.

werden, folglich muß die Spreu vom Weizen unter den Flüchtlingen geschieden werden. Das derzeitige politische Etablishment steht Colijn und Konsorten in Rigidität und Härte um nichts nach, die Frage ist nur, was seine Motive sind.
Wen oder was repräsentieren sie eigentlich?

Mai '91
– Staatssekretär Kosto und Konsorten ignorieren eine Empfehlung des niederländischen Staatsrats bezüglich des Schengenabkommens. Das Parlament darf sich mit der endgültigen, zu unterzeichnenden Version des Vertrags auseinandersetzen. Damit ist jegliche demokratische Legitimität rund um diesen monströsen Verbund verschwunden. Die Kritik verschiedener gesellschaftlicher Organisationen an jenen Passagen, in denen es um Ausländerrecht und Asylpolitik geht, wird damit gleichfalls neutralisiert.
– Das Kabinett ignoriert die Vorschläge der Kommission Mulder.(3) Das Phänomen, daß das Kabinett immer häufiger Empfehlungen von Bedeutung nicht zur Kenntnis nimmt, wird Politik. Dieses Kabinett hat eine völlig eigenständige Linie. Gesellschaftliche Organisationen, die versuchen, einen Fuß zwischen die Tür zu kriegen, müssen miterleben, wie die Tür durch das vollzählig versammelte Kabinett – allen voran Kosto und Kok (niederländischer Finanzminister und Führer der sozialdemokratischen Partei PvdA) – wieder verrammelt wird.

Juni '91
– Unter der energischen Führung der Sozialisten beschließt Frankreich, die Illegalen flugzeugweise rauszuwerfen.
– Der Amsterdamer Polizeipräsident Nordholt hält das Klima für reif genug, um die Katze aus dem Sack zu lassen, indem er gleic noch eins draufsetzt. Amsterdam muß Rassenunruhen wie in Brüssel und Antwerpen befürchten, wenn "mit den Illegalen" nicht schnell was passiert. Und wurde nicht schon vor Jahren prophezeit, daß Amsterdam sich als ein zweites Brixton entpuppen kann, weil sich die Amsterdamer Polizei den Ruf erworben hat, eine der Einheiten zu sein, bei der vor allem Ausländer gegen eine Polizeikugel anlaufen?
– Der niederländische Glaubensbruder Kok, überzeugt von der Schönheit der Rose und der erhobenen Faust, greift die parasitären Illegalen an.

Juli '91
– Die Schweiz feiert ihr 500-jähriges Bestehen u.a. mit einem Brandanschlag auf ein Wohnheim von Asylbewerbern. Solche Anschläge sind hier gängige Praxis. Offensichtlich lebt in diesem Volk noch mehr als nur das Streben nach Geld und Gewerbe, versteckt unter dem Mantel der Neutralität.
– Einem Mitglied der Vereinten Deutschen Regierung rutscht – absolut nicht aus Versehen – raus, daß die deutsche Bevölkerung möchte, daß die Armee gegen den wachsenden Strom der Flüchtlinge zum Einsatz kommt. "Das Volk ruft nach den Ordnungstruppen." Eine solche Sprache hörte man in Regierungskreisen in Deutschland schon länger nicht mehr ...

August '91
– Die Vereinte Deutsche Regierung will eine Änderung des Grundgesetzes, um das umfassende Asylrecht für Flüchtlinge auf deutschem

(3) Parlamentskommission zu Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik

Momper in Halle von Demonstranten verletzt

Tsp. **HALLE**, 21. Januar. Der Berliner SPD-Vorsitzende Momper ist am Dienstag abend in Halle von Demonstranten angegriffen worden. Nach ersten Informationen der Polizei wurde Momper dabei leicht verletzt. Der SPD-Politiker hatte in einem alternativen Café aus seinem Buch „Grenzfall" lesen wollen. Die Lesung wurde wegen des Vorfalls abgesagt, soll aber nach Angaben eines Verlagsvertreters zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Augenzeugen berichteten, Momper sei bei der Ankunft vor dem Eingang des Cafés „Objekt 5" bei einem Handgemenge ins Gesicht geschlagen worden. Rund 40 bis 50 Personen hätten vor dem Gebäude demonstriert. Es seien Flugblätter der Vereinigten Linken verteilt worden, in denen die Räumung der Mainzer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain kritisiert wurde. Auf einem Plakat hieß es: „Die Mainzer Straße vergessen wir dir nie", an eine Mauer war „Keine Mompower" gesprüht worden. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung mit dem Berliner SPD-Politiker waren Protestaktionen angekündigt worden.

GROßBRITANNIEN - DIE RANDALEN VOM SEPTEMBER 1991

EINE VORGESCHICHTE DER UNTERDRÜCKUNG......

1985. Die Bullen sind in eine Wohnung des Nordlondoner Viertels Tottenham gestürmt. In der Wohnung war Cynthia Jarrett, eine schwarze Frau mittleren Alters. Die Bullen suchten nach ihrem Sohn. Bei der Razzia erlitt Cynthia Jarrett einen Herzschlag (im Zusammenhang mit einer Schießerei und einer zweiten schwarzen Frau, Cherry Groce, im selben Herbst war dieser Vorfall Inspiration für die erste Szene in "Sammy und Rosy tun es"). Am selben Abend hat die Bevölkerung des Viertel sich gegen die Bullen erhoben. Die Randale dauerte Stunden, die Bullen wurden mit Flinten beschossen und die Menge hat einen Polizisten isoliert und festgenommen. Keith Blakelock wurde in Stücke gehackt (so steht's in der zuschrift... der tipser). Die Bullen wurden zornig. Sie haben Hunderte von Wohnungen gestürmt und drei junge Männer wegen Mordes angeklagt - Winston Silcott, Enghin Raghip und Mark Braithwaite. Die drei Männer (The Tottenham Three) wurden zu lebenslänglich verurteilt, aber dieses Jahr kam die Wahrheit über ihre Behandlung heraus. Mark Braithwaite leidet in der Haft an Klaustrophobie, Eghin Raghip ist Analphabet. Die Aussage von Winston Silcott wurde später verändert. Sie wurden einzig und allein wegen ihrer Aussagen bei der Polizei verurteilt, die gefälscht oder die Folge von Einschüchterung waren. Winston Silcott sprach in der letzten Zeit aus seiner Zelle: "Soweit ich zurückdenken kann, habe ich unter Rassenhaß gelitten, und, weil ich mich gegen meine Behandlung gewehrt habe, wurde ich von den Bullen in Tottenham angegriffen. Bin ich nicht selbst ein Opfer? Weil ich mich gegen die Bullen gewehrt habe, habe ich lebenslänglich bekommen, mindestens 30 Jahre für eine Tat, in die ich nicht verwickelt war, von der ich nichts gewußt habe." Die "Tottenham Three" bleiben in Haft, "bis das Beweismaterial noch einmal geprüft wird."
(Anm.: Winston Silcott wurde am 25.11. freigesprochen, Mark und Enghin noch nicht)

....UND AUCH DES WIDERSTANDS

September 1991. Tausende junger Leute in Britain erhoben sich gegen die Bullen und den Staat. Die Auseinandersetzungen waren so groß und so heftig wie die Randalen in den Jahren 1981 und 1985. Anfang und Mitte des Jahres war der politische Brennpunkt in den Slums die Kampagne gegen die Kopfsteuer. Im Sommer kam es in Telford zu Randalen, nachdem dieBullen einen jungen Schwarzen, der an einer Schlägerei in einem Pub beteiligt war, erschossen. Das ganze Jahr über gab es in Ostlondon



Zusammenstöße zwischen Glatzen und AntifaschistInnen (auch wieder im November)

Die Septemberrandalen fanden in vielen Städten statt, aber die wichtigsten waren:

OXFORD - DAS VIERTE BLACKBIRD LEYS

Nachdem die Bullen versucht haben, "Hotting" zu verhindern, kam es mehrere Nächte zu Straßenschlachten. "Hotting" bedeutet den Diebstahl von schnellen, teuren Autos, um um die Wette zu fahren und um Fahrfertigkeiten vorzuführen.
Das Viertel wurde gebaut, um den ArbeiterInnen der dortigen Autofabrik Cowley Wohnungen zu verschaffen. Deshalb hat es in der Wohnsiedlung immer eine "Autokultur" gegeben. Die Leute wissen viel über Autos (z.B. wie man sie aufbricht) und sie haben eine Vorgeschichte an Solidarität untereinander (z.B. während Streiks). Diese Einheit war wichtig, um harte Drogen aus dem Viertel zu vertreiben. Aber jetzt ist es bedroht wegen der Massenentlassungen vor zwei Jahren, die den homogenen Charakter des Viertels zerstört haben. Bezüglich weicher Drogen und gestohlener Autoeinzelteile ist das Viertel der Mittelpunkt Oxfords. Die AufrührerInnen haben Yuppie-Passanten ausgewählt, um sie zusammenzuschlagen. Das "Hotting" dauert noch immer an.

CARDIFF (WALISISCHE HAUPTSTADT) -DAS VIERTEL ELY

Drei Nächte der Randale fanden nach einer Auseinandersetzung zwischen zwei Ladenbesitzern statt. Einer der Ladenbesitzer ist Pakistani und einige Zeitungen sagten, daß die AufrührerInnen rassistische Motive hatten. Die BewohnerInnen von Ely bestreiten dies. Es ist unklar, aber die größten Zielscheiben der Randale waren die Polizei und das Kopfsteueramt des Viertels. Sechshundert junge Leute des Viertels beteiligten sich, dessen Arbeitslosigkeit bei 30% liegt. Andere Leute haben von den Dächern aus zugesehen.

BIRMINGHAM -DAS VIERTEL HANDSWORTH/LOZELLS

In Handsworth wurde die Randale geplant. Als erstes haben die AufrührerInnen die Stromleitungen zerstört. Im Viertel war es völlig dunkel, dann wurden zwei Stunden lang die Läden geplündert. Als der Strom wieder angeschlossen war, rückten die Bullen unter einem Hagel von Wurfgeschossen an und beendeten die Randale.

NORTH SHIELDS - DAS VIERTEL MEADOW WELL

Dieser Aufstand wurde vom "ram-raiding" ausgelöst. "Ram-raiding" bedeutet den Diebstahl von schnellen Autos, um sie in Schaufensterscheiben zu fahren. Die Autos werden vollgeladen und weggefahren. In diesem Jahr wurden ca. 200 Autos im Viertel gestohlen. Die Wohnsiedlung wurde in den 30er Jahren gebaut, um Arbeiter im Schiffbau und BewohnerInnen anderer überfüllter Viertel mit Wohnungen

zu versorgen. Heute ist das Viertel als übelster Slum Nordostenglands bekannt, dessen Arbeitslosigkeit größtenteils bei 80% liegt. Die Wohnsiedlung ist in der Nähe eines reichen Yuppie-Viertels, Royal Quays.
"Ram-raiding" gibt den Anschein von Stärke und versorgt die jungen Menschen mit teuren Waren, die sich niemals kaufen könnten.
Die Randale begann, nachdem die Bullen auf der Suche nach zwei jungen "ram-raiders" waren, Colin Atkins und Dale Robson. Diese beiden Leute wurden von der Polizei in ihrem gestohlenen Auto verfolgt und sind bei der Verfolgungsjagd ums Leben gekommen. In Meadow Well kündigten Sprühereien und Transparente Rache an: "Dale and Colin, we will avenge your death!"
Während der Randale wurden Telefonmasten und Bäume gefällt, um Barrikaden zu bauen, Telefonverbindungen wurden gekappt, Stromleitungen zerstört, Polizeifunk abgehört. Zwei Nächte lang kontrollierten 600 Jugendliche die Gegend. Sie versuchten JournalistInnen aus dem Viertel rauszuwerfen. Seit dem Aufstand setzen die Bullen Hubschrauber und Videokameras ein, um das Ghetto zu überwachen.

NEWCASTLE - DIE VIERTEL SCOTSWOOD, ELSWICK, BENWELL, CRUDDERS PARK

Eine Woche lang fanden die Randalen in ganz Westnewcastle statt. Die Gegend ist für "ram-raiding" bekannt und nach dem Tod der beiden Männer in Meadow Well haben Banden in Newcastle den Aufstand organisiert (Newcastle und Northshields sind Nachbarstädte). Plakate und Sprühereien kündigten die Randalen an und die Bullen entschieden, das Zentrum Newcastles, eine der größten englischen Städte, abzuriegeln. Die Pubs und Restaurants mußten vor acht Uhr schließen.
Während der Randalen wurden zwei soziale Wohnungsbaubüros und ein Pub durch Mollies zerstört, die Stadtverwaltung mußten schließen.


Festnahme eines Jugendlichen in Oxford - Foto: Reute

Es wurde ein Versuch unternommen, das Gerichtsgebäude, in dem KopfsteuernichtzahlerInnen zu Gefängnis verurteilt worden waren, niederzubrennen (vgl. Ausbruch 24+25).

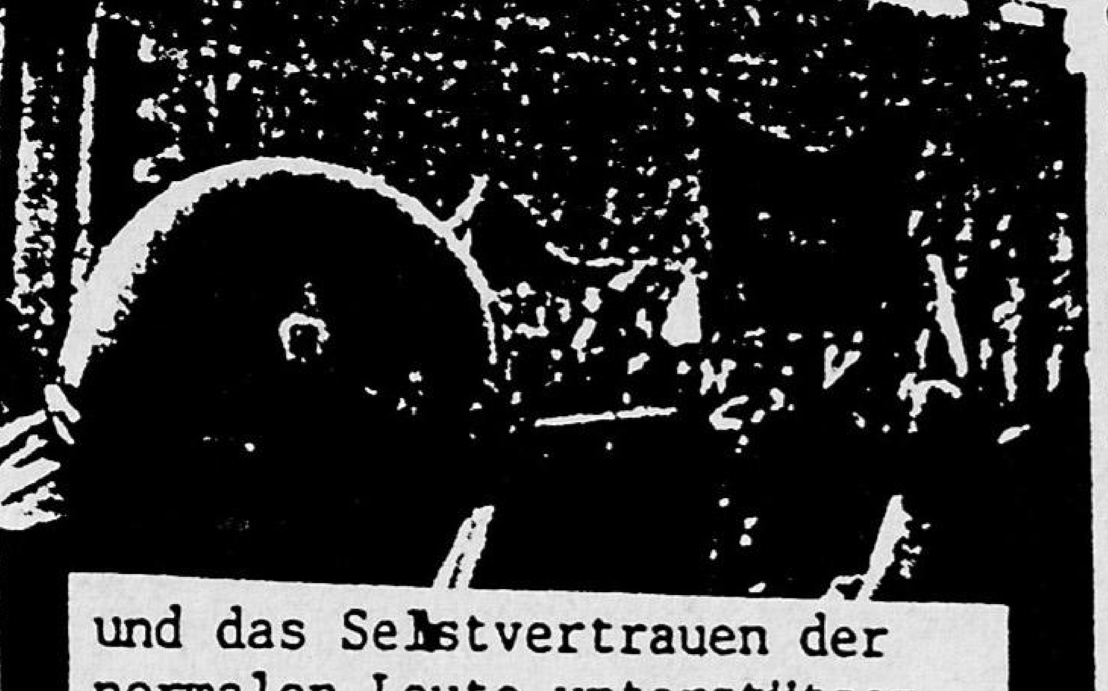
WIE SOLLEN REVOLUTIONÄRINNEN AUF DIE RANDALEN REAGIEREN?

Die meisten Straßenschlachten fanden in Gegenden statt, die früher von schweren Randalen nicht betroffen waren. In den Jahren 1981 und 1985 beteiligten sich viele Schwarze, die auf rassistische Übergriffe der Polizei reagierten. An den Randalen in diesem Jahr beteiligten sich schwarze Jugendliche, aber die Mehrheit der AufrührerInnen waren Weiße. Ziel war eindeutig der Staat, der ganze Apparat der Staatsgewalt - z.B. soziale Wohnungsbaubüros, Gebäude, die mit der verhaßten Kopfsteuer zu tun haben, und natürlich die Bullen. Jedoch spielten "revolutionäre" AktivistInnen keine wichtige Rolle im Kampf, die Aufstände wurden besser als je zuvor durch Plakate, Sprühereien, Radios, verabredete Schlachtpläne, spontan unter Freunden oder von organisierten, sogenannten "Verbrecherbanden", Ramraiders und Hotters, organisiert. Das Fehlen von 'politischen' Forderungen und 'politischer' Organisation führte dazu, daß einige AktivistInnen versuchten, die Randalen herunterzuspielen. Dies ist allerdings ein Irrtum!
In ganz Großbritannien gibt es große Wohnviertel (oft mit Sozialwohnungen), die heruntergekommen sind, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, in denen Sozialleistungen fehlen. Üblicherweise sind solche Gegenden von der reformistischen Labour Party politisch beherrscht, aber in Wirklichkeit sind politische Apathie undgesellschaftliche Unzufriedenheit Normalzustand. Die stärkste Loyalität der EinwohnerInnen besteht gegenüber ihrer Gegend, egal, wie benachteiligt sie ist. Leute aus Cardiff sagen, "wenn man in Ely wohnt, steht man auf der Schwarzen Liste"(für Jobs). Leute aus Oxford wollen "ein Blackbird Leys frei von Bullen".
'Class War', die populärste der britischen anarchistischen Zeitungen, schreibt: "In den großen Sozialwohnungssiedlungen entfesselt die ArbeiterInnenklasse die hef-



tigsten Klassenkämpfe, die es dort bisher gab...Schlachten, die in den Wohnsiedlungen und in der Nachbarschaft stattfinden - um Gebiete, Raum und Zeit unter Kontrolle zu bekommen - sind Mittelpunkt des gegenwärtigen Kampfes."

Um dies zu unterstützen, können RevolutionärInnen 'slow-rioting' ('langsame Randalen') fördern. Das heißt, Krieg gegen den Staat und seine Lakaien: Kampagnen, um Festgenommene zu verteidigen oder gegen Yuppies; Verteidigung der Viertel, z.B. um HeroinhändlerInnen hinauszuwerfen, wie in Liverpool, Oxford und Dublin. Verbrechen verhindern gegen arme Leute, die von armen Leuten begangen werden, wie in Bristol "don't harm your own" - und gegen Faschisten, wie in Ostlondon; Kampf gegen die Kopfsteuer, die heute linke Politik und Basisarbeit in Großbritannien beherrscht. Wir glauben nicht, daß wir befreite Zonen, die autonom vom internationalen Kapitalismus sind, schaffen können, aber wir wollen die Initiative



und das Selbstvertrauen der normalen Leute unterstützen und sie ermutigen. Der Staat und die Massenmedien sagen den Leuten, daß sie wertlos sind und daß sie sich den Experten beugen sollen.

Wir sagen, daß die Leute sich ohne Führer und Chefs kollektiv orgnisieren können und daß, wenn sie erst einmal das Selbstvertrauen haben, sie auch die Fähigkeit haben, die Gesellschaft zu organisieren.

Solche Ideen werden oft den Arbeitskämpfen gegenübergestellt.

Auch das ist ein Irrtum! Vielleicht sind viele ArbeiterInnen in Westeuropa auf Kosten der '3.Welt' mit Konsumgütern ausgezahlt worden, aber sie haben keine Macht oder Selbstbestimmung mehr wie früher. Oft verstehen ihre Kinder die Realität und diese haben sich an den Randalen oder an anderen illegalen Aktivitäten in großer Zahl beteiligt. Wir fordern Selbstvertrauen, Kampf und Selbstbestimmung auch in den Fabriken und in den Büros, denn wir können machen, was wir wollen, es gibt keine Revolution ohne die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Aufstände haben wieder einmal demonstriert, daß, sogar jetzt, nach zwölf Jahren unter der reaktionärsten Regierung dieses Jahrhunderts, Millionen englischer, schottischer und walisischer ArbeiterInnen aufsässig bleiben. Die AufrührerInnen wissen genau, wer ihre Feinde sind, und wir sollten dies auch wissen.

ein englischer genosse

24.11.91

Die Informationsquellen sind -

Class War, Tottenham
Three campaign News,
The International Guardian,
The Independant

24.1.

Brunnenstr. 6/7
U-Bahn Rosenthaler platz

Eröffnung

Des INFO und Fußball -Laden

ab 18⁰⁰ -Video
Tombola
Irisches Essen und Bier

Fußball-FANS GEGEN RECHTS!

ab 21⁰⁰ Konzert im Subversiv

HÄWI MÄDELS und Support

You'll never walk alone



SOLIDARNOŚĆ SOLIDARNOŚĆ SOLIDARNOŚĆ SOLIDARNOŚĆ

INFOS ZU POLEN

Die Infos entstammen verschiedenen Gesprächen, die wir mit unterschiedlichen Menschen, oft AnarchistInnen, während zweier Aufenthalte im August und Dezember dort geführt haben.
Wir hatten ausschließlich Kontakt zu gemischten Gruppen. Organisierte Frauen-Zusammenhänge gibt es wohl vor allem unter bürgerlich-intellektuellen Frauen, die angeblich untereinander ziemlich zerstritten und zersplittert sein sollen. Dennoch fand die größte Demonstration (ca. 1500 Leute), die Warschau in den letzten Jahren gesehen hat, gegen die Verschärfung der Abtreibungsregelung, im Mai 1991, statt.

Uns geht es bei dem nun folgenden Bericht vor allem darum, ein bißchen was von dem zu vermitteln, was an Widerstand in den Ländern Osteuropas -in diesem Fall Polen- existiert bzw. am entstehen ist.

Die vom IWF für Polen verschriebene wirtschaftliche "Schocktherapie" mit der ein schnellstmöglicher Übergang zur Marktwirtschaft durchgezogen wird, zeigt seine Wirkung: klar, die "Delikatesy"-Läden sind gut gefüllt mit Westwaren, die Fassaden um die neueröffneten Hifi-TV-Video-Shops sind weiß getüncht, Sex-Shops entstehen. Dieser Prozeß geht von den ökonomisch-touristisch interessanten Zentren aus und erreicht nur langsam die Provinz.
Die zahlreichen Buden und Stände an denen fast alles verkauft wird, zeugen hingegen von einer anderen Seite der wirtschaftlichen "Schocktherapie". Der Stand an der Straße, auf den großen Märkten bietet oft die einzige VErdienstmöglichkeit der Menschen.
Ältere Menschen, die nicht mehr so mobil sind, um die notwendige Checkerei für diesen Handel zu leisten, verkaufen das wenige, was ihr kleiner Gemüsegarten hergibt oder bieten Plastiktüten von Edeka und Karstadt feil.
Zwei Millionen Arbeitslose gibt es bereits und selbst die "Experten" von IWF und Weltbank können kein Ende der anwachsenden Arbeitslosigkeit prognostizieren. Die Arbeitslosenstütze ist minimal: eine alleinstehende Frau mit Kind erhält für ein halbes Jahr 185.000 Zloty pro Monat (250 g Butter kosten 4.000 Zloty; Durchschnittsverdienst der arbeitenden Bevölkerung: 1.300.000 Zloty). Für Frauen ist es -wie überall- natürlich noch schwerer, sich mit Gelegenheitsjobs durchzuschlagen.
Glücklicherweise sind die Mieten in den nach 1945 hochgezogenen Betonblocks noch recht gering, denn die Privatisierung der maroden Neubauten ist mangels Käufer bis jetzt noch nicht gelungen. Eine Mietenexplosion kündigt sich allerdings bereits in den Bereichen an, in denen die Liberalisierung des Wohnungsmarktes über die Rückgabe von Altbauten an ihre ehemaligen Besitzer bereits erfolgt ist (eine gut gelegene, aber kleine 2-Zimmerwohnung mit Dusche und Zentralheizung in Warschau kostet 2.250.000 Zloty pro Monat...).

In dieser ökonomisch zugespitzten Situation fällt den heute in Polen Herrschenden wieder einmal nichts anderes ein, als die Bevölkerung dazu anzuhalten, den Gürtel enger zu schnallen. Jedenfalls sollten sich die Gewerkschaften nach Meinung eines Solidarnosc-Mitbegründers und Ex-Regierungsberaters jeglicher Lohnforderungen enthalten. Die zukünftige Rolle von Solidarnosc solle sich vielmehr darauf beschränken, den "neuen Wert einer christlichen Solidarität" zu vermitteln. Kein Wunder also, daß Solidarnosc rigoros an gesellschaftlicher Bedeutung verliert (Rückgang der Mitgliederzahl in den letzten Jahren von 10 Millionen auf 1 Million).
Da neben der "Regierungs-Gewerkschaft" Solidarnosc nur noch die diskreditierte kommunistische sowie eine katholische Gewerkschaft existiert, gibt es Versuche, kleine unabhängige Gewerkschaften aufzubauen (Free Trade Union, Solidarnosc 80, Autonomous Unions). Obwohl es immer wieder zu wilden Streiks kommt, ist das Interesse der Bevölkerung an diesen unabhängigen Gewerkschaften jedoch relativ gering.

Überhaupt ist ein großer Teil der Menschen desillusioniert, von jeglichen "Politikonzepten" abgegessen und notgedrungen damit beschäftigt, das alltägliche Leben irgendwie individuell zu managen. Dies drückt sich nicht zuletzt auch in der geringen Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im Herbst letzten Jahres aus.

Von dieser Desillusionierung profitiert vor allem die katholische Kirche, die für sich einen ungeheuren Machtzuwachs verzeichnen kann, der sich u.a. darin ausdrückt, daß die Verschärfung der Abtreibungsregelung, die nahezu einem Verbot gleichkommt, im streng katholischen Polen mittlerweile durchgesetzt wurde.

Darüberhinaus werden national-konservative Parteien mit nationalistischen und rassistischen Parolen immer populärer. Die antisemitischen Äußerungen eines Lech Walesa sind bekannt. Sie fallen auf einen fruchtbaren Boden, den auch schon die kommunistische Partei in früheren Jahren zu nutzen gewußt hat.

Aber auch militant rassistische Angriffe gehören heute zum polnischen Alltag. In der Nähe von Warszawa kam es letztes Jahr zu einem über zwei Tage andauernden Pogrom gegen eine Siedlung von 2000 Roma. Ein Autounfall zwischen einem Roma und einem Polen, der dabei verstarb, gab den Anlaß für die rassistischen Angriffe in deren Verlauf mehrere Roma verletzt und zahlreiche Häuser zerstört wurden. Ein Teil der Roma flüchtete daraufhin und stellte einen Asylantrag in Schweden, der natürlich abgelehnt wurde.

Unter Jugendlichen sind heute rechtsradikale Skins und militante Faschos immer stärker angesagt (insbesondere in Schlesien). In zahlreichen Städten wie Gdansk, Sopot oder Wrozlaw sind gesprühte Hakenkreuze oder "White Power"-Parolen weithin sichtbar.

In Warszawa und Krakow gab es militante Auseinandersetzungen zwischen AnarchistInnen und Faschos mit mehreren Verletzten AnarchistInnen. In Warszawa wurden Ende 90/Anfang 91 immer wieder Demos der anarchistischen InterCity-Gruppen angegriffen. Ein Angriff auf die unabhängige 1.Mai-Demo in Warszawa konnte letztes Jahr zwar abgewehrt werden, aber in Katowice gelang es Skinheads sogar, die dortige 1.Mai-Demo ganz aufzulösen. Es sind gerade die jüngeren, unorganisierten "Kids" und Punks, die in ihrem Alltag mit Fascho-Angriffen konfrontiert sind. Immer wieder greifen Faschos Hardcore-/Punk-Konzerte oder Feten an (während eines Fugazi-Konzerts Ende 90 kam es in Warszawa zu einer regelrechten Massenschlägerei mit Skins, in deren Verlauf mehrere Leute, darunter auch ein Bandmitglied, verletzt wurden).

Die jüngeren "Kids" nehmen daher, u.a. in ihren Fanzines, die Bedrohung durch Faschos immer wieder ernst und fangen an, wie z.B. in Warszawa, besonders aktive Faschos zu fotografieren, deren Adressen ausfindig zu machen...

Im Gegensatz dazu scheinen die "älteren", in der Anarchistischen Föderation (FA) organisierten AnarchistInnen die faschistischen Angriffe in ihrer Bedeutung eher herunterzuspielen. Sie sehen die Schwerpunkte ihrer Arbeit vielmehr darin, gegen die katholische Kirche zu agitieren oder eine Zusammenarbeit mit den unabhängigen Gewerkschaften aufzubauen. So gab es in Krakow gemeinsame Demos mit ca. 600 Leuten gegen die Lohnsteuer oder zum 1.Mai. Darüberhinaus werden auch eigene antikapitalistische "Happenings" veranstaltet. Bei einer "Leere Töpfe"-Aktion vor dem Sitz von Walesa in Warszawa wurden allerdings fast alle TeilnehmerInnen innerhalb von 20 Minuten für mehrere Stunden festgenommen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Kampf gegen Kriegs- und Zivildienst. Zwar gibt es in Polen mittlerweile die Möglichkeit Zivildienst zu leisten, doch ist dieser mit einer Dauer von 3 Jahren doppelt so lang wie der Kriegsdienst. In der Provinz sind die Leute größtenteils noch nicht einmal darüber informiert, daß es die Möglichkeit eines Zivildienstes gibt. Darüberhinaus gibt es bereits einige Dutzend Totalverweigerer. Die ersten Prozesse endeten mit zwei Jahren auf Bewährung .

Der Kampf gegen den Kriegsdienst war nach Aufhebung des Kriegsrechts ein wichtiger Kristallisationspunkt der Opposition jenseits von Solidarnosc. In der "Feedom and Peace"-Bewegung sammelten sich linke Oppositionelle, Ökos, Friedensbewegte und AnarchistInnen. Mit dem endgültigen Abtritt der kommunistischen Partei zerfiel auch dieses Bündnis. Ein Teil der ehemaligen AktivistInnen macht heute Karriere in den Parteien, in den staatlichen Institutionen oder sogar bei den Polizeibehörden...

Ein anderer Teil trat den Rückzug ins Private an und einige wenige versuchen weiterhin "anarchistische" Strukturen aufrechtzuerhalten. Die Risse und Brüche gehen vielfach quer durch alte Freundschaften.

Obwohl Polen auch Kriegsschiffe in den Golf entsandt hatte, war der Golfkrieg trotz des Engagements für Kriegs- und Zivildienstgegner für die polnischen AnarchistInnen nur am Rande Thema. Das Eingreifen von sowjetischen Truppen in den baltischen Republiken war hingegen für die meisten Polen eine weitaus größere Bedrohung. Auch die AnarchistInnen nahmen daher eher an Demonstrationen für ein "freies Litauen" teil, als eigene Demos (mit Ausnahme der Städte Kedzierzyn-Kozlet und Warszawa) gegen die polnische Unterstützung des Golfkrieges durchzuführen. Die Angst vor einer erneuten Abhängigkeit Polens von der damaligen SU äußerte sich auch in der Teilnahme der AnarchistInnen an den Kundgebungen vor der sowjetischen Botschaft in den Tagen des Putsches.

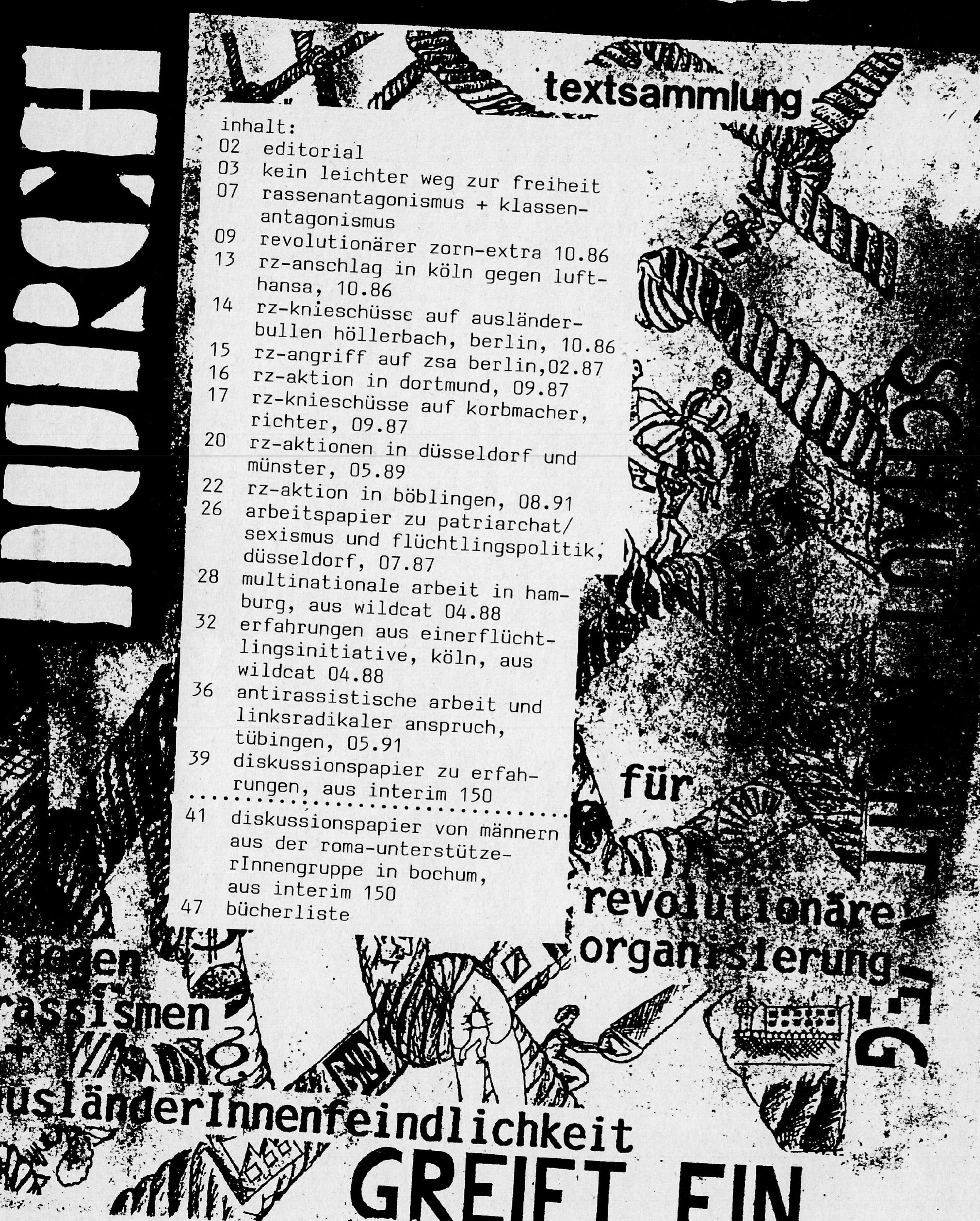
Die Überreste der Freedom and Peace-Bewegung und der FA arbeiten aber auch heute noch zu ökologischen Themen zusammen. So wurde in den Sommern 90 und 91 die Baustelle eines Staudammprojektes in Czorsztyn bei Krakow mehrfach bis zu einer Woche lang blockiert. Obwohl die Bullen bereits bei der zweiten Blockade massiv (u.a. mit einer Anti-Terror-Einheit) auffuhren, kamen im Sommer 91 wieder 300 Menschen zu einer erneuten Blockade.
Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten gab es auch Soliaktionen der AnarchistInnen zu internationalen "Ereignissen", wie etwa der Räumung der Mainzer Straße: In Gdansk mußte die deutsche Botschaft für mehrere Stunden schließen, weil sie im Rahmen einer Kundgebung mit Farbeiern attackiert wurde.

Zu militanteren Aktionen kam es 1990 nach der Ermordung des sowjetischen Anarchisten Piotr Sinda in der SU. Die sowjetische Botschaft wurde daraufhin mit Mollis angegriffen.

Ende 1990 / Anfang 1991 war in Polen auch eine Polnische Volksbefreiungsfront aktiv. Sie verübte mehrere Sprengstoffanschläge u.a. auf die polnische Fluggesellschaft, die sowjetische JüdInnen nach Israel ausflog sowie gegen Büros der Eisenbahngesellschaft während eines Eisenbahnerstreiks. Ein Mitglied dieser Gruppe wurde für 8 Monate in Haft genommen, nachdem in die israelische Botschaft in Warszawa eine Tränengasgranate geworfen wurde (unter Bezugnahme auf die Lage des palästinensischen Volkes). Heute gibt es nach Auskunft von amnesti international keine politischen Gefangenen in Polen.
Einige anarchistische Gruppen verurteilten die Aktionen der Volksbefreiungsfront und es gibt Gerüchte, daß die polnischen Sicherheitsbehörden ihre Finger in dieser Gruppe drin haben (Die Sicherheitsbehörden befanden sich in der Zeit der Anschläge unter einem massiven Druck, ihre Weiter-Existenz zu legitimieren.).

Mit verschiedenen Zeitungsprojekten ("Revolta" in Warszawa, "Mác Parladka" in Gdansk / Sopot), einem Piratensender in Lublin (der ein knappes 3/4 Jahr gesendet hat, aber mittlerweile aufgeflogen ist) wird versucht, Strukturen zu schaffen. In Gdansk gibt es seit September 91 ein mit Geldern der Stadt betriebenes kleines Zentrum von AnarchistInnen und KünstlerInnen, in dem jedoch bis jetzt relativ unregelmäßig politische Veranstaltungen stattfinden.

Zwar war es immer schon Praxis von wohnungssuchenden Familien in leerstehende Wohnungen zu ziehen, doch die Überlegungen in mehreren Städten, sich anarchistische Zentren zu besetzen, blieben insofern stecken, als daß es wenn überhaupt nur sehr heruntergekommene und abrißreife, leere Häuser gibt, was die Entstehung linksradikaler Infrastruktur ziemlich erschwert.


DURCH
BRUCH
textsammlung
für
revolutionäre
organisierung
gegen
rassismen
+
ausländerInnenfeindlichkeit
GREIFT EIN

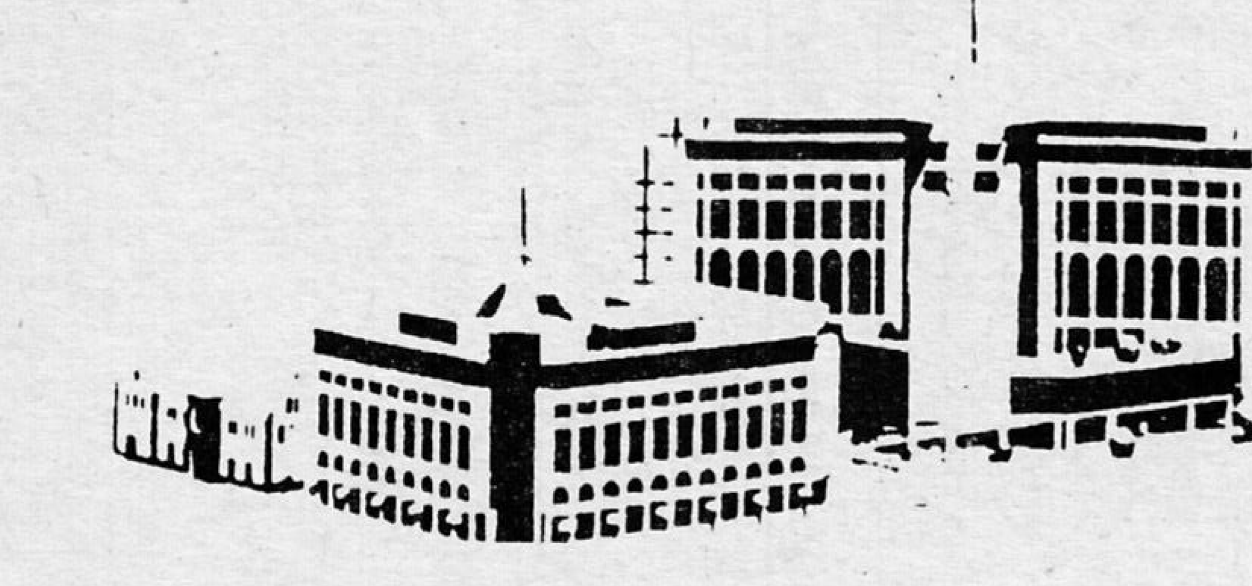
inhalt:

Neuköllner Anti-Umstrukturierungs-Plenum

Das Neuköllner Dreieck

7 Jahre haben die Stadtverplanungsstrategen und die Baumafia gebraucht, um jetzt kurz vor der Vollendung ihrer *"goldenen"* Träume für die Neuköllner Altstadt zu sein. Ein *"goldenes Dreieck"* soll die soziale und finanzielle Umschichtung Neuköllns auf einen Schlag lösen. Dieses Dreieck besteht aus der KünstlerInnenecke um den Saalbau (Karl Marx Str.), aus dem Forum Neukölln (Baubeginn '92) Karl Marx Str./Ecke Flughafenstr. und dem 4 Sterne Hotel samt Bürohochhaus in der Hermannstr.
Ziel dieses Dreiecks ist *"ein kräftiger wirtschaftlicher Aufschwung und einen erheblichen Attraktivitätszuwachs für die Nord-Neuköllner-Innenstadt"* und durch die Ausstrahlung dieser *"goldenen"* Projekte auf ihre Umgebung *"hätten es die Schmuddel-Trödler schwerer"*. So der Finanzstadtrat Heinz Buschkowsky, der auch noch Mitglied der Aufsichtsrates von Stadt und Land ist. 1993 soll dieses Dreieck fertig sein.
Die Menschen in Neukölln, die jetzt schon kaum das Geld für die Miete zusammenbringen, werden sich dann nach neuen Wohnmöglichkeiten umschauen müssen. Denn *"goldene"* Projekte sind wie Magneten, sie haben eine ganz bestimmte Anziehungskraft auf Yuppies und Besserverdienende. Für diese Leute muß Platz geschaffen werden, und wie sollte dies besser gehen als durch die Mietenschraube.
Wir MieterInnen merken dies vor allem durch die Mietenexplosionen bei Luxusmodernisierungen und bei den Erhöhungen der *"Sozial"*-Mieten. Eine *"bezahlbare"* Wohnung zu finden, ist zu einem Lotteriespiel verkommen und eine *"billige"* Wohnung zu halten, häufig zu einem fast aussichtlosen Nervenkrieg mit dem Vermieter.

Kleine Gewerbetreibende werden mit unerfüllbaren Mietsteigerungen aus dem Kiez gedrängt, wie z.B. die Bäckerei Stenzel in der Hermannstr. oder die linke Galerie Olga Benario in der Boddinstr. Umstrukturierung nennt mensch dies in der Fachsprache. Die Profiteure dieser Umstrukturierung sind die Baumafiosis, die Miethaie und die BetreiberInnen der neuen teuren Schicki-Micki-Läden.



Zukunftsvisionen der Spekulantengruppe ***Bauwert/Wohnwert***: So sollen die Neubauten an der Hermannstr./Ecke Rollbergstr. einmal aussehen. Im Vordergrund das 4 Sterne Hotel mit seinen 450 Betten (hier hat Steigenberger Interesse angemeldet). Im Hintergrund der 45m hohe sternförmige Bürokomplex mit 33.000 qm Fläche, alles zusammen für schlappe 400 Mio. DM.

Wie weiter?

Daß dieses *"goldene Dreieck"* der Mietausbeuter und Spekulanten verhindert werden muß, sollte allen Menschen klar sein, die weiter in Neukölln leben wollen. Da die Verantwortlichen im Rathaus dieses Dreieck wollen, können wir auf die nicht zählen. Auch die Aktion Hermannstr. (Zusammenschluß von Gewerbetreibenden), die sich sonst so ins Zeug legt wenn es um Gewerbemietsteigerungen geht, erwartet hier eher kleine Brotkrumen für ihre Geschäfte. Das Bürgergespräch Neukölln von ***Hermann Borghorst*** spielt hier lieber den Spekulanten in die Hände und unterstützt dieses Dreieck ganz offen: *"Die Neugestaltung dieses Areals (Hotel) an der Hermannstr. halten wir für eminent wichtig"* (Borghorst). Also bleibt mal wieder nur, daß wir unsere Belange selbst in die Hand nehmen müssen!

Für ein Bermudadreick für Stadtverplaner, Mietausbeuter, Spekulanten!

Widerstand lohnt und hat Perspektive. Viele Leute denken, daß mensch doch nichts machen kann gegen die Dampfwalze der Umstrukturierung und Mietausbeutung. Aber Widerstand ist trotzdem möglich. So haben die MieterInnen und UnterstützerInnen es im Neuköllner Werrablock geschafft, ihren Mietausbeuter zu zwingen die 100 leeren Wohnungen wieder zu vermieten und notwendige Instandsetzungsarbeiten in den bewohnten Wohnungen durchzuführen. Auch die MieterInnen in der Weisestr. 48 verhindern nun schon seit 3 Jahren erfolgreich den Abriß. Diese Beispiele zeigen das sich Widerstand lohnt.



Hier soll es entstehen: das „Forum" an der Karl-Marx-Straße

Auf dem Areal Karl Marx Str., Flughafenstr. und Erlangerstr. soll mit 10.000 qm Grundfäche ein riesiger Konsumtempel für 150 Mio. DM entstehen, mit Kaufhäusern, teuren Schicki-Micki-Läden und Nobelrestaurants. Das Gelände gehört dem Bezirksamt, die Häuser und Läden werden von ***Stadt und Land*** verwaltet.

Machen wir aus Neukölln wieder den widerspenstigen Bezirk, den er für die HERRschenden in seiner langen Geschichte schon immer gewesen ist. Schließen wir uns zusammen und überlegen, was wir gemeinsam tun können.
Gegen Elefanten helfen Mäuse und gegen Dampfwalzen der richtige Schnitt an der richtigen Stelle.

Widerstand auf allen Ebenen!
Kein Hotel, kein Forum!

Deswegen kommt zum ***Neukollner Anti-Umstrukturierungsplenum!***

Mittwoch
29.1.92
19 Uhr
im Krümel-laden
Weserstr. 155

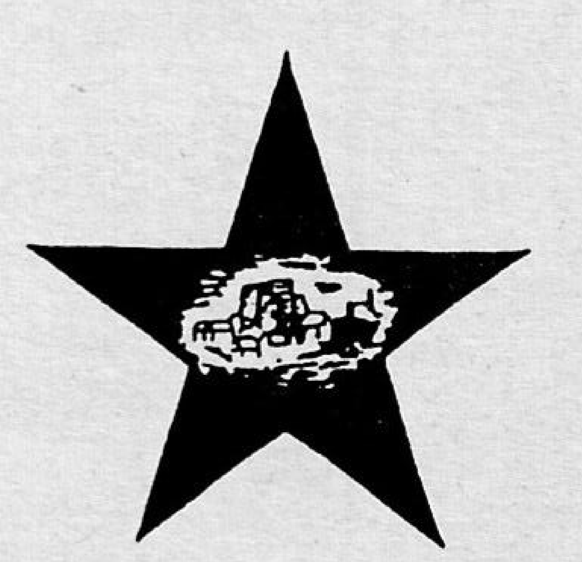
Alle die sich gegen die Dampfwalze wehren wollen, werden hier massenhaft erwartet!

Die Bauwert/Wohnwert-Gruppe

Sie ist ein weiterer Stern am Berliner Spekulantenhimmel, der uns hier heimleuchten will. Aus München importiert, wollen sie hier ihre Erfahrungen in Sachen Mietausbeutung weiterführen: Luxusmodernisierung, Neubau von Großprojekten - wie dem Hotel und dem Bürokomplex an der Hermannstr., ebenso wie Abriß und Neubau, dies sogar mit Steuergeldern finanziert. Ihnen gehören mindestens 200 Häuser und Grundstücke in Berlin, an denen sie ihre profitablen Umstrukturierungspläne zu Gunsten von Yuppies und Besserverdienenden vorexerzieren wollen. Zur ***Bauwert-Gruppe (30, Münchnerstr. 47)*** gehören verschiedene Firmen, hinter denen immer wieder die gleiche Clique steckt. Die, die sich sich eine goldenen Nase auf unsere Kosten verdienen wollen sind z.B. ***Thomas Baumgarten und Dr. Jürgen Leibfried.***

Häuserleerstand in Neukölln

Sonnenallee 1 und 3: Beide gehören ***Stadt und Land*** und stehen seit 1 Jahr leer (sollen modernisiert werden).
Pannierstr. 10a: Hausverwaltung ist ***J.Müller - van der Heyden***. Hinterhaus steht seit über 2 Jahren leer.
Zwiestädterstr. 6: Gehört Bernhard und Hanelie Meyer. Hinterhaus steht seit mehr als 2 Jahren leer.



V.i.S.d.P:
H. Witzka
Karl Marx Str.
1 Berlin 44



Alljährlich im Frühjahr findet in Passau (Bayern) eine sogenannte Großkundgebung der DVU ("Deutsche Volksunion") statt. Diese Treffen werden von jeweils mehreren Tausend Leuten besucht und sind somit praktisch die größte regelmäßige Nazi-Veranstaltung überhaupt. Organisiert werden sie von der DVU, die eine parteiübergreifende Nazi-Organisatiopn ist und die höchste Mitgliederzahl sämtlicher faschistischer Organisationen hat.
Das jährliche Treffen in der Passauer Nibelungenhalle wird nun seit der Grenzöffnung auch vor allem auch von Jung-Nazis aus Ostdeutschland besucht, insgesamt waren im letzten Frühjahr 1.000-1.200 jüngere Faschisten dort.
Bisher konnte dem Treiben dort nicht besonders viel entgegengesetzt werden. Die örtliche Antifa ist sehr klein und hatte dazu mit diversen bürgerlichen Organisationen zu kämpfen, die alles dafür taten, daß es gar nicht zu einem Blockadeversuch oder anderen effektiveren Aktionen kommt. Stattdessen begann die jährliche Demonstration lange nach Einlaß der Faschos in die Halle und endete rechtzeitig wieder, damit auch ja alle wieder zuhause waren, bevor es evtl. zu einem Aufeinandertreffen kommt.
Dieses Jahr soll es nun aber anders werden. Die Passauer Antifa plant diesmal, sich nicht mehr von dem Bündnis abhängig zu machen, sondern bundesweit zum aktiven Widerstand an diesem Tag nach Passau zu mobilisieren.
Die diesjährige DVU-Veranstaltung findet am *Samstag, 14. März* statt. Ab 9 Uhr ist Einlaß und bereits zu diesem Zeitpunkt soll es eine Begrüßung der Faschisten vor Ort geben. Nachmittags soll sich an der Demo beteiligt werden, um sie evtl. in unserem Sinne zu beeinflussen.
Um mal abzuchecken, wieviel Menschen aus Berlin und Umfeld nach Passau fahren (würden), wollen wir ein Vorbereitungstreffen dazu machen:

Freitag, 31. Januar '92, 20.00 Uhr
Falckeladen, Falckensteinstr. 46,
U-Bhf. Schlesisches Tor

Im Mehringhof-Buchladen kann ab Montag auch ein Diskussionspapier der Passauer Antifa dazu abgeholt werden!

BITTE VERÖFFENTLICHEN   BITTE VERÖFFENTLICHEN   BITTE VERÖFFENTLIVHEN

EG-Büro-BesetzerInnen bei Berufungsverhandlung in Brüssel

zu zwei Jahren Knast verurteilt !

Am 11.5.1989 besetzten über 5o Leute aus der Schweiz, Dänemark, den Niederlanden und der BRD das Generaldirektorat 3 der EG-Kommission in Brüssel..Diese Einrichtung der EG ist zuständig für die Planung, Forschung und Koordinierung der industriellen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.
Die Aktion sollte am 100.Tag der damals laufenden Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und Widerstand in der BRD und aus Action Directe in Frankreich zugunsten der Gefangenen eingreifen.
Die Aktion wurde nach mehreren stunden dadurch beendet, daß Spezialeinheiten der belgischen Polizei das Gebäude stürmten und alle BesetzerInnen festnahmen.Nach Verschleppung und Mißhandlung durch die Bullen wurden die meisten am nächsten Tag wieder freigelassen und ausgewiesen.Sieben Leute kamen in Brüssel in den Knast, ihre Freilassung wurde erst eine Woche später erreicht.
Gegen diese 7 GenossInnen hatte dann im März 91 in Brüssel ein Prozeß stattgefunden, in dem sie zu 10 Monaten Knast ohne Bewährung und der Zahlung von möglicherweise sehr hohen Schadensersatzforderungen an die EG und 17 Firmen verurteilt worden sind.Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, weil ihr die Haftstrafe zu niedrig war.Die Verhandlung darüber fand, genau wie der erste Prozeß in Abwesendheit der Angeklagten, am 4.1o.91 statt.Dort erhöht das Gericht die Knaststrafe für alle 7 auf zwei Jahre ohne Bewährung, um wie es sagt die "schwere der Tat adäquat zu bestrafen" und "die Vollstreckbarkeit" zu gewährleisten.
Die Höhe der Schadensersatzforderungen wird in einem späteren Zivilverfahrn festgelegt.
Die praktischen Konsequenzen dieser belgischen Urteile für die Betroffenen sind teilweise immer noch unklar.Sicher ist, daß die sechs von ihnen, die aus der BRD sind solange sie sich dort aufhalten, nicht an Belgien ausgeliefert werden können.Für den Genossen aus Holland ist es fraglich ob er dort im Rahmen der Beneluxvereinbarungen, einen ähnlich-guten Stand hat.Sicher ist auch, daß Belgien mit diesem Urteil jederzeit einen Interpol-Haftbefehl bekommt (oder bereits hat?!), und auch, daß die Schadensersatzforderungen sowohl in der BRD als auch in Holland zwangsweise eingetrieben werden können.
Deutliches Ziel dieser hohen Verurteilung über zwei Jahre nach der Aktion ist es, potentielle "NachahmerInnen" abzuschrecken, die Angeklagten in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und sie finanziell unter Druck zu setzen.Das zielt konkret gegen staatenübergreifende Widerstandsstrukturen und soll Maßstäbe setzen bei der Kriminalisierung von politischen Aktionen in der "europäischen Hauptstatt" setzen.
Um der "Vollstreckbarkeit" dieses Urteils politisch und Juristisch etwas entgegensetzen zu können brauchen die Verurteilten eure Solidarität!

GEGEN DAS VEREINIGTE EUROPA DES KAPITALS !

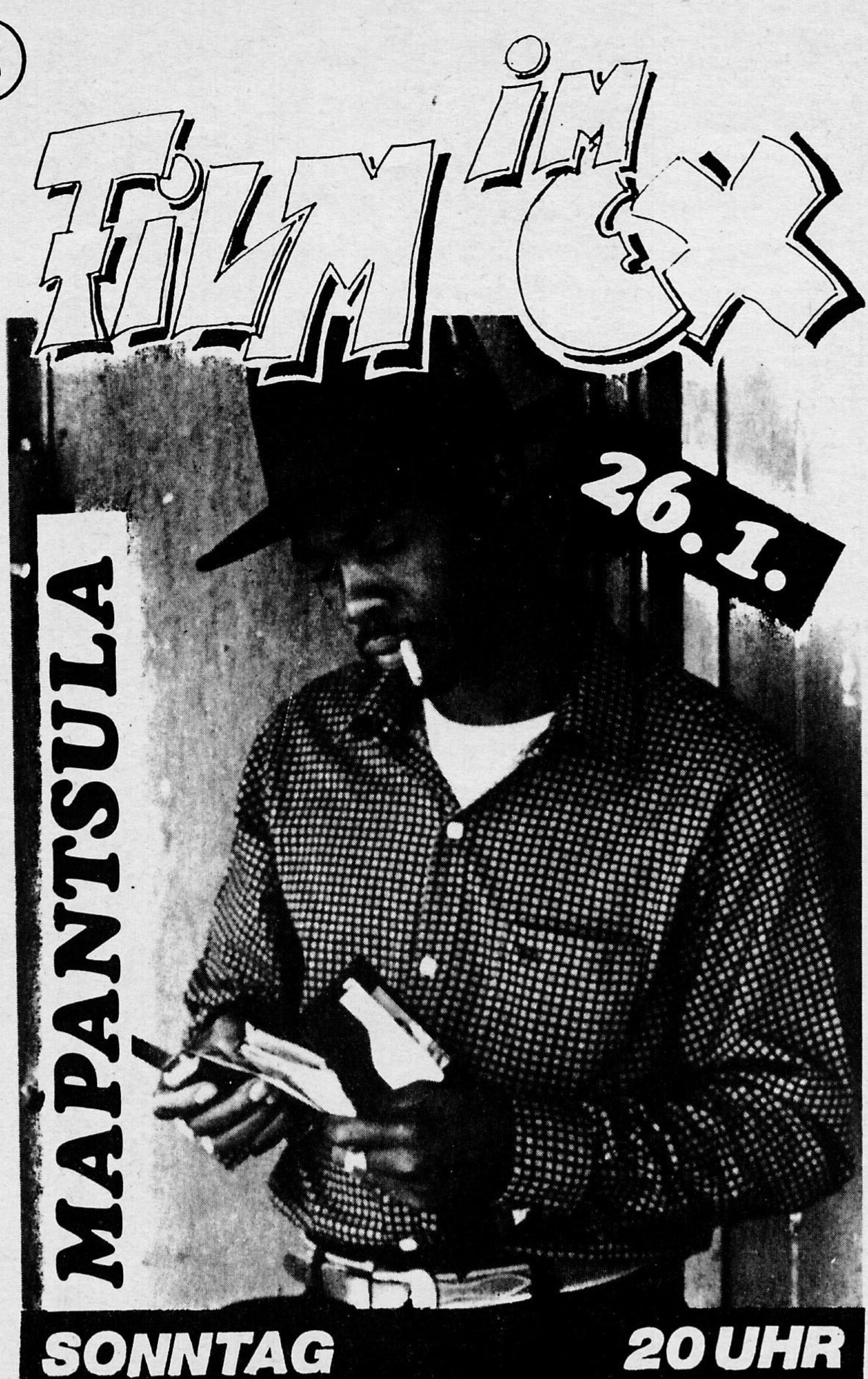
ZUSAMMENLEGUNG ALLER REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN!

SOLIDARITÄT MIT DEN BESETZER/INNEN DER DG 3 IN BRÜSSEL!

Spendenkonto: Ra Andreas Beuth, anderkonto "Brüssel"Hamburger Sparkasse BLZ 20050550 Ktonr.: 1250/123740

Kontakt: Soligruppe EG-Besetzung
c/o Buchladen "Engels"
Paulinenstaße 15
2000 Hamburg 36
BRD

Hambug 10.1.92



Eine Linke muß sich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stellen, indem sie Theorie und Praxis an ihnen mißt und gegebenenfalls andere Organisationsformen, Herangehens- und Arbeitsweisen, Themen sowie AnsprechpartnerInnen sucht. Nun hat sich zwar in den letzten Jahren eine ganze Menge verändert (Ende des "Realsozialismus", Stagnieren oder Ende der seit '68 entstandenen "Neuen Linken", Übergang zum postfordistischen Gesellschaftsmodell), die autonome Linke in der BRD hat darauf aber - wenn überhaupt - nur mit dem Besetzen neuer Themen reagiert und im Gegenteil noch falsche Praxis theoretisch im nachhinein verklärt. Dies war einer der Hauptkritikpunkte der in der "interim" geführten "Heinz - Schenk - Debatte".

Wir glauben, daß die Autonomen ein Produkt der 70er und 80er Jahre sind und daß sie daher in den 90er Jahren keine gesellschaftliche Kraft mehr werden können.

Uns geht es daher nicht um die Rettung der Autonomen, sondern um den Aufbau einer neuen Linken, weil wir zwar an der historischen Perspektive einer befreiten Gesellschaft festhalten, nicht aber an den jeweiligen Formen der Linken hängen. Die Debatte um eine neue Linke wird sich dabei nur öffentlich vollziehen können und somit schon in den Formen einen Bruch mit dem Kleingruppenmodell machen müssen.

Unsere Veranstaltung soll daher sowohl eine öffentliche Nachbereitung der gelaufenen Autonomen - Kritik darstellen als auch darüber hinaus grundsätzlicher auf unsere Positionen und Perspektiven eingehen.

28.1.92, 19.00 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon.

F.e.l.S.

Für eine linke Strömung

WEDDINGER neue ste ZEITUNG

25.1 ab 19.00 JUBI-FETE

LIVE: APPARATSCHIKS (RUSS. VOLKSMUSIK)

LIVE: USCHAD AL ARD (PALÄSTINA)

VIDEO: "DIE KINDER AUS NR. 67"

DISKO

UFERSTRASSE 13

CASH WEDDING

EINTRITT: 2.MACK



ohnmacht ist die tarnkappe der feigheit

24.1.
18 uhr kurdistan - reisebericht über pkk-ausbildungslager
tu-mathegebäude, straße des 17.juni, 1/12

24.1.
19 uhr offenes treffen, um aktionen zum prozeßbeginn von knud und ralf zu überlegen (prozeßbeginn 27.1., itzehohe)
versammlungsraum, mehringhof, gneisenaustr. 2a, 1/61



29.1.
19 uhr neuköllner anti-umstrukturierungsplenum
krümella den, weserstr. 155, 1/44

18 uhr "wider die kontinuität des faschismus"
podiumsdiskussion
tu-mathegebäude

30.1.
18 uhr kundgebung "mahnmal für die opfer des faschismus und des imperialistischen krieges"
unter den linden

21 uhr "deutschland im herbst"
infoladen daneben, rigaer str. 84, b.-friedrichshain



qq-tag im cafe cralle jeden letzten samstag im monat
hochstädterstr. 10a, 1/65
frühstück ab 11 uhr

jeden donnerstag ab 19 uhr volxküche und film
freitag, samstag, sonntag ab 10 uhr frühstück
ratpub, kastanienallee 85/86, b.-mitte

Syndikat - Kiezdisco sa. 25.januar'92 22 uhr in der SFE (Gneisenaustr.2a 1/61)

SUPPORT THE SELFORGANIZATION OF REFUGEES AND IMMIGRANTS

ZAŠTITE SAMOORGANIZOVANE EMIGRANTE I IZBEGLICE

UNTERSTÜTZT DIE SELBSTORGANISIERUNG DER FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN

مُسَانَدَة اللَاجِئِين وَالأَجَانِب لِتَنْظِيمِ أَنْفُسِهِمْ

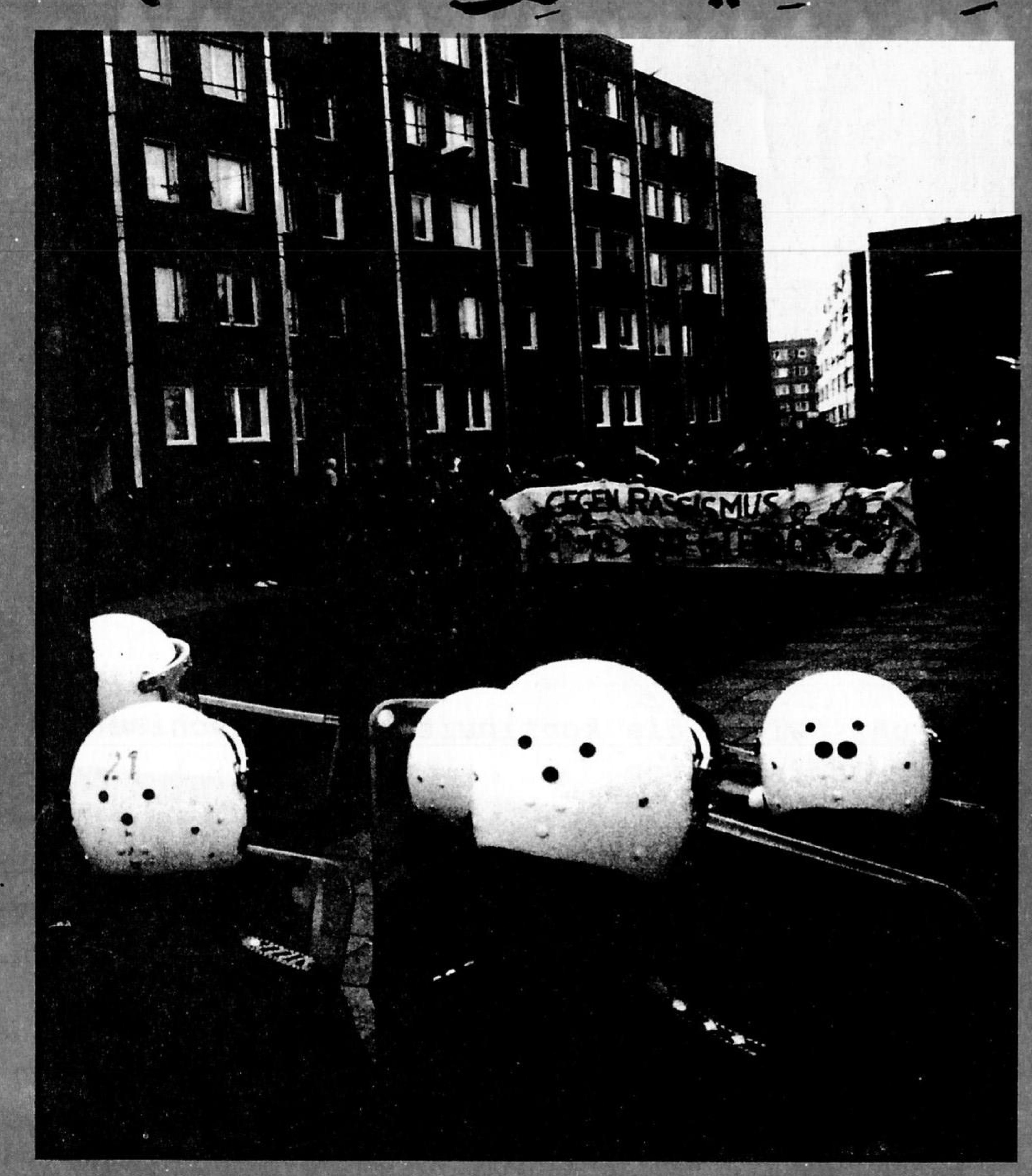
FIGHT AGAINST DEPORTATION AND FORCED TRANSFERS
DOWN WITH ALL LAWS ON FOREIGNERS

PROTIV: DEPORTACIJE I PRINUDNOG RASPOREDJIVANJA
PROTIV: SVIH ZAKONA O STRANIM LICIMA

KÄMPFT GEGEN ABSCHIEBUNGEN UND ZWANGSVERTEILUNGEN
WEG MIT ALLEN AUSLÄNDERGESETZEN

النّضالُ ضدّ طردِ اللّاجئين
وإيقاف الفرز الإجباري

إلغاء كلّ القانون الخاصّ بالأجانب



AUFENTHALTSGARANTIE FÜR ALLE VOR RASSISTISCHEN ANGRIFFEN GEFLOHENEN FLÜCHTLINGE IN BERLIN, FRANKFURT, NORDERSTEDT UND ANDERSWO !

DEMONSTRATION in Berlin
Samstag 8.2.92 12 Uhr

Pallasstr. Ecke Potsdamer Str.

selbstorganisierte Flüchtlinge und in- und ausländische Unterstützerinnen
unterstützt von *Netzwerk e.V.*